

Dritte korrigierte Version

(Tabellen auf Seite 176 und Seite 213, Abbildung auf Seite 189)

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2021

170 Editorial von Claus Michelsen et. al

Deutsche Wirtschaft steckt im Stop-and-Go



174 Bericht von Claus Michelsen, Guido Baldi, Paul Berenberg-Gossler, Geraldine Dany-Knedlik und Hella Engerer

Weltwirtschaft: USA und China legen vor, Europa hinkt hinterher



190 Bericht von Claus Michelsen, Paul Berenberg-Gossler, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Laura Pagenhardt

Deutsche Wirtschaft zwischen Lockdown und Normalität

209 Interview mit Claus Michelsen

210 Anhang Hauptaggregate der Sektoren und VGR-Tabellen



216 Bericht von Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Claus Michelsen und Sandra Pasch

Insolvenzgeschehen in Deutschland: Corona-Pandemie hinterlässt erste Spuren

222 Kommentar von Claudia Kemfert

Patient Erde: Wie klimagerecht ist „klimaneutral“?



Der Markt für Kraftfahrzeuge

Zulassung von fabrikneuen Personenkraftwagen
in den Monaten Januar bis April.

Klasse	Marken	Januar bis April			
		1930		1931	
		Anzahl	v.H.	Anzahl	v.H.
bis 20 PS	Inländische Wagen	10 235	35,9	6 228	32,6
	davon: Opel	6 416	22,5	2 349	12,3
	B.M.W.	1 836	6,4	1 437	7,5
	Hanomag	1 389	4,9	1 756	9,2
	D.K.W.	381	1,3	684	3,6
	Ausländische Wagen	532	1,9	42	0,2
	Gesamt	10 767	37,8	6 270	32,9
20 bis 40 PS	Inländische Wagen	6 033	21,2	6 385	33,5
	davon: Adler	1 512	5,3	1 167	6,1
	Brennabor ..	543	1,9	268	1,4
	DL-Benz	965	3,4	569	3,0
	Opel	1 766	6,2	3 297	17,3
	Wanderer	—	—	776	4,1
	Ausländische Wagen	3 428	12,0	2 476	13,0
	davon: Ford	2 403	8,4	1 681	8,8
	Fiat	—	—	259	1,4
	Citroën	343	1,2	343	1,8
	Gesamt	9 461	33,2	8 861	46,4
40 bis 75 PS	Inländische Wagen	3 223	11,3	1 572	8,2
	davon: Adler	797	2,8	405	2,1
	DL-Benz	891	3,1	499	2,6
	Wanderer	577	2,0	342	1,8
	Ausländische Wagen	3 319	11,7	1 236	6,5
	davon: Chevrolet	789	2,8	609	3,2
	Essex	802	3,0	150	0,8
	Gesamt	6 542	23,0	2 808	14,7
über 75 PS	Inländische Wagen	1 062	3,7	742	3,9
	davon: DL-Benz	355	1,2	148	0,8
	Horch	462	1,6	310	1,6
	Ausländische Wagen	649	2,3	399	2,1
	davon: Buick	311	1,1	260	1,4
	Gesamt	1 711	6,0	1 141	6,0
Insgesamt...		28 481	100,0	19 080	100,0

© DIW Berlin 1931

In den Monaten Januar bis Mai blieb der Absatz von Personenkraftwagen um 34 v. H., der Absatz von Lastkraftwagen um rd. 19 v. H. unter Vorjahrshöhe. Die saisonmäßige Frühjahrsbelegung des Kraftwagenabsatzes hat diesmal bereits im April ihren Höhepunkt erreicht, während sie in früheren Jahren vielfach bis Mai und Juni angehalten hatte. [...]

In den Monaten März und April zeigte sich auf dem Automobilmarkt eine bemerkenswerte Belegung, die vielfach als Anfang eines konjunkturellen Umschwungs betrachtet wurde. Dabei ließ man aber außer acht, daß trotz der zum Teil recht kräftigen Absatzsteigerung selbst der niedrige Stand des Vorjahres nicht erreicht werden konnte. Da die allgemeinen wirtschaftlichen Voraussetzungen zu einem entscheidenden Umschwung noch nicht gegeben waren, vermochten die starken Anregungen für die Nachfrage nach Kraftwagen, die zu Beginn der Saison von der Automobilausstellung ausgingen, nur eine vorübergehende Absatzbelegung auszulösen. Immerhin kann festgestellt werden, daß mit der Automobilausstellung der Rückgang auf dem Kraftwagenmarkt vorläufig zum Stillstand gekommen ist. Dem lange zurückgehaltenen Kraftfahrzeugbedarf, insbesondere dem Ersatzbedarf für mehr oder weniger überalterte Wagen, kam die Industrie durch zum Teil nicht unerhebliche Preissenkungen entgegen. Zudem wirkten sich technische Neuerungen und Verbesserungen vor allem im Bau von Kleinkraftwagen günstig auf die Nachfrage aus.

Aus dem Wochenbericht Nr. 11 vom 10. Juni 1931

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 18. März 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus
Michelsen; Prof. Karsten Neuhoß, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch (erster und zweiter Bericht), Prof. Dr. Martin Gornig
(dritter Bericht)

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Kristina van
Deuverden; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter

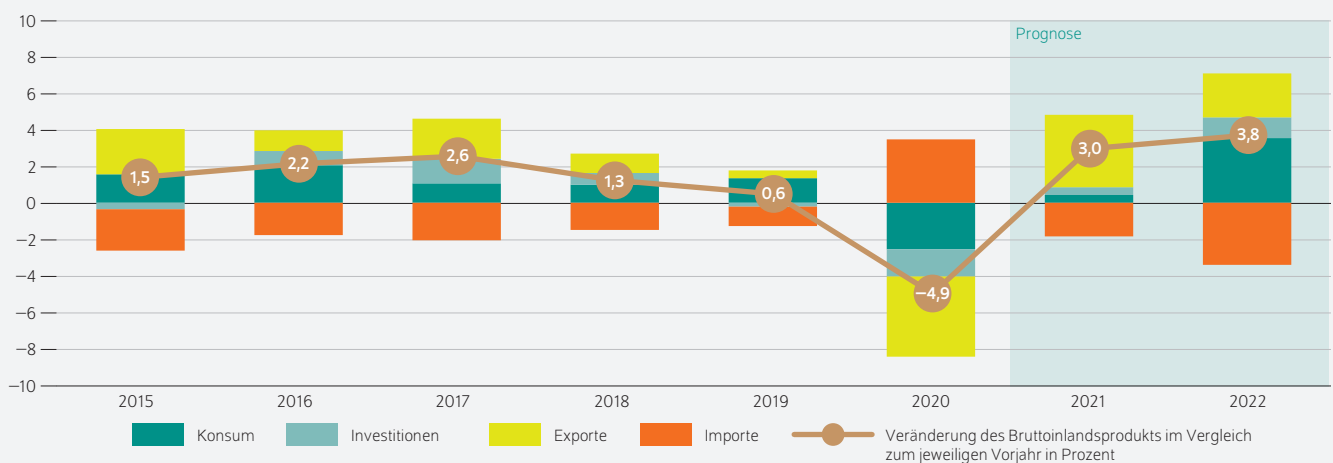
Deutsche Wirtschaft steckt im Stop-and-Go

Von Claus Michelsen et al.

- DIW Berlin senkt Wachstumsprognose für dieses Jahr deutlich auf 3,0 Prozent, für nächstes Jahr sind Stand jetzt 3,8 Prozent zu erwarten
- Zu erwartendes Wechselspiel aus Lockerungen, aufflammendem Infektionsgeschehen und erneuten Schließungen trifft vor allem Dienstleistungsbereiche
- China und die USA sind derzeit Lokomotiven der Weltwirtschaft – Deutsche Wirtschaft profitiert von gut laufendem Auslandsgeschäft und damit robuster Industriekonjunktur
- Probleme im Unternehmenssektor durch Aussetzung der Insolvenzmeldepflicht und staatliche Hilfeleistungen verschleiert – Zahl der Firmenpleiten dürften deutlich steigen
- Mehr Tempo bei Pandemiebekämpfung und Zukunftsinvestitionen dringend geboten, damit Deutschland international nicht den Anschluss verliert

Deutsche Wirtschaft erholt sich deutlich weniger schnell als noch im Winter erwartet

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Das Konjunkturpaket aus dem vergangenen Jahr hat in Deutschland einen erheblichen Impuls gegeben, der allerdings bei weitem nicht so groß ist wie in den USA. Diese und auch andere Volkswirtschaften nutzen die aktuelle Situation, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das würden wir auch der Bundesregierung empfehlen.“

— Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft steckt im Stop-and-Go

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Paul Berenberg-Gossler, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Laura Pagenhardt

Nach wie vor bestimmt die Corona-Pandemie das weltwirtschaftliche Geschehen. Im vergangenen Jahr folgte auf den drastischen Einbruch der Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr eine kräftige Erholung im Sommer, die bis in den Spätherbst anhielt. Dann stiegen die Neuinfektionszahlen in vielen Ländern stark an, was zu erneuten, teils weitreichenden Beschränkungen des gesellschaftlichen Lebens führte. Am stärksten waren dabei die Länder der Europäischen Union und die USA betroffen. Alles in allem sank die globale Wirtschaftsleistung im abgelaufenen Jahr um 2,7 Prozent. Die entwickelten Volkswirtschaften hatten mit 4,8 Prozent einen deutlich stärkeren Rückgang zu verkraften. Die Wirtschaftsleistung Deutschlands sank ebenfalls in dieser Größenordnung.

Die zweite Infektionswelle im Winter und die sich nun abzeichnende dritte Infektionswelle haben die Erholung in vielen Ländern unterbrochen. Vor allem die Dienstleistungsbereiche wurden erneut von Kaufzurückhaltung und den lockdownbedingten Schließungen unter anderem des Einzelhandels und von Kulturbetrieben ausgebremst. Das verarbeitende Gewerbe hat sich im Vergleich zur ersten Corona-Welle im Frühjahr 2020 weltweit deutlich besser auf die Pandemiesituation eingestellt; die industrielle Wertschöpfung erweist sich daher als robust. Insbesondere der globale Handel steht gegenüber dem vergangenen Frühjahr deutlich besser da. Hiervon profitiert auch die deutsche Wirtschaft, deren Exportgüter trotz der grassierenden Pandemie gefragt sind. Vor allem die Geschäfte in Asien und in den USA stützen die Ausfuhren – in der Europäischen Union hingegen hat die zweite Corona-Welle die Erholung gestoppt. Anders als in den USA oder dem Vereinigten Königreich verläuft die Impfkampagne schleppend und trübt die Aussichten auf eine raschere Erholung.

Trotz der anhaltend hohen Infektionszahlen haben sich viele Länder dennoch für Lockerungen der Restriktionen entschieden. Auch in Deutschland wurde Anfang März 2021 ein Stufenplan beschlossen, der regionale Differenzierungen der Corona-Neuinfektionen für die Öffnung des Handels, der Gastronomie und vieler anderer Dienstleistungen zur Grundlage macht. Danach können Regionen mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von weniger als 50 Neuinfektionen je 100 000 EinwohnerInnen innerhalb einer Woche umfangreiche Öffnungsschritte vollziehen. In Gegenden mit einer Inzidenz zwischen 50 und 100 Neuinfektionen gelten restriktivere Regeln für den Publikumsverkehr. Für den Fall, dass die Inzidenz wieder über 100 steigt, sind erneute Schließungen vereinbart.

Dies dürfte zu einem Stop-and-Go der Wertschöpfung vor allem bei den Dienstleistungen führen. Denn bei einem steigenden Anteil mutierter Corona-Viren, die sich schneller als die ursprüngliche Virusvariante verbreiten, und gleichzeitigen Öffnungen ist zu erwarten, dass die Infektionszahlen wieder deutlich anziehen. Unterstellt wird in dem berechneten Szenario, dass um Ostern zahlreiche Kreise und kreisfreie Städte die Aktivitäten in Handel, Gastronomie und anderen Dienstleistungsbereichen wieder spürbar einschränken müssen. Nach neuerlichen Öffnungen wird eine ähnliche Entwicklung auch für den Frühsommer erwartet. Unter dem Strich dürfte der vereinbarte Stufenplan im zweiten Quartal wieder mehr wirtschaftliche Aktivität in den Dienstleistungsbereichen ermöglichen als noch zu Jahresbeginn – die Erholung wird dennoch schleppend verlaufen und eine dauerhafte Normalisierung der Geschäftstätigkeit im Zuge fortschreitender Impfungen und zusätzlicher Testmöglichkeiten erst ab den Sommermonaten möglich sein.

Das DIW Berlin geht angesichts der robusten Industriekonjunktur und des sich weiter erholenden Auslandsgeschäfts davon aus, dass die Wirtschaftsleistung Deutschlands in diesem Jahr um rund 3,0 Prozent steigen wird und sich die Erholung im kommenden Jahr mit einem Plus von 3,8 Prozent fortsetzt. Damit verläuft die Erholung deutlich langsamer als noch zum Jahresende 2020 erwartet. Das zugrundeliegende Szenario geht von einer Stop-and-Go-Konjunktur in Deutschland und Europa aus, während in anderen Teilen der Welt – insbesondere in Asien und den USA – die Pandemiebekämpfung vor allem wegen des schnelleren Impffortschritts effektiver ist und keine neuerlichen Lockdowns in größerem Umfang notwendig werden.

Nach wie vor sind die Risiken auch für dieses Szenario erheblich. So hat die Politik in den vergangenen Wochen ihre Linie in der Corona-Politik mehr als nur einmal geändert. Das allein erzeugt Unsicherheit für die Wirtschaftsakteure. Hinzu kommt, dass das Insolvenzgeschehen durch die Aussetzung der Meldepflicht für Unternehmen verschleiert ist. Viele Firmen haben ihre Eigenkapitalpuffer im vergangenen Jahr aufgebraucht. Dies gilt insbesondere für kleinere Unternehmen in den Dienstleistungsbereichen, deren Krisenresilienz ohnehin geringer ist und die weniger Möglichkeiten hatten, sich auf schwere wirtschaftliche Krisen vorzubereiten. Schon vor der Corona-Pandemie hatten diese Unternehmen eine geringere Eigenkapitaldecke, wie Erhebungen beispielsweise der KfW Bankengruppe zeigen. Diese sind vielfach auf staatliche Hilfen angewiesen, um die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Häufig fließen diese aber nur verzögert oder wurden zuletzt aufgrund von Betrugsfällen gänzlich gestoppt. Im vergangenen Jahr kam es dennoch zu weniger Unternehmensinsolvenzen – Firmenpleiten könnten alleine deshalb in diesem Jahr erheblich zunehmen und den Arbeitsmarkt zusätzlich unter Druck bringen. Es besteht daher ein erhebliches Risiko, dass eine größere Zahl an Unternehmen in die Pleite geht. Dies könnte auch negative Konsequenzen für viele GläubigerInnen, insbesondere den Bankensektor, haben. Die ausgereichten Hilfen in Form von Krediten verschlechtern zudem die Bonität der überlebenden Unternehmen, deren Handlungsspielräume gerade für Investitionen dann im Nachgang der Krise eingeschränkt sein werden.

Gleichwohl dürften die Soforthilfen für Unternehmen, die finanzpolitischen Impulse und die expansive Geldpolitik die negativen wirtschaftlichen Folgen der Krise erheblich reduziert haben. Größere Teile der Einkommensverluste und Rückgänge der Nachfrage wurden mit den Instrumenten der Kurzarbeit und dem Konjunkturpaket aus dem Sommer des vergangenen Jahres aufgefangen. Der Flurschaden auf dem Arbeitsmarkt ist zwar erheblich, angesichts des wirtschaftlichen Einbruchs aber dennoch verhältnismäßig gering. Dies dürfte primär auf die flexible Nutzung der Kurzarbeiterregelungen zurückzuführen sein. Die Arbeitslosenquote dürfte im vergangenen Jahr in der Spitze auf über sechs Prozent gestiegen sein und in diesem Jahr im Durchschnitt bei 5,8 Prozent liegen. Dass die Staatsschuldenquote Deutschlands bislang nur auf knapp 69 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gestiegen ist, liegt auch daran, dass Teile der bereitgestellten Hilfen noch nicht abgerufen oder gar nicht benötigt wurden. In diesem Jahr dürfte die Schuldenstandsquote dennoch weiter steigen, auf 71 Prozent. Gleichwohl liegt sie dann nach wie vor deutlich niedriger als unmittelbar nach der Finanzkrise.

Eine Diskussion über eine schnelle Rückkehr zu den Regelungen der Schuldenbremse ist bereits im Gang. Dennoch scheint es angesichts der konjunkturellen Lage und der Unwägbarkeiten verfrüht, einen nahezu ausgeglichenen Haushalt kurzfristig anzustreben. Zumal der fiskalische Impuls in Deutschland und im Euroraum bisher deutlich kleiner ist als in anderen großen Wirtschaftsräumen wie den USA oder Japan. In den USA beträgt er rund 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Japan rund sechs Prozent. In Deutschland betrug der gesamtstaatliche finanzpolitische Impuls in Reaktion auf die Corona-Krise hingegen nur knapp vier Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Auch in den kommenden Monaten und Jahren plant Deutschland deutlich weniger Geld in die Hand zu nehmen als etwa die USA, wo rund das Vierfache der aktuellen Produktionslücke zur Krisenbewältigung ausgegeben wird. Hierzulande sind für die Finanzhilfen und konjunkturstützenden Maßnahmen für die Jahre 2020 bis 2022 insgesamt rund sechs Prozent der Wirtschaftsleistung vorgesehen, was etwa dem 1,2-fachen der Produktionslücke im Jahr 2020 entspricht.

Deutschland und auch der Euroraum werden kurzfristig fraglos von den Impulsen in der übrigen Welt profitieren.

Gleichwohl werden in den anderen Volkswirtschaften wichtige Modernisierungsvorhaben schneller vorangebracht. Deshalb wäre auch in Deutschland mehr Tempo wichtig. Gerade in Zeiten nach wie vor negativer Zinsen scheint der Zeitpunkt für investive Maßnahmen günstig, denn diese zahlen sich in der aktuellen wirtschaftlichen Lage doppelt aus. Die Wirtschaft ist in der Unterauslastung, die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung hoch und die Zinsen sind äußerst niedrig. Gleichzeitig besteht Konsens über die Notwendigkeit umfangreicher staatlicher Investitionen in Dekarbonisierung, Digitalisierung, Forschung und Entwicklung, Bildung, aber auch in die gebaute Infrastruktur. Modellschätzungen zeigen, dass ein Euro dieser öffentlichen Investitionen kumuliert bis 2024 etwa 1,6 Euro zusätzliches Bruttoinlandsprodukt mit sich bringt. Dadurch läge die reale Wirtschaftsleistung bis 2024 jahresdurchschnittlich um etwa 0,4 Prozent höher als ohne die Investitionen im Rahmen des Konjunkturprogramms. Insbesondere im Niedrigzinsumfeld, durch das die Finanzierungskosten bei der Ausgabe von Staatsschuldtiteln wegfallen oder sogar zu realen Finanzierungsgewinnen werden können, sollte das zusätzliche

Wachstum auch einen spürbaren Beitrag bei der mittelfristigen Rückführung der öffentlichen Verschuldung liefern.

Mit dem Anstieg des Produktionspotenzials werden die öffentlichen und privaten Kapazitäten ausgeweitet und Produktionsprozesse effizienter, beispielsweise durch digitalisierte Schulen und öffentliche Verwaltungen oder auch eine bessere Kinderbetreuung. Auch kurz- und mittelfristige Nachfragengpässe, die durch den wirksamen Fiskalimpuls zu steigenden Preisen führen könnten, würden dadurch abgemildert, dass ein Investitionsprogramm auch die volkswirtschaftlichen Produktionskapazitäten permanent erhöht.

Dies bedeutet, dass es langfristig keinen Zielkonflikt zwischen einem Abbau der Staatsschuldenquote und höheren öffentlichen Ausgaben für Investitionen gibt, wenn diese Investitionen das Potenzialwachstum erhöhen, dadurch die Steuereinnahmen stärken und die Sozialsysteme entlasten. Gegenwärtig hat Deutschland einen großen Bedarf an solchen Investitionen und sollte die Gelegenheit nutzen, um die Volkswirtschaft nachhaltig zu modernisieren und gleichzeitig die Krise zu überwinden.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Paul Berenberg-Gossler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | pberenberggossler@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilungen Makroökonomie und Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 11/2021:

www.diw.de/diw_weekly



Weltwirtschaft: USA und China legen vor, Europa hinkt hinterher

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Paul Berenberg-Gossler, Geraldine Dany-Knedlik und Hella Engerer

ABSTRACT

Das Wiederaufflammen des Pandemiegeschehens und die erneuten Lockdowns haben zwar den Erholungskurs der Weltwirtschaft abgebremst, doch die Einbußen werden insgesamt weniger gravierend sein als nach der ersten Infektionswelle im Frühjahr. Vor allem die Industrie entwickelt sich weiterhin gut. Einzelhandel und viele Dienstleistungen sind dagegen stark belastet – vor allem in besonders betroffenen Regionen wie Europa. Die finanzpolitischen Impulse federn aber einen Großteil der Verwerfungen ab. Mit steigendem Impfschutz werden ab der zweiten Jahreshälfte die meisten wirtschaftlichen Einschränkungen sukzessive wieder aufgehoben, was den privaten Konsum beleben dürfte. Das DIW Berlin hebt die Prognose aufgrund der kräftigen konjunkturellen Dynamik in den USA und China für dieses und das kommende Jahr um jeweils 0,4 Prozentpunkte an und rechnet mit einem Wachstum von 6,7 beziehungsweise 4,8 Prozent. Ihren langfristigen Wachstumspfad wird die globale Produktion wohl erst wieder Ende 2022 erreichen. Auch wenn sich durch das Brexit-Abkommen und die Abwahl des US-Präsidenten Donald Trump einige weltwirtschaftliche Unwägbarkeiten gelegt haben, bestehen weiterhin Risiken, vor allem durch erneute Infektionswellen und stark steigende Insolvenzzahlen.

Eine zweite Corona-Infektionswelle bremst seit dem Schlussquartal des vergangenen Jahres die weltwirtschaftliche Erholung aus. Nachdem sich die Weltwirtschaft im dritten Quartal um 7,9 Prozent im Vergleich zum vorherigen Vierteljahr noch kräftig erholt hatte, legte sie im vierten Quartal nur noch um 1,8 Prozent zu (Abbildung 1).

Verschärfte Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens in Europa und Nordamerika haben zu wirtschaftlichen Rückschlägen geführt (Kasten 1). Die Produktion im Euroraum schrumpfte im vierten Quartal um 0,7 Prozent. Mit einem Wachstum von rund einem Prozent verlangsamte sich die Erholung im Vereinigten Königreich und den USA. Angesichts geringer Infektionszahlen setzten Volkswirtschaften im asiatischen Raum – allen voran China – die Erholung zum Jahresende mit kräftigen Raten fort. Zwar liegt die wirtschaftliche Leistung der meisten Volkswirtschaften zum Jahresende 2020 wieder knapp unter oder bereits auf dem Vorkrisenniveau. Bis aber der langfristige Wachstumspfad wieder erreicht wird, muss die Produktion nochmals um ein Drittel zulegen.

In der ersten Jahreshälfte dürfte das Infektionsgeschehen in Europa und Amerika den weltwirtschaftlichen Erholungsprozess trotz des Aufbaus eines Impfschutzes weiterhin bremsen. Nach einem kontinuierlichen Rückgang der Neuinfektionen zu Jahresbeginn steigen die Zahlen seit Ende Februar in vielen europäischen Ländern wieder an. Eine dritte Infektionswelle samt erneuter Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen in der ersten Jahreshälfte sind hier wahrscheinlich. Auch in den USA sinken die Neuinfektionen derzeit nicht mehr, sondern bleiben auf einem konstanten, aber weiterhin recht hohen Niveau. Die Ausbreitung verschiedener Virusmutationen lässt die Infektionszahlen auch in anderen Regionen, insbesondere Südamerika, wieder steigen.

In vielen Volkswirtschaften haben Impfprogramme bereits begonnen, aber laufen – meist wegen bestehender Impfstoffknappheiten – eher schleppend an. So ist in den größten Volkswirtschaften nicht mit einem flächendeckenden Impfschutz vor Ende der ersten Jahreshälfte zu rechnen. Bis dahin dürften das Infektionsgeschehen und die Eindämmungsmaßnahmen weiterhin auf dem Einzelhandel

und personennahen Dienstleistungen in den betroffenen Regionen lasten. Dies wird den weltwirtschaftlichen Aufschwung zunächst bremsen.

Die wirtschaftlichen Einbußen der aktuellen Infektionswelle dürften im Vergleich zum Frühjahr des vergangenen Jahres allerdings deutlich geringer ausfallen. Zum einen konzentriert sich das aktuelle Infektionsgeschehen bislang hauptsächlich auf zwei Regionen – Europa und Nordamerika –, zum anderen legt die industrielle Wertschöpfung selbst in diesen Regionen deutlich zu und scheint kaum vom Infektionsgeschehen beeinträchtigt zu sein. Entsprechend entwickeln sich vielerorts auch die Unternehmensinvestitionen und der Handel von Industriegütern solide. Insbesondere der sich fortsetzende Aufschwung in asiatischen Ländern dürfte die Produktion in der Industrie, vor allem im verarbeitenden Gewerbe, weiterhin begünstigen und den Welt-handel stärken.

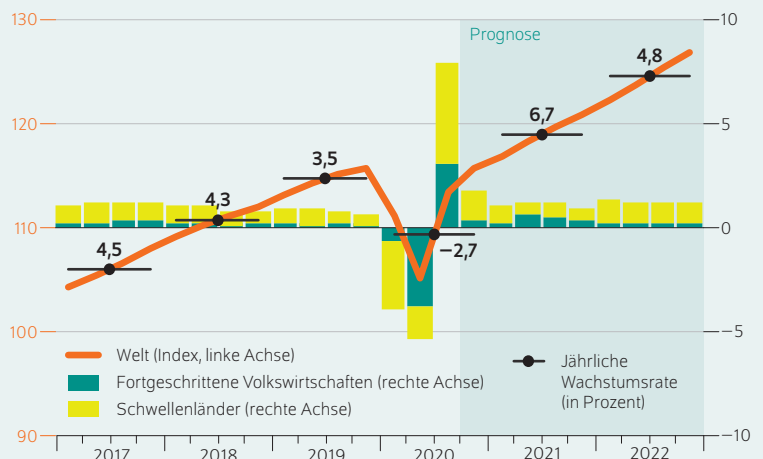
Ab Sommer dieses Jahres dürfte mit ausreichendem Impfschutz der Aufschwung in den großen Volkswirtschaften kräftig an Fahrt gewinnen. Dabei liegt der Prognose die Annahme zugrunde, dass die derzeitigen wirtschaftlichen Einschränkungen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens bis zum Sommer dieses Jahres nur geringfügig reduziert werden. Mit einem ausreichenden Impfschutz werden die Infektionsschutzmaßnahmen in der zweiten Jahreshälfte 2021 schrittweise reduziert, so dass zum Jahresende nur noch wenige gesetzliche Vorgaben und freiwillige Verhaltensänderungen die Wirtschaft beeinträchtigen. Im Jahr 2022 werden sich die Einschränkungen in den meisten Volkswirtschaften auf wenige sektorale und regionale Maßnahmen begrenzen.

Zusätzliche finanzpolitische Impulse dürften neben der äußerst lockeren Geldpolitik die Erholung in den kommenden Jahren stützen. Zum Jahreswechsel beschlossen viele Regierungen weitere finanzpolitische Hilfspakete. So verabschiedete die US-Regierung seit Dezember zwei Hilfspakete im Umfang von rund 2,8 Billionen Dollar, was rund 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der USA des Jahres 2020 entspricht. Dieser finanzpolitische Impuls stärkt die Wachstumsaussichten in den Vereinigten Staaten erheblich. Auch einige europäische Länder stockten beschlossene finanzpolitische Pakete auf, wenn auch in geringerem Umfang als die USA. Zusätzliche finanzpolitische Direktmaßnahmen dürften aktuelle Verluste der Unternehmen und Einkommenseinbußen der privaten Haushalte teilweise kompensieren und so längerfristige Verwerfungen verhindern.

Viele Konjunkturlösungen enthalten zudem investitionsfördernde Maßnahmen, um den Erholungsprozess in den kommenden Jahren anzukurbeln. Beispielsweise entfällt in Japan die Hälfte der beschlossenen Konjunkturlösungen – rund drei Prozent des japanischen Bruttoinlandsprodukts – auf Investitionen im Bereich Digitalisierung und Dekarbonisierung. Auch ein Großteil des Europäischen Wiederaufbaufonds, der rund sechs Prozent der Wirtschaftsleistung der EU umfasst, ist auf die Förderung von Unternehmensinvestitionen

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts Jeweils zum Vorquartal, in Prozent



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Frühjahrsgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Erst Ende 2022 dürfte die globale Produktion wieder ihren langfristigen Wachstumspfad erreichen.

ausgerichtet. Neben der Finanzpolitik dürften die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen und eine robuste Entwicklung der Industrieproduktion die Unternehmensinvestitionen vielerorts stützen.

Der private Verbrauch bleibt hingegen zunächst gebremst. Das liegt zum einen am Infektionsgeschehen in wirtschaftlich wichtigen Regionen, aber auch an Einkommenseinbußen der Haushalte und deren anhaltenden Verunsicherung über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Dies spiegelt sich in den vielerorts hohen Sparquoten wider. Der Wegfall der wirtschaftlichen Einschränkungen in den derzeit besonders betroffenen Regionen dürfte den Konsum der Haushalte deutlich beleben, da ein Teil des Verbrauchs wohl nachgeholt werden wird. Ein ausreichender Impfschutz und weniger Angst vor neuen Infektionswellen dürften dem privaten Verbrauch zusätzlich Schwung verleihen und die Sparquoten senken.

Der Arbeitsmarkt dürfte sich in vielen Volkswirtschaften nur schleppend erholen. Bis zum Jahreswechsel konnten die Beschäftigungsverluste aus dem letzten Frühjahr in den meisten Ländern nur etwa zur Hälfte aufgeholt werden (Abbildung 2). In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sinken die Arbeitslosenquoten zwar weiterhin, liegen aber meist noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Sollten Soforthilfen für Unternehmen, beispielsweise Kurzarbeitergeld, kurzfristig beendet werden, ist auch mit einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die nur allmähliche Erholung auf den Arbeitsmärkten wird in vielen Volkswirtschaften wohl auch die Lohnentwicklung belasten. So dürfte – trotz zuletzt gestiegener Energiepreise – die

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
Euroraum	1,3	-6,8	3,4	4,2	1,3	0,1	1,6	1,2	7,5	8,1	9,2	8,1
ohne Deutschland	1,6	-7,5	3,6	4,4	1,2	-0,1	1,3	1,1	9,5	9,8	11,4	10,1
Frankreich	1,5	-8,3	4,4	4,4	1,1	0,5	1,2	1,1	8,5	8,2	9,8	8,5
Italien	0,3	-8,9	3,0	3,9	0,7	-0,2	1,0	0,9	9,9	8,9	10,3	9,7
Spanien	2,0	-11,0	5,1	5,8	0,7	-0,3	1,0	1,1	14,0	16,2	18,6	16,0
Niederlande	1,6	-3,8	2,2	3,0	2,6	1,1	1,6	1,6	3,4	3,8	5,7	5,3
Vereinigtes Königreich	1,4	-9,9	4,7	6,5	1,7	1,0	1,8	2,4	3,8	4,5	6,5	6,1
USA	2,2	-3,5	6,7	3,5	1,9	1,2	2,6	2,1	3,6	7,5	5,3	4,0
Japan	0,3	-4,9	2,9	1,8	0,5	-0,1	-0,3	0,9	2,4	2,8	3,0	2,6
Südkorea	2,0	-0,9	3,3	3,1	0,4	0,5	1,2	1,4	3,8	4,0	4,1	3,7
Mittel- und Osteuropa	4,1	-3,7	4,0	4,7	2,7	3,1	3,3	3,1	3,3	3,7	4,2	3,7
Türkei	1,0	1,6	4,9	3,0	15,2	12,3	13,1	11,0	13,7	14,0	14,3	13,3
Russland	1,3	-3,1	2,9	2,9	4,5	3,4	4,3	4,1	4,6	5,8	5,6	4,9
China	6,2	2,5	8,9	5,8	2,4	3,4	2,1	3,0	4,1	4,1	4,1	4,1
Indien	4,7	-8,2	8,9	7,4	3,7	6,6	3,8	3,6				
Brasilien	1,4	-5,0	3,0	2,0	3,8	3,3	4,7	3,5	11,9	13,8	14,1	13,3
Mexiko	0,0	-8,7	3,5	2,0	3,4	3,4	3,6	3,2	3,5	4,6	5,9	4,5
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,7	-4,8	5,1	3,7	1,5	0,7	1,9	1,7	4,5	6,6	6,0	5,0
Schwellenländer	4,6	-1,5	7,6	5,5	3,6	4,5	3,6	3,8	5,2	5,5	5,7	5,4
Welt	3,5	-2,7	6,7	4,8	2,8	3,1	2,9	3,0	4,9	6,0	5,8	5,2

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Verbraucherpreisinflation in den meisten Wirtschaftsräumen nur moderat steigen.

Die Corona-Pandemie ließ die Weltwirtschaft im vergangenen Jahr um rund 2,7 Prozent schrumpfen. Aufgrund der kräftigen Erholung der asiatischen Region, insbesondere der chinesischen Volkswirtschaft, fällt das Minus rund 0,7 Prozentpunkte geringer aus als zuletzt vom DIW Berlin erwartet (Tabelle). Das Wiederaufflammen des Pandemiegeschehens in Europa und den USA hat die weitere Erholung verlangsamt, in der zweiten Jahreshälfte 2021 wird sich wohl der Aufschwung mit kräftigen Zuwachsraten fortsetzen. Ihren langfristigen Wachstumspfad dürfte die globale Produktion damit erst zum Ende des Prognosezeitraums erreichen. Insbesondere aufgrund des unerwartet kräftigen Aufschwungs in China und der besseren Wachstumsaussichten der USA hebt das DIW Berlin seine Prognose um jeweils 0,4 Prozentpunkte für die Jahre 2021 und 2022 an. So rechnet das Institut mit Wachstumsraten von 6,7 Prozent und 4,8 Prozent in diesem und im kommenden Jahr.

Durch das nun abgeschlossene Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und dem Vereinigten Königreich sowie den endgültigen Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Joe Biden haben sich die abwärtsgerichteten Unsicherheiten zuletzt etwas gemindert. Dennoch bleibt die Prognose insgesamt mit überwiegend negativen Risiken behaftet, insbesondere aufgrund anhaltender Unwägbarkeiten bezüglich des weiteren Pandemieverlaufs, des Auftretens

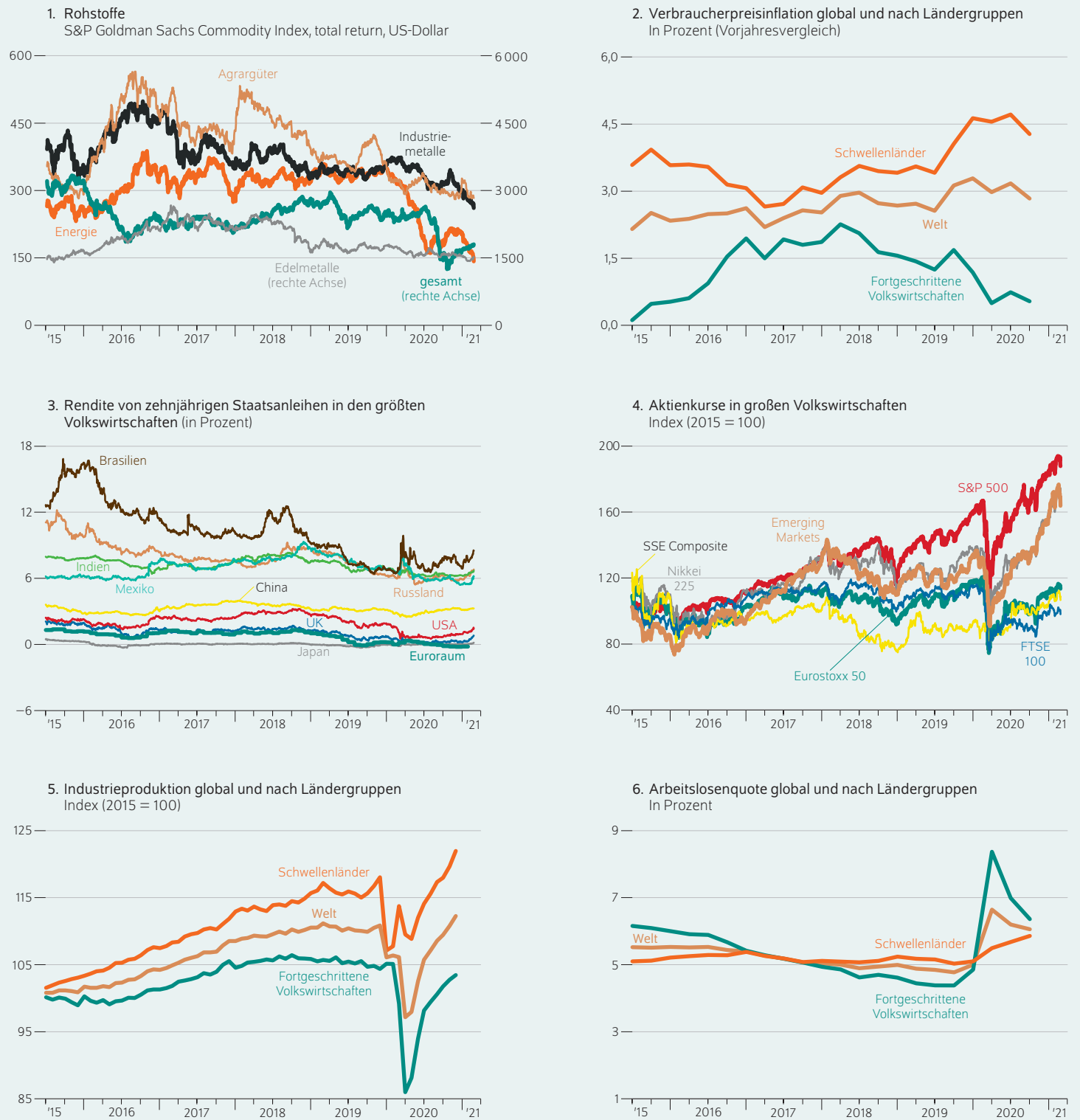
von Virusmutationen und der Wirksamkeit der vorhandenen Impfstoffe.

Trotz Eindämmungsmaßnahmen und Impfkampagnen könnte es zu weiteren unkontrollierten Anstiegen der regionalen, aber auch weltweiten Neuinfektionen kommen, insbesondere wenn die Virusmutationen sich rasant ausbreiten. Dies wiederum würde schärfere Einschränkungen notwendig machen und dürfte den Wirtschaftsaufschwung dann weiter ausbremsen. Auch könnten Verzögerungen bei Impfungen die Hoffnung auf ein relativ schnelles Ende der Pandemie dämpfen und das Vertrauen schwächen.

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Unternehmens- und Privatsolvenzen insbesondere durch weiterhin anhaltende (Teil-) Lockdowns stark steigen. Dies könnte zu erheblichen Kreditausfällen führen und im Zuge dessen die Finanzmärkte destabilisieren, was auch die Solvenz etlicher Staaten gefährden kann. Den globalen Aufschwung hingegen stärken würden eine schnellere Verteilung von Impfstoffen und eine effektivere Wirksamkeit von Therapien gegen Covid-19.

Abbildung 2

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: 26. Februar 2021 (Abbildungsteile 1, 3 und 4); drittes Quartal 2020 (Abbildungsteile 2 und 6); Dezember 2020 (Abbildungsteil 5).

Quellen: S&P Dow Jones Indices (Abbildungsteil 1); Nationale Statistikämter; IMF (Abbildungsteile 2 und 6); Macrobond; Eurostat (Abbildungsteil 3); S&P Dow Jones Indices; STOXX; Nikkei Inc.; Shanghai Stock Exchange; FTSE (Abbildungsteil 4); CPB (Abbildungsteil 5); eigene Berechnungen.

Kasten 1

Neuinfektionen, Lockdowns und Impfungen weltweit

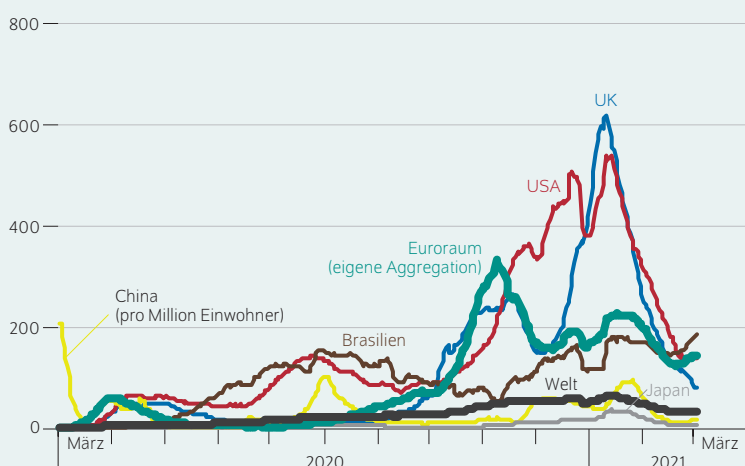
Nach der ersten Welle der Pandemie im Frühjahr 2020 ist im Herbst die Sieben-Tage-Inzidenz weltweit erneut gestiegen.¹ Eine zweite Welle erreichte zu den Weihnachtsfeiertagen einen ersten Höhepunkt mit knapp 60 Fällen pro 100 000 Personen (Abbildung 1). Ein zweiter Höhepunkt war Mitte Januar 2021 zu beobachten. Bis Anfang März 2021 hat sich die Sieben-Tage-Inzidenz global halbiert.

Vor allem das Pandemiegeschehen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften treibt die weltweiten Inzidenzen in die Höhe. In Europa, hier vor allem im Vereinigten Königreich und in Irland, kam es im Herbst zu einem rasanten Anstieg der Sieben-Tage-Inzidenzen. In den USA war ein erster Gipfel von über 500 Fällen pro 100 000 Personen vor Weihnachten erreicht; Mitte Januar folgte ein zweiter Höhepunkt mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von 530. Der Wert ist bis Ende Februar in den USA und in der EU stark gesunken und hat sich bei rund 100 eingependelt. Im Unterschied hierzu kam es in Asien bislang zu keiner ausgeprägten zweiten Welle. Zumeist lagen die Sieben-Tage-Inzidenzen unter 50 Fällen pro 100 000 Personen.

¹ Die offiziell gemeldete Zahl an Infektionen ist von verschiedenen Faktoren abhängig, darunter auch von den Testungen. Nach Angaben des European Centre for Disease Prevention and Control variierte in der EU die Anzahl der Testungen in der 7. Kalenderwoche 2021 zwischen 836 in Polen und 24 195 pro 100 000 Personen in Zypern. Grundsätzlich wird in fortgeschrittenen Volkswirtschaften mehr getestet als in ärmeren Regionen der Welt, so dass insbesondere in vielen Entwicklungsländern die Infektionszahlen unterschätzt sein dürften.

Abbildung 1

Sieben-Tage-Inzidenz Fälle pro 100.000 Personen



Quelle: Weltgesundheitsorganisation; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Die Sieben-Tage-Inzidenzen in Europa und den USA sind immer noch sehr hoch und steigen wieder an.

Nächste Welle bahnt sich an

Nach dem raschen Rückgang im Januar und Februar zieht die weltweite Sieben-Tage-Inzidenz seit Anfang März wieder an, wenn auch bislang moderat. Vor allem in Europa steigen mit der Verbreitung von Virusmutationen die Neuinfektionen wieder. Besonders dramatisch ist die Lage in Tschechien mit 780 Fällen pro 100 000 Personen (Stand Anfang März 2021). Eine dritte Infektionswelle ist daher in vielen europäischen Ländern sehr wahrscheinlich, insbesondere auch deshalb, weil sich der Impfschutz nur langsam aufbaut.

Regional unterschiedliche Eindämmungsmaßnahmen

Mit steigenden Inzidenzen haben die europäischen Länder die Eindämmungsmaßnahmen seit Herbst wieder verschärft (Abbildung 2). Seit Oktober letzten Jahres wurde im Vereinigten Königreich und vielen EU-Ländern der Besuch von Schulen und Betreuungseinrichtungen wieder stärker bis vollständig eingeschränkt; viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind aufgefordert, von zu Hause aus zu arbeiten. Die privaten Kontakte und der Bewegungsradius wurden mit unterschiedlichen Ausgangsbeschränkungen reduziert. Der Umfang der einzelnen Eindämmungsmaßnahmen war nur zum Teil vergleichbar mit dem Niveau vom Frühjahr letzten Jahres. Angesichts der in einigen Ländern steigenden Inzidenzwerte sind neuerliche Einschränkungen in diesem Frühjahr wahrscheinlich.

Im Unterschied zu vielen europäischen Volkswirtschaften wurden die Eindämmungsmaßnahmen in den USA hauptsächlich dezentral von den jeweiligen Bundesstaaten verhängt. Insgesamt wirken sie weniger strikt als in den europäischen Ländern. Dies legen auch weltweite Mobilitätsdaten nahe (Abbildung 3).

Trotz leicht steigender Infektionszahlen wurden in den meisten südamerikanischen Ländern die Infektionsschutzmaßnahmen bislang kaum verändert. Ähnlich ist es in den meisten asiatischen Ländern. So sind die genannten Eindämmungsmaßnahmen in Japan bei vergleichsweise geringen Fallzahlen wenig restriktiv oder wurden sogar ganz aufgehoben; dafür wurde die Einreise stark kontrolliert.

Lockdown schränkt Mobilität ein

Die Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen lassen sich aufgrund der regionalen und nationalen Unterschiede schwer pauschal einordnen. Bei der Einschätzung können Google-Mobilitätsdaten helfen. Diese zeigen, dass die zweite Infektionswelle – beginnend im letzten Herbst – die weltweite Mobilität zwar wieder sinken ließ, allerdings weitaus weniger, als es noch während der ersten Welle im Frühjahr 2020 der Fall war (Abbildung 3). Ähnlich wie in der ersten Welle sank auch in der zweiten Welle die Mobilität im Bereich der Freizeitgestaltung, des Einzelhandels und teilweise des Reiseverkehrs. Im Unterschied zum Frühjahr 2020 verringerte

Abbildung 2

Regionale und landesweite Maßnahmen in ausgewählten Ländern

Nach Art und Umfang der Einschränkungen



Quelle: Reuters.

© DIW Berlin 2021

Vor allem die Länder Europas waren von der zweiten Welle betroffen und haben landesweite Maßnahmen verhängt, die aber oft weniger strikt waren als in der ersten Welle.

sich die Mobilität in diesen Bereichen vor allem in fortgeschrittenen Volkswirtschaften, insbesondere in Europa und Amerika. Weniger betroffen als während der ersten Welle scheint die Arbeitsplatzmobilität zu sein, die seit dem Sommer 2020 – mit Ausnahme der Feiertage über den Jahreswechsel – auf einem konstanten Niveau unterhalb ihres langfristigen Durchschnitts liegt. Dies deutet darauf hin, dass Unternehmen und Beschäftigte sich besser auf die Pandemielage eingestellt und auf eine weitere Infektionswelle vorbereitet haben. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe kam es bislang nicht zu Produktionsstopps, Unterbrechung von Lieferketten und entsprechenden Rücksetzern in der Wertschöpfung.

Die Unterschiede in der Mobilität stehen in Zusammenhang mit den Eindämmungsmaßnahmen. Seit Herbst letzten Jahres ist die Mobilität in Ländern wie Japan oder Brasilien, die entweder ein anhaltend geringes Infektionsgeschehen oder nur lockerere Infektionsschutzmaßnahmen aufweisen, kaum oder gar nicht gesunken. Hingegen verringerte sich die Mobilität in den meisten europäischen Ländern im Zuge der verschärften Einschränkungen

merklich. In den Vereinigten Staaten, die trotz sehr hoher Sieben-Tage-Inzidenzen die Infektionsschutzmaßnahmen bei landesweiter Betrachtung kaum verschärften, ging die Mobilität nur geringfügig zurück.

Flächendeckender Impfschutz

Bis Ende Februar 2021 haben knapp zwei Prozent der Weltbevölkerung eine erste Dosis mit einem Covid-19-Impfstoff erhalten. Derzeit werden Impfstoffe eingesetzt, die erst (einige Wochen) nach Verabreichung einer zweiten Impfdosis den vollen Impfschutz entfalten. Allerdings deuten bisherige Studien darauf hin, dass bereits nach Verabreichung der ersten Dosis ein gewisser Impfschutz aufgebaut wird, der Fälle mit schwerem Krankheitsverlauf und einer Hospitalisierung mindert.² Ab welchem pro-

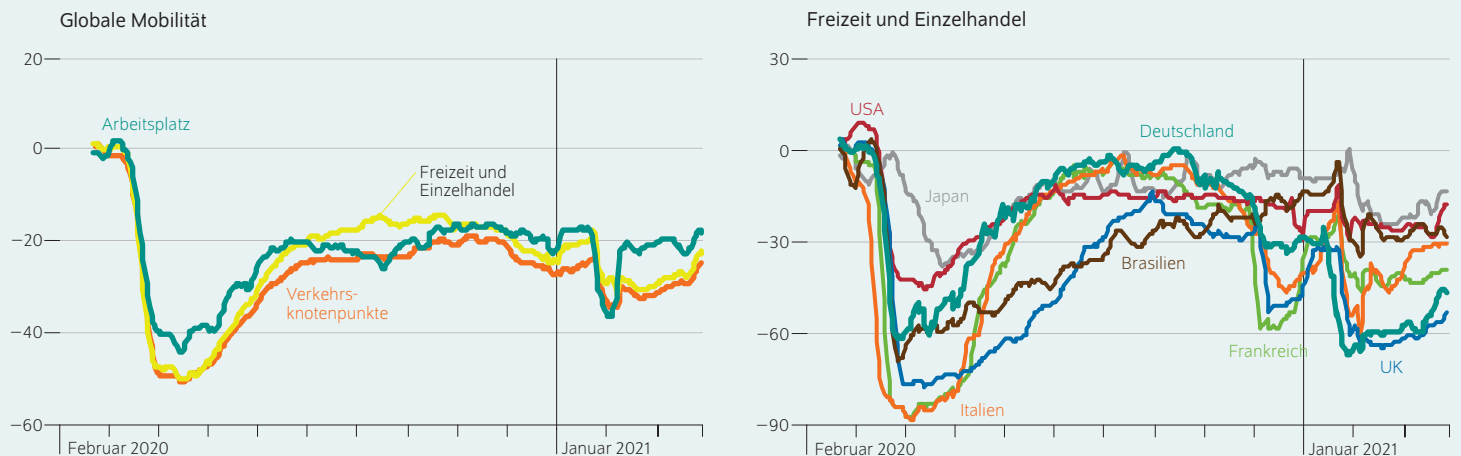
² Untersucht wurde die Effektivität des Biontech-Pfizer-Impfstoffs unter erwachsenen TeilnehmerInnen der israelischen Impfkampagne. Vgl. Noa Dagan et al. (2021): BNT162b2 mRNA Covid-19 Vaccine in a Nationwide Mass Vaccination Setting. The New England Journal of Medicine, 24. Februar (online verfügbar).

Fortsetzung Kasten 1

Abbildung 1

Google-Mobilität

Abweichung vom langfristigen Trend in Prozent



Quellen: Google; Macrobond; IMF; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Die zweite Welle hat im Herbst vor allem die Mobilität in den europäischen Ländern eingeschränkt.

zentualen Anteil geimpfter Personen an der Gesamtbevölkerung Neuinfektionen und Hospitalisierungen reduziert werden, ist noch nicht gesichert. Klar scheint aber zu sein, dass sich gerade in den vulnerablen Gruppen, die meist priorisiert geimpft wurden, das Infektionsgeschehen erheblich reduziert.

Weltweit führend mit Impfungen ist Israel, wo rund 56 Prozent der Bevölkerung eine erste Dosis und 44 Prozent eine zweite Dosis erhalten haben (Stand 11. März 2021). Neben Israel kommen die Impfungen im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten besonders schnell voran. Im Vereinigten Königreich haben 34 Prozent der Bevölkerung die erste Impfdosis erhalten.³ In den USA erreicht die Impfung bei der ersten Dosis 18 Prozent und bei der zweiten Dosis zehn Prozent.⁴ In der EU verlaufen die Impfungen bislang schleppend. Hier sind im Durchschnitt etwa sieben Prozent der Bevölkerung mit der ersten Dosis geimpft. Auch in den meisten südamerikanischen⁵ sowie asiatischen Ländern und vor allem in Afrika sind die Impfquoten zumeist gering.⁶

³ Um möglichst rasch vielen Personen eine Erstimpfung zu verabreichen, wurde das Intervall bis zur Verabreichung der zweiten Dosis verlängert. Den vollen Impfschutz haben daher bislang nur etwas mehr als zwei Prozent der Bevölkerung (Stand Ende Februar). Vgl. Jedidajah Otte (2021): Nearly 20m receive first dose of Covid vaccine in the UK. The Guardian vom 27. Februar (online verfügbar, abgerufen am 11. März)

⁴ Vgl. den Covid Data Tracker auf der Website der Centers for Disease Control and Prevention.

⁵ Eine Ausnahme bildet Chile mit einer Quote von über 17 Prozent der Bevölkerung. Das Land hat früh verschiedene Impfstoffe geordert. Zudem hat das chilenische Gesundheitssystem Erfahrungen mit Massenimmunisierungen. Bereits im Juni 2021 sollen 80 Prozent der Bevölkerung geimpft sein.

⁶ Für China liegen keine Daten vor. Anfang Februar sollen 40,5 Millionen Dosen verabreicht worden sein. Dies entspräche einer Impfquote von unter drei Prozent.

Die Verfügbarkeit der bereits zugelassenen Impfstoffe wird sich mit Ausweitung der Produktionskapazitäten weiter verbessern. Weitere Impfstoffe stehen vor der Zulassung, unter anderem in den USA und der EU. Dabei werden mehr Impfstoffe auf den Markt kommen, bei denen eine einzige Dosis ausreicht und die zudem weniger stark gekühlt werden müssen als die zuerst zugelassenen mRNA-Impfstoffe. Dies dürfte das Impfgeschehen weltweit beschleunigen. Eine Herausforderung bleibt es, Menschen in entlegenen Gebieten zu erreichen. Eine globale Aufgabe wird es sein, ausreichend Impfstoffe auch in ärmeren Regionen zur Verfügung zu stellen.

USA: Massive Fiskalimpulse sorgen für kräftige Erholung

In den Vereinigten Staaten stieg die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2020 um ein Prozent gegenüber dem Vorquartal (annualisiert 4,1 Prozent). Die Erholung nach dem Einbruch im ersten Halbjahr setzte sich somit deutlich abgeschwächt fort; im dritten Quartal hatte das Bruttoinlandsprodukt noch um 7,5 Prozent (annualisiert 33,4 Prozent) zugelegt. Die bereits seit dem Herbst steigenden Corona-Neuinfektionen erreichten Mitte Januar ihren Höhepunkt. Die Infektionsschutzmaßnahmen waren etwas strikter als im Spätsommer (Kasten 1) und belasteten im vierten Quartal vor allem personennahe Dienstleistungen. Die Industrieproduktion legte hingegen mit soliden Raten zu.

Die US-Wirtschaft startete mit Schwung in das neue Jahr. Die Industrieproduktion und die Einzelhandelsumsätze stiegen im Januar merklich. Auch die Einkaufsmanagerindizes setzten ihren Aufwärtstrend oberhalb der Expansionsschwelle von 50 Indexpunkten fort. Diese Entwicklungen dürften auch auf das Ende Dezember beschlossene Hilfs- und Stimulierungspaket im Umfang von 900 Milliarden Dollar zurückzuführen sein, das unter anderem Einmalzahlungen an Personen mit geringem und mittlerem Einkommen in Höhe von 600 Dollar sowie eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung beinhaltet. Zudem ist das Impfprogramm im internationalen Vergleich gut angelaufen und dürfte die Zuversicht auf ein allmähliches Abflauen der Pandemie erhöhen. Auch die politische Unsicherheit hat sich mit dem neuen Präsidenten verringert. Allerdings konnten die günstigeren wirtschaftlichen Aussichten die Stimmung der KonsumentInnen noch nicht verbessern.

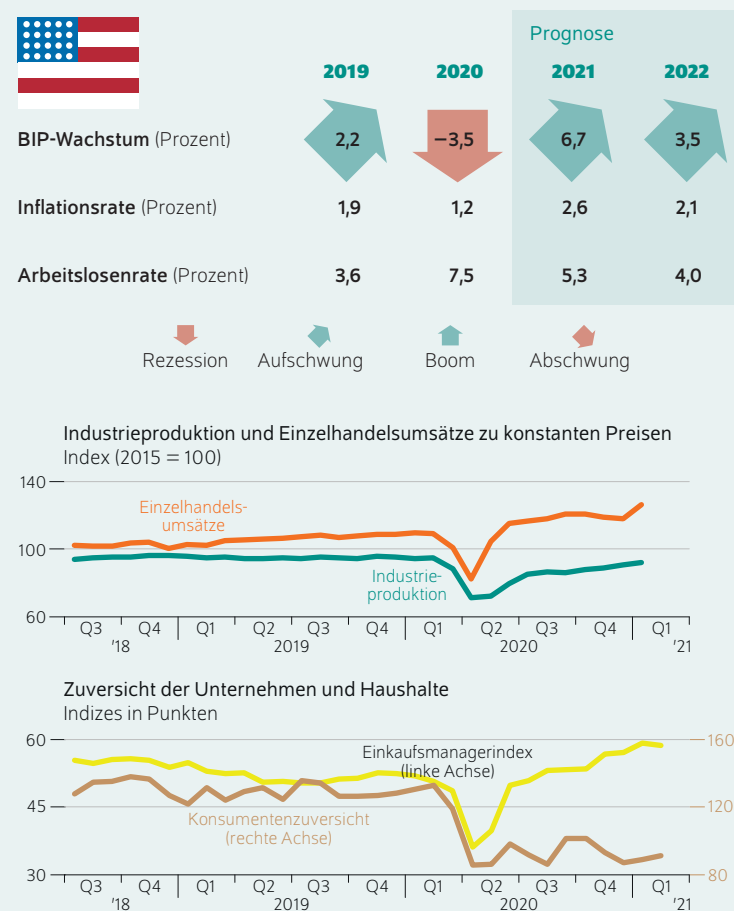
Kräftigen Rückenwind bekommt die US-Wirtschaft nun durch das im März beschlossene neue Hilfspaket, das einen Umfang von rund 1,9 Billionen Dollar – also rund neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts – hat. Wichtige Bestandteile sind weitere Einmalzahlungen von 1400 Dollar an Personen mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie die Verlängerung der höheren Arbeitslosenunterstützung bis September. Auch aufgrund der Hilfsprogramme dürften die Schulden in diesem Jahr auf etwa 108 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Die sehr expansive Finanzpolitik und die schrittweisen Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen werden den privaten Konsum in den kommenden Quartalen massiv stimulieren. Die finanzpolitischen Impulse dürften auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Im Februar lag die Arbeitslosenquote immer noch bei 6,2 Prozent, nachdem sie von 3,5 Prozent im Februar auf 14,7 Prozent im April 2020 stark zugelegt hatte. Das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit wird durch die amtliche Arbeitslosenquote allerdings um wohl mindestens zwei Prozentpunkte unterschätzt.¹

Vor dem Hintergrund einer kräftigen Konsumnachfrage und einer allmählich zulegenden Auslandsnachfrage werden sich auch die Investitionen der Unternehmen merklich erhöhen. Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen werden wohl etwas weniger günstig sein als im vergangenen Jahr, stützen aber weiterhin die Investitionsneigung der Unternehmen.

Die Geldpolitik wird expansiv ausgerichtet bleiben – auch weil die Zentralbank aufgrund ihrer überarbeiteten geldpolitischen Strategie ein moderates Überschießen der Inflationsrate über das durchschnittliche Inflationsziel von zwei Prozent zulassen wird. Im laufenden Jahr dürfte die Inflationsrate vorübergehend auf über zwei Prozent steigen. Es ist damit zu rechnen, dass die US-Notenbank im Laufe des kommenden Jahres beginnen wird, ihre Geldpolitik allmählich weniger expansiv auszurichten. Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr wohl um 6,7 Prozent zulegen. Im Jahr 2022 dürfte die Wachstumsrate bei 3,5 Prozent liegen (Abbildung 3).

Abbildung 3

USA auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



¹ Vgl. Jason Furman und Wilson Powell III (2021): Unemployment continues to fall but workers still not returning to the labor force. Peterson Institute for International Economics (online verfügbar, abgerufen am 5. März 2021).

Japan: Wirtschaft weiterhin auf Erholungskurs

In Japan legte das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2020 deutlich um 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zu, nachdem bereits die Erholung im dritten Quartal mit einer Wachstumsrate von 5,3 Prozent kräftig gewesen war. Zum Jahresende stützte neben einer starken Binnen-nachfrage vor allem der Außenhandel das Wachstum: Die Exporte legten um 11,1 Prozent zu. Da die Importe lediglich um 4,1 Prozent stiegen, weitete sich der Handelsbilanzüberschuss deutlich aus.

Die japanische Wirtschaft dürfte im ersten Quartal des laufenden Jahres etwas schrumpfen, da es im Winter zu höheren Corona-Fallzahlen kam und die Eindämmungsmaßnahmen etwas verschärft wurden. Insbesondere wurden die Menschen aufgefordert, zu Hause zu bleiben und wenn möglich auf Heimarbeit umzustellen. Dies dürfte den privaten Konsum dämpfen. Darauf deuten auch die im Januar rückläufigen Einzelhandelsumsätze und die verschlechterte Konsumentenstimmung hin. Zuletzt hellte sich die Zuversicht

der KonsumentInnen wieder etwas auf. Auch die Stimmung der japanischen Unternehmen hat sich im Winter etwas verbessert. Gestützt wird die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin von der kräftigen Auslandsnachfrage, vor allem aus China und den USA. Die Industrieproduktion hat im Januar weiter zugelegt und dürfte somit den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal begrenzen.

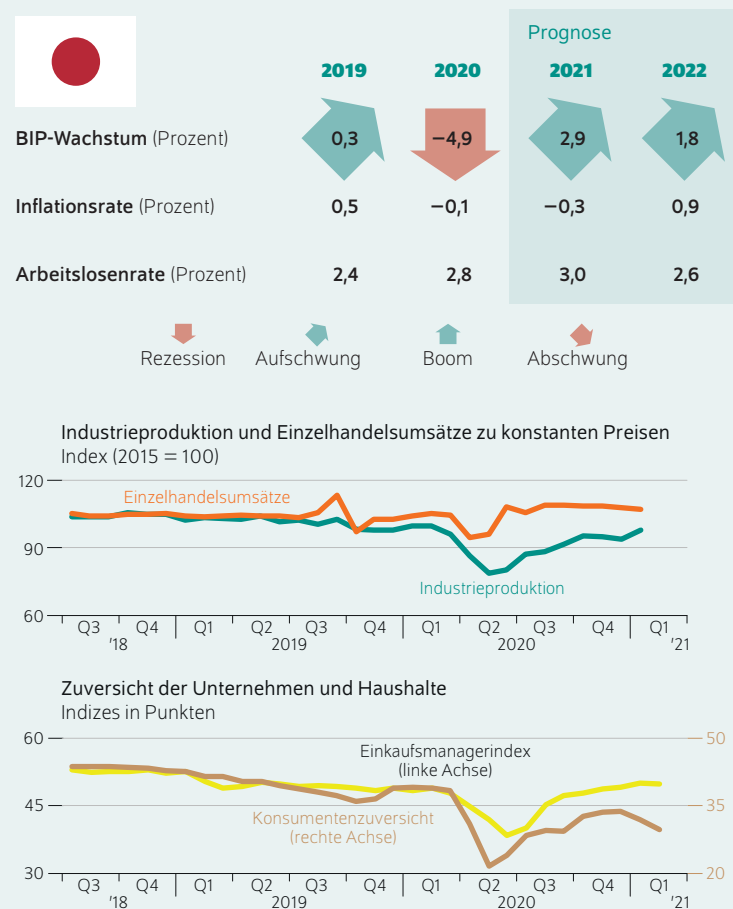
Ab dem zweiten Quartal dürfte die japanische Wirtschaft wieder deutlich zulegen und ihre Erholung fortsetzen. Steigender Impfschutz und gelockerte Eindämmungsmaßnahmen werden die japanische Binnennachfrage im Laufe dieses Jahres stärken.² Zudem wird wohl die expansive Geld- und Finanzpolitik den Erholungsprozess weiterhin stützen. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen werden günstig bleiben und die Investitionstätigkeit anregen.

Weitere Impulse für Unternehmensinvestitionen stellen zudem noch die im Winter des letzten Jahres zusätzlich beschlossenen Finanzhilfen dar. Das im Dezember 2020 beschlossene umfangreiche Programm ist weniger als die vorherigen Pakete auf die kurzfristige Stimulierung der Wirtschaft ausgerichtet, sondern beinhaltet vor allem langfristige Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung sowie der Förderung „grüner“ Energiequellen, was insbesondere Unternehmensinvestitionen ankurbeln dürfte. Dies erhöht zwar die Staatsverschuldung von 238 Prozent Ende 2019 auf voraussichtlich nun 264 Prozent, wovon der Großteil aber im Inland gehalten wird. Nach einem pandemiebedingt eher schwachen Jahresauftakt dürfte sich der Erholungsprozess des privaten Verbrauchs im weiteren Prognoseverlauf fortsetzen. Nicht nur die zusätzlichen finanzpolitischen Maßnahmen, sondern auch eine verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt dürften die Einkommen der Haushalte stärken. Trotz des Wirtschaftseinbruchs hat sich die amtliche Arbeitslosenquote seit dem Ausbruch der Pandemie nur wenig von 2,2 Ende 2019 auf 3,1 Prozent im Oktober 2020 erhöht; das staatliche Kurzarbeiterprogramm hat einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Im Januar 2021 lag die Arbeitslosenquote sogar nur noch bei 2,9 Prozent.

Der zuletzt etwas gefallene Außenwert des Yens dürfte den Verbraucherpreisen Auftrieb verleihen. Zusammen mit einer vorerst schleppenden Lohnentwicklung wird dies wohl nicht ausreichen, um das Zwei-Prozent-Inflationsziel der japanischen Notenbank zu erreichen. Angesichts einer wachsenden Auslandsnachfrage im Zuge der globalen wirtschaftlichen Erholung und eines niedrigen Außenwertes des Yen dürften sich die Exporte weiter kräftig erhöhen. Durch den milden Verlauf der zweiten Infektionswelle und die zusätzlichen wirtschaftspolitischen Stimuli bleibt die japanische Wirtschaft auf Erholungskurs. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr wohl um 2,9 Prozent zulegen. Im Jahr 2022 dürfte die Wachstumsrate bei 1,8 Prozent liegen (Abbildung 4).

Abbildung 4

Japan auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. Februar 2021.

Quellen: Markit; The Conference Board; DIW Frühjahrsgroßindizes 2021.

© DIW Berlin 2021

² Ein geringer Impuls für die Binnennachfrage ist auch von den voraussichtlich stattfindenden Olympischen Sommerspielen zu erwarten. Pandemiebedingt werden nur wenige ausländische Gäste einreisen; die Exporte und der private Konsum werden so nur wenig stimuliert.

China: Starkes Wirtschaftswachstum dank Exporten

Das Bruttoinlandsprodukt Chinas hat im vierten Quartal 2020 um 2,6 Prozent zugelegt. Das Wachstum wurde vor allem durch weiterhin sehr starke Exporte und eine expansive Wirtschaftspolitik mit überwiegend nachfragestimulierenden Maßnahmen in Höhe von 4,7 Prozent des BIP seit Anfang 2020 getrieben.³ Die anhaltend starke weltweite Nachfrage nach Gütern im medizinischen Bereich, vor allem Gesichtsmasken oder andere Schutzausrüstung, und nach digitalen Produkten für Home Offices stützt die chinesischen Exporte.

Binnenkonsum und Importe hinken hingegen noch etwas hinterher. Seit November 2020 ist die Stimmungslage der KonsumentInnen fast wieder auf Vorkrisenniveau, auch wenn die Kfz-Verkaufszahlen seit Dezember wieder leicht sinken. Die Industrieproduktion und der Einzelhandel sind bereits wieder zum Vorkrisenniveau zurückgekehrt.

Angetrieben durch die weltweite Nachfrage nach chinesischen Gütern und die expansive Wirtschaftspolitik wird das Wachstum in den ersten zwei Quartalen 2021 weiterhin stark zulegen. Die chinesische Industrie konnte bis jetzt die Produktion von im Ausland dringend benötigten Gütern steigern. Sobald die Pandemie nachlässt und die nationale Produktion der derzeitigen Hauptabnehmerländer anspringt, wird die weltweite Nachfrage nach Medizinprodukten zwar zurückgehen. Gleichzeitig dürfte aber auch die Weltwirtschaft wieder wachsen, was die Exporte anderer in China hergestellter Güter antreiben wird. Da jedoch auch die Effekte der derzeit sehr expansiven Politikmaßnahmen auslaufen dürften, ist mit niedrigeren Wachstumszahlen im dritten und vierten Quartal 2021 zu rechnen.

Alles in allem wird das chinesische Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2021 nochmals um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal zunehmen. Über das Jahr dürften die Wachstumsraten dann schrittweise auf unter ein Prozent zurückkehren. Für das gesamte Jahr 2021 dürfte Chinas Wachstum bei beeindruckenden 8,9 Prozent liegen, die aber vor allem durch die schwache Vergleichszahl des Jahres 2020 begründet sind. Im kommenden Jahr dürfte sich das Wachstum der chinesischen Wirtschaft wieder etwas auf 5,8 Prozent verlangsamen (Abbildung 5).

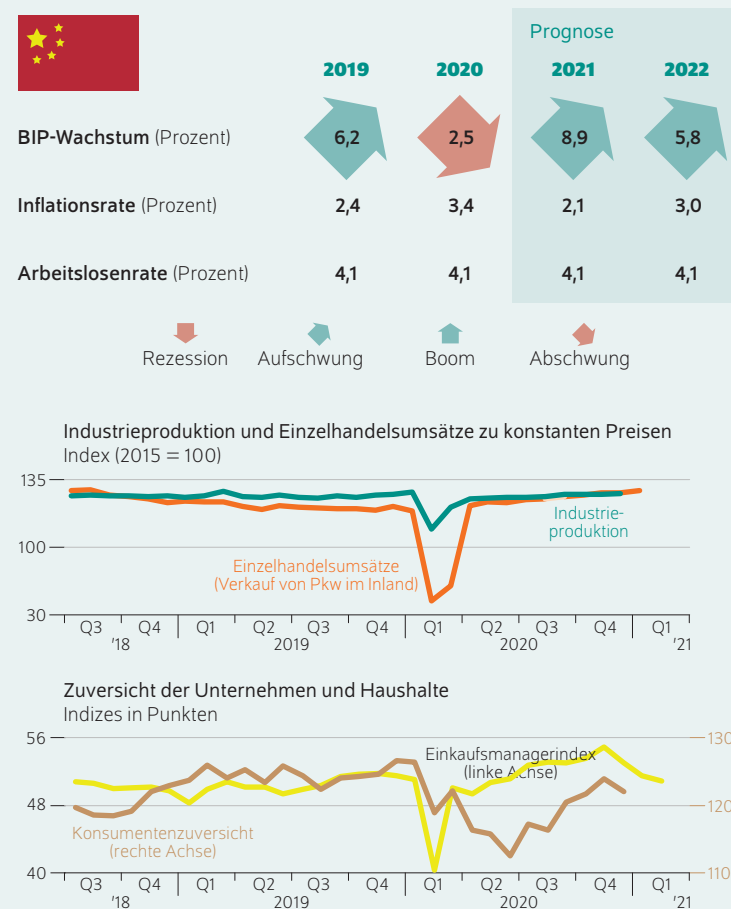
Neben den pandemiebedingten Risiken gibt es für die chinesische Volkswirtschaft weitere strukturelle Unwägbarkeiten. So könnte sich wegen der hohen Schulden im Unternehmenssektor ein abruptes Ende der bislang guten Wirtschaftszahlen in Insolvenzen niederschlagen. Auch Chinas Bankenaufsichtsbehörde hat bereits gewarnt, dass faule Kredite rasch zunehmen könnten. Viele ImmobilieninvestorInnen sind stark verschuldet, die Wohnungspreise sind im

Verhältnis zu den Einkommen sehr hoch und viele Wohnungen werden zu Investitionszwecken gekauft. Eine Korrektur der Wohnungspreise würde Bauträger und KreditnehmerInnen in Schwierigkeiten bringen. Die Regierung musste seit 2019 bereits eine Reihe von Banken retten und das Ende der Fahnenstange scheint noch nicht erreicht. Ein abrupter Abschwung der chinesischen Wirtschaft, zum Beispiel aufgrund eines neuen Ausbruchs des Corona-Virus, würde somit die Finanzmarktrisiken deutlich erhöhen.

Ein anderes Risiko liegt in einer Verschlechterung der internationalen Beziehungen Chinas. So deutet auch unter dem neuen US-Präsidenten Joe Biden wenig auf eine Verbesserung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten hin. Der Handelsstreit schwelt auch nach der Unterzeichnung des US-chinesischen Handelsabkommens im Januar 2020 weiter, selbst wenn der weitere Verlauf berechenbarer als unter dem bisherigen US-Präsidenten Donald Trump sein dürfte.

Abbildung 5

China auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. Februar 2021.

Quellen: Markit; The Conference Board; DIW Frühjahrsgründlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

³ Über diese fiskalpolitischen Maßnahmen hinaus hat China auch unkonventionellere Maßnahmen, zum Beispiel eine angeordnete Senkung der Strompreise um fünf Prozent, durchgeführt. IWF (2021): Data-base of Fiscal Policy Responses to COVID-19 (online verfügbar, abgerufen am 9. März 2021)

Euroraum: Zweite Infektionswelle verursacht erneute Rezession

Die zweite Infektionswelle hat die Wirtschaft im Euroraum zum Jahresende wieder zurückgeworfen. Nachdem der Aufschwung im dritten Quartal 2020 mit einer Zuwachsrate von 12,4 Prozent dynamisch begann, ließ die erneut aufblühende Pandemie die Produktion im vierten Quartal um 0,7 Prozent schrumpfen. Das Minus erklärt sich hauptsächlich durch einen Rückgang des privaten Verbrauchs. Solide Zuwächse bei den Unternehmensinvestitionen konnten die gesamtwirtschaftlichen Verluste im vierten Quartal jedoch begrenzen. Der Außenbeitrag lag bei etwa Null.

Die zweite Infektionswelle dürfte den Aufschwung im Euroraum in der ersten Jahreshälfte 2021 ausbremsen. Die Währungsunion wird im ersten Quartal wohl wieder in eine technische Rezession rutschen. Zwar ist die Zahl der Neuinfektionen bis Ende Februar wieder stark gesunken und die europäischen Regierungen haben vielerorts begonnen, die im Winter verschärften Eindämmungsmaßnahmen etwas zu lockern. Allerdings zeichnen sich am aktuellen Rand wieder steigende Sieben-Tages-Inzidenzen in einigen Mitgliedstaaten der Währungsunion ab; Italien hat seine Lockerungen Mitte März wieder zurückgenommen. Eine dritte Infektionswelle scheint somit wahrscheinlich und entsprechend ist mit erneuten Verschärfungen der Eindämmungsmaßnahmen im Frühjahr zu rechnen.

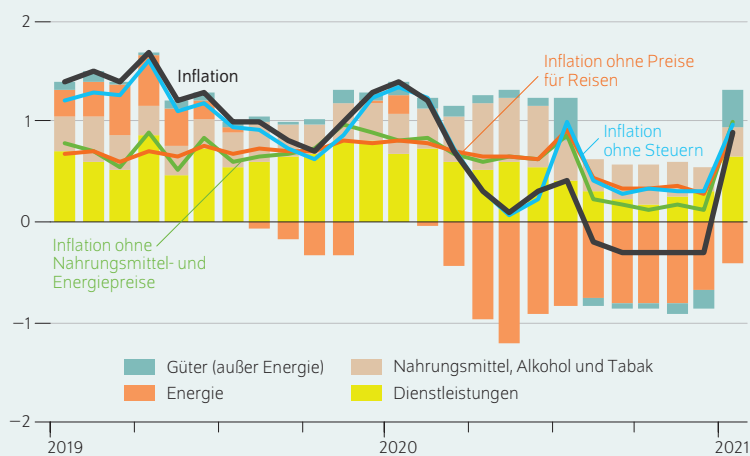
Die seit dem Winter bestehenden Einschränkungen dämpfen vor allem die binnenwirtschaftliche Aktivität. So gingen

die Einzelhandelsumsätze in den meisten Euroraum-Staaten im Januar weiter zurück. Umfragebasierte Indikatoren zur Konsumentenzuversicht verharrten zum Jahresbeginn auf einem niedrigen Niveau; die VerbraucherInnen blicken pessimistisch auf das neue Jahr. Ähnlich wie während der ersten Infektionswelle sind neben dem Einzelhandel wieder besonders personennahe Dienstleistungen betroffen. So rutschten die Einkaufsmanagerindizes für Dienstleistungen im vierten Quartal deutlich unter die Expansionsschwelle von 50 Indexpunkten und verblieben bis zuletzt auf diesem niedrigen Niveau.

Die Industrie zeigt sich gemessen an ihrer Produktion und ihren guten Exporten resilient gegenüber dem aktuellen Pandemiegeschehen. Dies dürfte zum einen daran liegen, dass sich im Gegensatz zur ersten Welle im Frühjahr 2020 das aktuelle Pandemiegeschehen derzeit auf Europa und die USA konzentriert und damit internationale Lieferketten intakt blieben. So setzt sich die wirtschaftliche Erholung in den meisten Schwellenländern und im asiatischen Raum mit kräftigen Zuwächsen und einer entsprechend hohen Nachfrage nach industrienahen Gütern aus dem Euroraum fort. Zum anderen blieben Produktionsstätten im Euroraum über den Winter weitestgehend geöffnet – wohl auch, weil Unternehmen bereits auf erneute Verschärfungen der Infektionsschutzmaßnahmen vorbereitet waren. Die Industrieproduktion ist in den meisten Ländern zuletzt weiter gestiegen, wenn auch mit geringeren Raten als zuvor. Die Kapazitätsauslastung hat ebenfalls zugelegt und liegt in den größten Ländern um die 80 Prozent und damit knapp unter dem Niveau von 2019. Wohl auch deshalb zeigen sich die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes trotz anhaltend hoher Infektionszahlen äußerst zuversichtlich.

Abbildung 6

Inflation im Euroraum In Prozent zum Vorjahr



Quelle: EZB, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Die Inflation im Euroraum legte aufgrund anziehender Preise von Energiegütern und Dienstleistungen zu Beginn des Jahres deutlich zu.

Mit anlaufendem Impfschutz und dem schrittweisen Abbau der Infektionsschutzmaßnahmen dürfte sich die Erholung ab der zweiten Hälfte dieses Jahres mit kräftigen Raten fortsetzen. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die derzeitigen wirtschaftlichen Einschränkungen im ersten Quartal zur Gänze bestehen bleiben und bis zum Ende des zweiten Quartals nur geringfügig gelockert werden. Mit einsetzendem Impfschutz werden Infektionsschutzmaßnahmen ab dem Sommer zum Jahresende abgebaut, so dass im kommenden Jahr die wirtschaftliche Aktivität nur noch begrenzt sektoral oder regional eingeschränkt sein dürfte.

Die Konjunktur in der Währungsunion dürfte vom starken Wachstum wichtiger Handelspartner, wie den USA, Japan und China, mitgetragen werden. Eine gestiegene Auslandsnachfrage wird die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen stützen und pandemiebedingte binnenwirtschaftliche Verluste sowie Einbußen aufgrund der neuen Handelsbeziehungen zwischen der EU und Großbritannien teilweise kompensieren. Zusätzlich dürfte der zuletzt leicht geringere Außenwert des Euro zum US-Dollar die Exporte begünstigen.

Wichtige Stütze des binnenwirtschaftlichen Aufschwungs bleibt wohl die expansive Finanzpolitik. Aufgrund der anhaltend hohen Inzidenzen und entsprechend strikteren

Eindämmungsmaßnahmen kündigten viele Regierungen zusätzliche Hilfen an. Größtenteils erweitern die Euroraum-Staaten die im letzten Jahr bereits aufgesetzten Hilfsprogramme wie Kurzarbeit, Steuerstundungen, Garantien und Kredite. So beschlossen die niederländische und die spanische Regierung bereits zusätzliche Hilfen im Umfang von 3,7 beziehungsweise sieben Milliarden Euro. Auch Italiens neuer Ministerpräsident Mario Draghi kündigte im Zuge der ab Mitte März geltenden strikteren Eindämmungsmaßnahmen weitere finanzpolitische Hilfen an. Damit werden die Kosten der aktuellen Infektionswelle für Unternehmen und Haushalte etwas abgefedert. Zudem dürften bereits geplante Programme für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, wie der Europäische Wiederaufbaufonds und zusätzliche nationale Programme, den Erholungsprozess insbesondere durch investitionsfördernde Maßnahmen stützen. Neben den guten Aussichten in der Industrie dürfte dies die Investitionsneigung der Unternehmen vor allem ab Sommer dieses Jahres deutlich stärken.

Die expansive Geldpolitik, die günstige Finanzierungsbedingungen erlaubt, stützt die Unternehmensinvestitionen zusätzlich. Die Europäische Zentralbank hat ihren expansiven Kurs zum Jahreswechsel nicht nur beibehalten, sondern sogar noch einmal nachgelegt. Im Dezember 2020 beschloss der Rat der EZB das Gesamtvolumen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) um 500 Milliarden Euro auf insgesamt 1850 Milliarden Euro anzuheben. Im März 2021 kündigte Zentralbankpräsidentin Christine Lagarde an, dass das Volumen der Anleihekäufe im Rahmen des PEPP im Frühjahr dieses Jahres erhöht wird – wenngleich das Gesamtvolumen unverändert bleibt.

Der private Konsum dürfte angesichts der wirtschaftlichen Einschränkungen und der Verunsicherung zunächst weiter nachgeben. Mit den Lockerungen ab Sommer dieses Jahres wird aber auch der private Verbrauch voraussichtlich wieder in Schwung kommen. Haushalte dürften ihren derzeit geringen Konsum teilweise nachholen. Mit fortschreitender Immunisierung werden sich die Unsicherheiten bezüglich der Pandemie wohl legen und Haushalte zusätzlich zum Konsum angeregt. Dies dürfte auch die Sparquote, die derzeit auf historisch hohem Niveau liegt, allmählich wieder absenken.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich zunächst etwas verschlechtern und mit einsetzendem wirtschaftlichem Aufschwung graduell erholen. Die Arbeitslosigkeit in den meisten Volkswirtschaften der Währungsunion liegt zwar fast wieder auf Vorkrisenniveau, die Zahlen dürften allerdings wegen der Kurzarbeiterprogramme etwas trügen. Diese und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen verhindern derzeit eine Massenarbeitslosigkeit. Allerdings wird es mit dem Auslaufen der Hilfsprogramme in diesem Jahr zunächst vermehrt zu Entlassungen kommen.⁴ Im Zuge

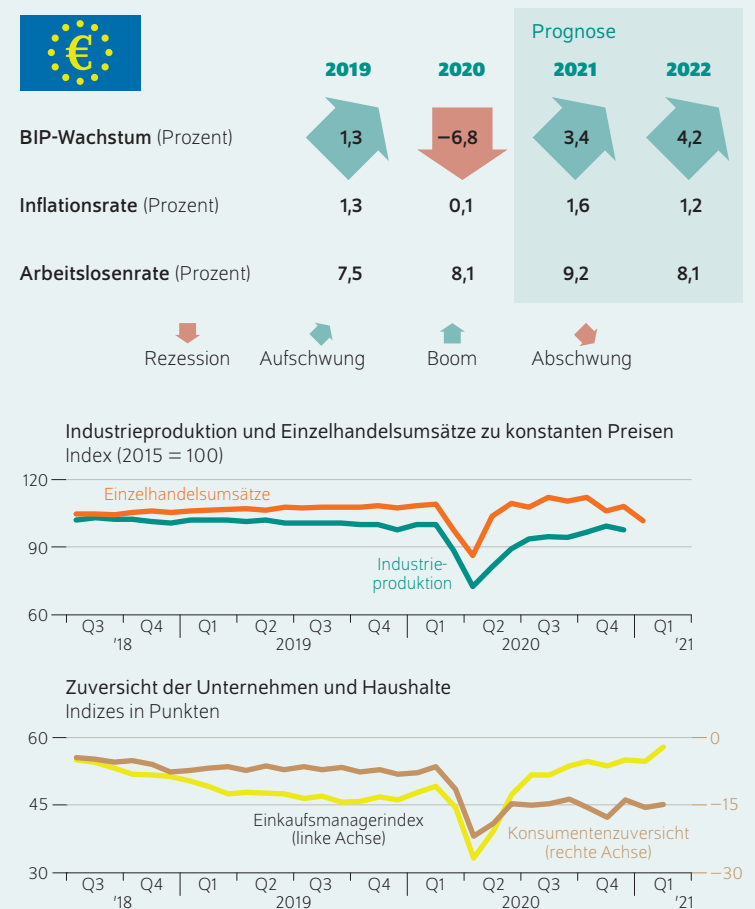
der wirtschaftlichen Erholung dürfte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt schrittweise verbessern und die Beschäftigung graduell steigen.

Die schleppende Erholung auf dem Arbeitsmarkt wird die Lohnentwicklung in vielen Ländern des Euroraums deutlich belasten. Zwar legte die Inflation im Euroraum zu Jahresbeginn vor allem aufgrund anziehender Preise von Energiegütern und Dienstleistungen deutlich zu (Abbildung 6), insgesamt dürfte die Verbraucherpreisinflation aber in den meisten Mitgliedstaaten trotz expansiver Geldpolitik nur moderat ansteigen.

Durch das anhaltende Pandemiegeschehen rutscht die Wirtschaft des Euroraums zunächst in eine technische Rezession, erholt sich ab Sommer allerdings wieder mit kräftigen Raten. So ist mit einem Wirtschaftswachstum vom 3,4 Prozent in diesem Jahr und 4,2 Prozent im nächsten Jahr zu rechnen (Abbildung 7).

Abbildung 7

Euroraum auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. Februar 2021.

Quellen: Markit; The Conference Board; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

⁴ Zurzeit laufen die Kurzarbeiterprogramme in Frankreich und den Niederlanden bis zum 1. Juli, in Spanien bis zum 31. Mai und in Italien bis zum 31. März. In Italien und Spanien besteht zudem Kündigungsschutz bis zum 31. März 2021.

Kasten 2

Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

Sechs Tage vor Ablauf der Frist, die ein ungeordnetes Ausscheiden („No deal“) des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) bedeutet hätte, wurden sich die Verhandlungspartner doch noch einig. Seit 1. Januar 2021 ist nun ein gemeinsames Handels- und Kooperationsabkommen in Kraft.¹ So konnten große konjunkturelle und sicherheitspolitische Risiken an der nordirischen Grenze verhindert werden. Es besteht aus einem Freihandelsabkommen, einer Vereinbarung, die fairen Wettbewerb unter den Wirtschaftsräumen garantieren soll, und einem Kooperationsabkommen im Sicherheitsbereich.

Das Freihandelsabkommen garantiert Nullzollsätze und Nullkontingente für den Warenhandel. Allerdings gibt es erhebliche neue nichttarifäre Hemmnisse, wie zum Beispiel Zoll- und regulatorische Kontrollen oder Ursprungsregeln. Darüber hinaus benötigen Produkte, die für den Verkauf in Großbritannien lizenziert sind, möglicherweise eine separate Lizenz für den Verkauf in der EU. De facto bedeutet das einen erheblichen administrativen Mehraufwand für Firmen, um in den jeweils anderen Wirtschaftsraum zu exportieren.

Vor allem in dem für UK wichtigen Dienstleistungsbereich ist das Freihandelsabkommen relativ begrenzt. Das Abkommen bedeutet zwar, dass Firmen keine lokalen Tochtergesellschaften gründen müssen, um Dienstleistungen im jeweils anderen Markt anbieten zu können. Es stellt außerdem sicher, dass Dienstleistungsanbieter gegenüber inländischen Firmen beziehungsweise Firmen aus Drittländern nicht diskriminiert werden. Diese Maßnahmen wurden jedoch durch eine lange Liste von Ausnahmen eingeschränkt. Insbesondere einige britische Sektoren dürfte das Abkommen vor größere Probleme stellen. Ein Beispiel ist der britische Finanzdienstleistungssektor², auf den durch den Brexit erhebliche Mehrkosten zukommen werden.³ Im Finanzsektor gibt es besonders große Unsicherheiten, da künftige grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen laut Abkommen nur auf Grundlage unilateraler Anerkennungen der jeweils anderen Seite gewährt werden.⁴ Ein anderer wichtiger Bereich ist der Automobilsektor, für den das Abkommen eine Ursprungsregel vorsieht, demnach 55 Prozent der Teile in Europa produziert sein müssen.⁵

Andererseits dürfte ein kleiner Teil der britischen Landwirtschaft von dem Abkommen profitieren. Speziell die britische Fischereindustrie, für die höhere Fischfangquoten gelten werden, profitiert vom Brexit.⁶ In anderen Industriezweigen könnten die strengeren Ursprungsregeln kleineren britischen Firmen im Binnenmarkt helfen, da diese wohl weniger der europäischen Konkurrenz ausgesetzt sein dürften.

Alles in allem wird das Abkommen aber zu erheblichen neuen Handelsbarrieren zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich führen, mit den damit verbundenen negativen wirtschaftlichen Auswirkungen. Längerfristig dürfte das Abkommen aber zumindest die Planbarkeit für Unternehmen stärken und ein positives Signal für eine konstruktive zukünftige Wirtschaftsbeziehung setzen. Die Kosten sind derzeit noch schwer abzuschätzen. Einerseits ist es aufgrund der Corona-Krise kaum zu beurteilen, inwieweit das Wachstum im vierten Quartal 2020 und der zu erwartende Wirtschaftseinbruch im ersten Quartal 2021 allein auf den Brexit zurückzuführen sind. Andererseits sind die verfügbaren Hochfrequenzindikatoren, wie zum Beispiel die Anzahl an Warenabfertigungen in britischen Häfen, nur bedingt interpretierbar.⁷

Derzeitige Schätzungen gehen davon aus, dass die britische Produktion aufgrund des Brexits in diesem und nächsten Jahr um rund ein Prozent weniger wächst. Darüber hinaus rechnen Studien von insgesamt bis zu vier Prozent Wachstumseinbußen in der langen Frist.⁸ Langfristig gehen die Schätzungen aber von insgesamt bis zu vier Prozent weniger Wachstum aufgrund des Brexits aus.⁹ Ändern sich allerdings die britisch-europäischen Verträge, schlägt dies auch auf die Kosten durch. Denkbar sind vor allem zukünftige bilaterale Handelsabkommen in bestimmten Sektoren. Falls unilaterale Anerkennungen bestimmter Äquivalenzen in Zukunft aber entzogen werden, zum Beispiel aufgrund von regulatorischen Divergenzen, könnten sich die Kosten auch erhöhen.

Das DIW Berlin geht in dieser Prognose von Wachstumseinbußen von 1,5 Prozent für die britische Wirtschaft und unveränderten Bedingungen des Handels- und Kooperationsabkommens aus. Der Großteil dieser Kosten ist auf eine verringerte Wettbewerbsfähigkeit britischer Exporte, die langfristig um bis zu sechs Prozent zurückgehen dürften, sowie negative Effekte auf britische Wertschöpfungsketten zurückzuführen.

¹ Vgl. Europäische Kommission (2020): Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. 31. Dezember (online verfügbar, abgerufen am 2. März 2021).

² Der britische Finanzdienstleistungssektor trug im Jahr 2019 6,9 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Im ersten Quartal 2020 gab es im Vereinigten Königreich 1,1 Millionen Arbeitsplätze im Finanzdienstleistungssektor, was 3,2 Prozent aller Arbeitsplätze entspricht. Vgl. House of Commons (2021): Financial services: contribution to the UK economy. Briefing Paper Nr. 6193, 1. Februar (online verfügbar, abgerufen am 1. März 2021). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Kasten, sofern nicht anders angegeben.

³ Das betrifft vor allem das sogenannte Finanzpassrecht. Dieses erlaubte bis Ende 2020 Finanzdienstleistern, die ihren Sitz in London hatten, Dienstleistungen in der gesamten EU anzubieten, ohne ausländische Geschäftsstellen zu eröffnen oder sich an behördliche Vorgaben der jeweiligen Länder zu halten.

⁴ Solch eine unilaterale Anerkennung basiert auf der Äquivalenz der Aufsichtsregime zwischen der EU und UK. Sie kann jederzeit wieder entzogen werden. Vgl. Deutsche Bundesbank (2020): Brexit-bezogene Informationen für Finanzinstitute. 30. Dezember (online verfügbar). Bis heute hat die EU nur in zwei der Dutzenden von Bereichen der Finanzindustrie, in denen Großbritannien Zugang anstrebt, Äquivalenz gewährt. Vgl. Europäische Kommission (2021): Equivalence Decisions taken by the European. Februar (online verfügbar).

⁵ Falls also nicht mindestens 55 Prozent eines Produkts im Automobilsektor in Europa produziert werden, bekommen britische Automobilprodukte keinen zollfreien Zugang zum europäischen Markt. 2019

hatte der britische Automobilsektor einen Gesamtanteil an allen Exporten von 13 Prozent. Vgl. Society of Motor Manufacturers & Traders (2020): Motor Industry Facts 2020. November (online verfügbar, abgerufen am 2. März 2021).

⁶ Die britische Fischereindustrie trug 2019 0,02 Prozent zur gesamten britischen Bruttowertschöpfung bei. Vgl. House of Commons (2020): UK Fisheries Statistics. Briefing Paper Nr. 2788. 23. November (online verfügbar, abgerufen am 2. März 2021).

⁷ Aufgrund der seit dem 1. Januar 2021 geltenden zusätzlichen administrativen Hürden scheinen Lkw teilweise auch leer in die EU zurückzufahren. Vgl. BBC (2021): Brexit: Are freight exports to the EU back to normal? 17. Februar (online verfügbar).

⁸ Vgl. Bank of England (2020): Monetary Policy Report. November (online verfügbar).

⁹ Vgl. Bank of England (2020), a. a. O.; Office of Budget Responsibility (2020): Economic and Fiscal Outlook. November (online verfügbar).

Vereinigtes Königreich: EU-Abkommen und Impferfolge treiben langsame Erholung

Das Wirtschaftswachstum des Vereinigten Königreichs legte im vierten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorquartal um ein Prozent zu. Das niedrige Wirtschaftswachstum ist auf den schwachen Privatkonsum und auf den kräftigen Anstieg der Importe zurückzuführen. Vor allem der harte Lockdown im November belastete die Binnennachfrage. Hinzu kommt, dass in Vorbereitung eines möglichen ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU wohl viele Firmen ihre Lagerbestände aufgefüllt und Haushalte ihren Konsum vorgezogen haben.

Der Auslastungsgrad der britischen Industrie war Ende des vierten Quartals nur noch knapp zehn Punkte unter dem Vorkrisenniveau, und die Industrieproduktion erholt sich seit dem Tiefpunkt im April 2020 weiter. Dies spiegelt auch die gute Stimmung britischer Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe wider. Aufgrund der Corona-Eindämmungsmaßnahmen verschlechterte sich die Stimmung im Dienstleistungssektor hingegen im letzten Quartal. Das Ende Dezember im letzten Moment abgeschlossene Handels- und Kooperationsabkommen mit der EU scheint hingegen noch keinen nennenswerten Einfluss auf die Stimmungslage der Industrie und des Dienstleistungssektors gehabt zu haben. Während die Importe zum Jahresende zulegten, zeigten die Zahlen noch keinen direkten Einfluss des Brexits auf die britischen Exporte (Kasten 2).

Der Brexit und die derzeit noch angespannte Corona-Situation trüben das Wachstum im ersten und zweiten Quartal 2021. Ab dem dritten Quartal dürfte aber die Wachstumsdynamik aufgrund der hohen Impfquoten und einer weiterhin expansiv ausgerichteten Geld- und Finanzpolitik zunehmen, wenn auch der Brexit wohl das Potenzialwachstum drückt. Die englische Zentralbank dürfte den Leitzins nach der letzten Herabsetzung von 0,25 Prozent auf 0,1 Prozent im März 2020 kurz- bis mittelfristig stabil halten. Sie hat angekündigt weitere Anleihekäufe („Quantitative Easing“) vorzunehmen, falls die wirtschaftliche Aktivität nachlässt.

Fiskalpolitisch wird die expansive Geldpolitik vor allem durch das Programm Coronavirus Job Retention (CJR), das britische Äquivalent zum Kurzarbeitergeld, begleitet. Der britische Staat komplettiert also weiterhin bis zu 80 Prozent der ursprünglichen Gehälter von betroffenen ArbeitnehmerInnen. Bis Ende Januar 2021 ist deren Zahl noch einmal kräftig von 4,0 auf 4,7 Millionen gestiegen.⁵ Da die Arbeitslosenquote Ende Dezember bereits 5,1 Prozent erreichte,⁶ kündigte die britische Regierung eine Erweiterung des CJR-Programms bis Ende April an, die den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahres 2021 abfedern dürfte. Die hohe

Arbeitslosigkeit dürfte die Lohnentwicklung, die Einkommen der Haushalte und den privaten Verbrauch zusätzlich belasten.

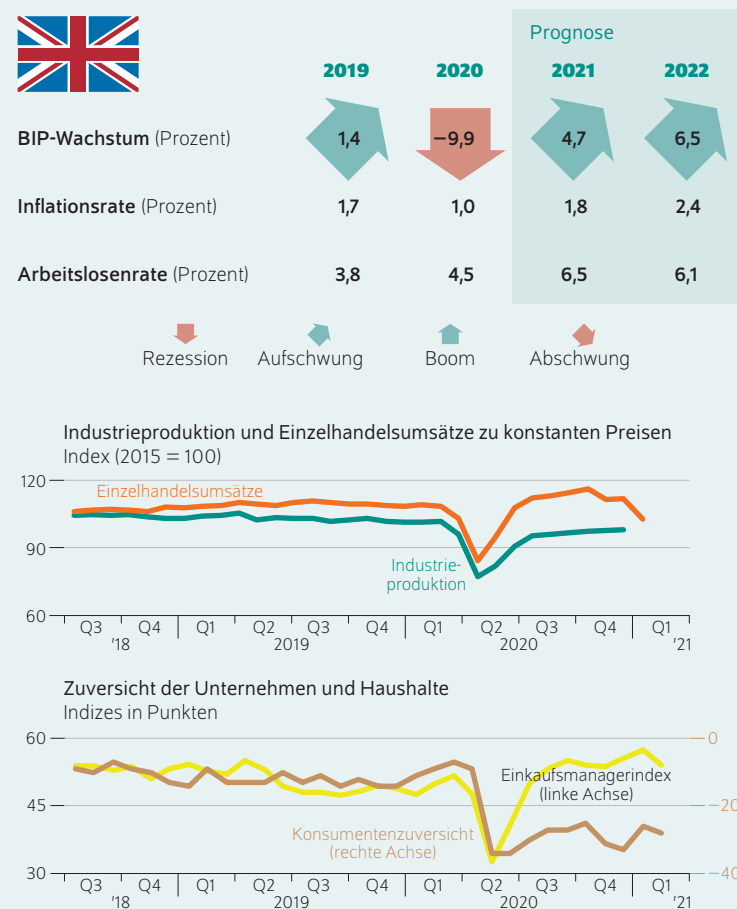
Die expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen dürften aber den britischen Haushalt belasten und die Staatsschulden um 25,4 Prozentpunkte von derzeit 84,6 Prozent des BIP auf 110 Prozent bis 2024 und 2025 treiben.⁷

Alles in allem wird das britische Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2021 um drei Prozent sinken. In den darauffolgenden Quartalen dürfte das Wirtschaftswachstum aber wieder zurückkehren. Insgesamt ergibt sich somit für das Jahr 2021 eine Wachstumsrate von 4,7 Prozent. Im kommenden Jahr ist mit Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts von 6,5 Prozent zu rechnen (Abbildung 8).

⁷ Office for National Statistics (2021): UK government debt and deficit: September (online verfügbar, abgerufen am 10. März 2021); Institute for Fiscal Studies (2021): Outlook for the public finances: October (online verfügbar, abgerufen am 10. März 2021).

Abbildung 8

UK auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



⁵ Insgesamt wurden im Zeitraum März 2020 bis Februar 2021 11,2 Millionen Jobs unterstützt. Vgl. HM Revenue & Customs (2021): Coronavirus Job Retention Scheme statistics: February (online verfügbar, abgerufen am 2. März 2021).

⁶ Office for National Statistics (2021): Labour market overview, UK: February (online verfügbar, abgerufen am 2. März 2021).

Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. Februar 2021.

Quellen: Markit; The Conference Board; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

Mittel- und Osteuropa: Besser durch die Krise als gedacht

Die EU-Länder Mittel- und Osteuropas haben die Pandemie mit einem Rückgang des BIP von knapp drei bis vier Prozent im Jahr 2020 vergleichsweise gut durchgestanden. Ausnahme ist Tschechien mit einem Rückgang von 5,6 Prozent.

Die Entwicklung des Infektionsgeschehens in Tschechien ist aktuell dramatisch. Die Sieben-Tage-Inzidenz lag Ende Februar bei 640. Anfänglich war Tschechien kaum von der Pandemie betroffen; auch die anderen Länder der Region blieben von der ersten Welle nahezu verschont. Erst im Herbst kam es zu einem raschen Anstieg der Neuinfektionen. Im Oktober wurde in Tschechien der Notstand beschlossen und ein Lockdown verhängt, der kurz vor Weihnachten teilweise zurückgenommen wurde. Noch vor dem Jahresende wurde indes wieder die höchste Warnstufe ausgerufen. Für das Infektionsgeschehen spielt offenbar auch eine Rolle, dass die

Bereitschaft, sich testen zu lassen, gering und die Nachverfolgung von Kontaktpersonen schwierig ist. Die Impfkampagne kommt nur langsam voran.

Das Schlussquartal verlief in den Ländern sehr unterschiedlich. So ist das Bruttoinlandsprodukt in Rumänien mit 5,3 Prozent besonders kräftig gestiegen; dies ist wahrscheinlich auf öffentliche Ausgaben zurückzuführen. Leicht rückläufig war hingegen die Wirtschaftsleistung in Polen. Die Industrieproduktion war in den meisten Ländern der Region leicht aufwärtsgerichtet. Auch in den ersten Monaten 2021 wird aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen der private Konsum wahrscheinlich noch nicht anspringen. So gilt in Rumänien weiterhin der Alarmzustand; lokale Lockerungen sind allerdings möglich. Bulgarien hat weitreichende Einschränkungen bis Ende April beschlossen. Hingegen wurden in Polen im Februar in einer zweiwöchigen Testphase unter anderem Hotels und Sportanlagen unter freiem Himmel geöffnet, was zu einem Ansturm in den Wintersportorten führte; die Sieben-Tage-Inzidenz ist in Polen bis Anfang März stark gestiegen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte mit der Rückführung der Eindämmungsmaßnahmen der private Konsum zulegen, auch vor dem Hintergrund einer guten Lage auf dem Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote in der Region stagniert oder sinkt sogar leicht, was auch auf die diversen Formen von Kurzarbeitergeld oder Lohnzuschüssen in einigen der Länder zurückzuführen sein dürfte. Dies dürfte stützend auf die Nachfrage wirken.

Im verarbeitenden Gewerbe haben sich die Einkaufsmanagerindizes in Polen und Ungarn sowie in Tschechien weiter verbessert. Für Polen wird von steigenden Auftragseingängen – auch aus dem Ausland – berichtet. Das Land ist übrigens bei den deutschen Exporten auf den sechsten Rang und bei den deutschen Importen sogar auf den vierten Rang, hinter den USA, aufgerückt. Insgesamt hat sich in Mittel- und Osteuropa der Außenhandel im Schlussquartal 2020 weiter erholt; diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen.

In der Geldpolitik gab es keine wesentlichen Veränderungen; nur die rumänische Zentralbank hat Mitte Januar 2021 den Leitzins leicht gesenkt. Die im vergangenen Jahr beschlossenen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen wirken meist fort. Mit 11,7 Prozent des BIP sind diese in Polen besonders hoch; hier wurde zusätzlich im Dezember das sogenannte „Finanzschild für KMU 2.0“ beschlossen (2,9 Milliarden Euro), das vor allem den Einzelhandel, das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Freizeit und Verkehr unterstützen soll. In den ersten beiden Monaten 2021 folgten weitere Maßnahmen für die Freizeit- und Eventbranche sowie NGOs und gemeinnützige Einrichtungen (knapp zwei Milliarden Euro). In allen Volkswirtschaften ist die Staatsverschuldung gestiegen, bleibt aber – bis auf Ungarn – deutlich unter dem Schuldenstand anderer EU-Länder.

Insgesamt ist in den mittel- und osteuropäischen Ländern im laufenden Jahr eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 4,0 Prozent und im nächsten um 4,7 Prozent zu erwarten (Abbildung 9).

Abbildung 9

Mittel- und Osteuropa auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



BIP-Wachstum (Prozent)

2019

2020

Prognose

2021

2022

Inflationsrate (Prozent)

2,7

3,1

3,3

3,1

Arbeitslosenrate (Prozent)

3,3

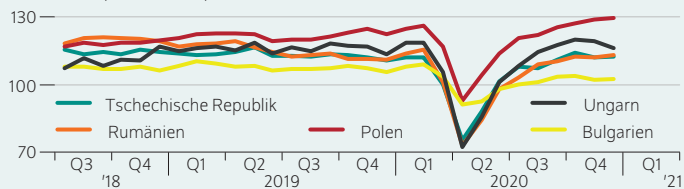
3,7

4,2

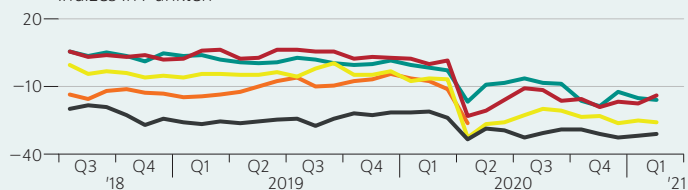
3,7

Rezession Aufschwung Boom Abschwung

Industrieproduktion ausgewählter MOE-Länder zu konstanten Preisen
Index (2015 = 100)



Zuversicht der Haushalte in ausgewählten MOE-Ländern
Indizes in Punkten



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. Februar 2021.

Quellen: Markit; The Conference Board; DIW Frühjahrsgründlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Russland: Begrenzte Einbußen, geringe Wachstumschancen

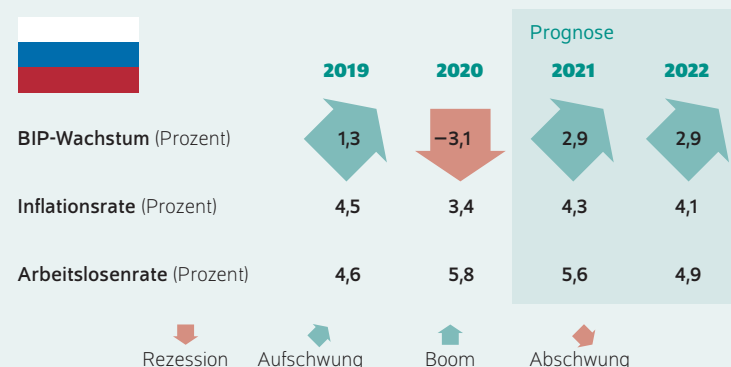
Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 3,1 Prozent waren die volkswirtschaftlichen Einbußen in Russland im vergangenen Jahr vergleichsweise gering. Die Industrieproduktion sank um knapp drei Prozent, die Einzelhandelsumsätze gingen nur um vier Prozent zurück. Stark rückläufig waren hingegen die von der Bevölkerung in Anspruch genommenen Dienstleistungen. Im Außenhandel war Russland als Ölexporteur von den im April 2020 beschlossenen Förderkürzungen der OPEC+ betroffen. Die Auswirkungen auf den Außenbeitrag wurden durch die eingeschränkte Reisetätigkeit russischer Bürger gemildert.

Die im Zuge der Corona-Pandemie gestiegene Arbeitslosigkeit ist bereits im Schlussquartal 2020 etwas zurückgegangen. Dies setzte sich auch am Jahresanfang fort. Noch stagnieren die Einzelhandelsumsätze, und die Dienstleistungen waren auch im Januar rückläufig. Mit einer Rücknahme der Eindämmungsmaßnahmen wird der private Konsum voraussichtlich anziehen. Die Stimmungsindikatoren für das verarbeitende Gewerbe und die Dienstleistungen liegen über der Expansionsschwelle. Die Industrieproduktion hat nach einer Steigerung in den beiden Vormonaten im Januar aber etwas nachgegeben.

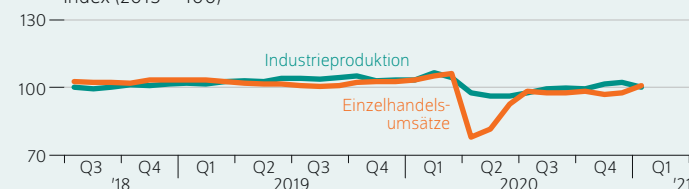
Russland wurde von der OPEC+ eine Verringerung der Förderkürzung für Erdöl für die Monate Februar bis April zugestanden. Dies dürfte gemeinsam mit dem gestiegenen Ölpreis zu höheren Einnahmen im föderalen Haushalt führen, was wohl coronabedingte Mehrausgaben teilweise auffangen wird. In Russland dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem und im kommenden Jahr um knapp drei Prozent steigen (Abbildung 10).

Abbildung 10

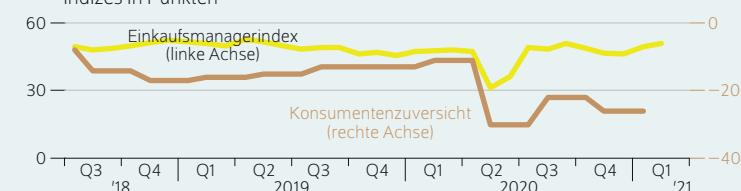
Russland auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze zu konstanten Preisen
Index (2015 = 100)



Zuversicht der Unternehmen und Haushalte
Indizes in Punkten



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 1. Februar 2021.

Quellen: Markit; The Conference Board; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Paul Berenberg-Gossler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | pberenberggossler@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 11/2021:

www.diw.de/diw_weekly



Deutsche Wirtschaft zwischen Lockdown und Normalität

Von Claus Michelsen, Paul Berenberg-Gossler, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Laura Pagenhardt

ABSTRACT

Lockdown-Lockerungen trotz bereits wieder steigender Corona-Infektionszahlen und der langsame Impffortschritt schicken die deutsche Wirtschaft auf einen Stop-and-Go-Kurs. Auf Öffnungsschritte müssen wohl mindestens regional immer wieder Schließungen folgen, um das Infektionsgeschehen im Griff zu behalten. Die Industrie zeigt sich vor allem wegen des guten Auslandsgeschäfts insgesamt robust. In den Dienstleistungsbranchen wird die Erholung nach einem erneuten Rücksetzer zum Jahresbeginn allerdings schleppend verlaufen. Wohl erst im Laufe des dritten Quartals werden die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einschränkungen nachhaltig zurückgefahren werden können. Nachdem noch im Dezember des vergangenen Jahres ein Wachstum der Wirtschaftsleistung von 5,3 Prozent im Jahr 2021 realistisch erschien, liegt die aktuelle Prognose mit 3,0 Prozent deutlich niedriger. Für 2022 sind derzeit 3,8 Prozent zu erwarten. Unklar sind bisher die wirtschaftlichen Langzeitfolgen der Corona-Pandemie: Beispielsweise bei den Unternehmensinsolvenzen wird sich das Ausmaß frühestens im Laufe dieses Jahres zeigen.

Die deutsche Wirtschaft steht in den kommenden Monaten vor einer schleppenden Erholung. Der beschlossene Stufenplan zur Öffnung in den Dienstleistungsbereichen dürfte zunächst zu einem Stop-and-Go, beispielsweise im Handel, der Gastronomie und der Veranstaltungsbranche, führen. Im ersten Quartal des laufenden Jahres wird die deutsche Wirtschaft voraussichtlich um knapp anderthalb Prozent schrumpfen (Abbildung 1). Im Schlussquartal 2020 konnte sie ihr Niveau trotz des neuerlichen Lockdowns noch halten, im Januar und Februar schlugen die Schließungen aber mit voller Wucht durch. Insbesondere in vielen Dienstleistungsbranchen sinkt daher die Aktivität im ersten Quartal. Vielerorts haben sich die Unternehmen zwar auf einen Geschäftsbetrieb unter Pandemiebedingungen eingestellt, der Lockdown dauert aber bereits jetzt länger an als der erste im Frühjahr vergangenen Jahres.

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz vom 3. März wurde eine Fortsetzung des Lockdowns beschlossen, am Ende der Beratungen stand aber auch ein Fahrplan für sukzessive Lockerungen, die die Bundesländer je nach Infektionsverlauf seit 8. März regional und zeitlich gestaffelt vornehmen können. Angesichts der bereits jetzt wieder steigenden Inzidenzzahlen wird für die vorliegende Prognose unterstellt, dass zunächst vollzogene Öffnungsschritte spätestens um Ostern herum vielfach wieder zurückgenommen werden müssen und Lockerungen erst im Laufe des dritten Quartals nachhaltig Bestand haben werden (Kasten 1). Das Wechselspiel von Lockerungen und regional aufflammendem Infektionsgeschehen führt zu einem „Stop-and-Go“, das sich in den betroffenen Dienstleistungszweigen unterschiedlich bemerkbar macht. Alles in allem wird sich die wirtschaftliche Erholung länger hinziehen, als dies in der raschen Aufholphase vom vergangenen Sommer der Fall war (Tabelle 1).

Anders als vor einem Jahr, als die globalen Lieferketten empfindlich gestört waren, dürfte die Industrie ihren Aufwärtstrend fortsetzen. Mit der Automobilindustrie erhält zwar der gewichtigste Industriezweig zu Jahresbeginn einen Dämpfer; die Produktion ist im Januar zweistellig eingebrochen. Dies dürfte aber größtenteils an Engpässen beim Bezug von Halbleitern gelegen haben und im Folgenden aufgeholt werden. Die im vergangenen Jahr in erheblichem Umfang

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgrundlinien 2021. Prognose ab dem ersten Quartal 2021.

Kasten 1

Annahmen zum Pandemieverlauf

Weltweit kam es im Winter zu erheblichen Anstiegen der Covid-19-Infektionszahlen, auf die vielerorts mit rigiden Maßnahmen reagiert wurde. In vielen europäischen Ländern stiegen die Infektionsfälle – auch aufgrund der Verbreitung der infektiöseren britischen Virusmutation – nach dem Abebben der zweiten Welle nun erneut. Für Deutschland hat die Ministerpräsidentenkonferenz am 3. März die Verlängerung des Lockdowns bis zum 28. März beschlossen, gleichzeitig unter Bedingungen aber auch erste Lockerungsschritte ermöglicht. Geöffnet werden schrittweise Schulen und Kindertagesstätten, Teile des Einzelhandels sowie bestimmte körpernahe Dienstleistungen. Weitere Lockerungen sind an den Verlauf der Sieben-Tage-Inzidenz geknüpft, insbesondere an das Unterschreiten gewisser Schwellenwerte. Davon abhängig können zunächst die übrigen Handelsbereiche, Museen und andere kulturelle Einrichtungen unter Auflagen öffnen, bei „hohen“ Inzidenzwerten (zwischen 50 und 100) sind zudem Terminvergaben die Voraussetzung. Steigt daraufhin die Inzidenz 14 Tage nicht an, folgen die Außengastronomie, Theater und Opern – bei „hohen“ In-

zidenzen sind auch hier Termine notwendig und ein tagesaktueller negativer Corona-Schnelltest. Die Auflagen werden zurückgenommen und die Öffnungen auf weitere Bereiche ausgedehnt, wenn die Inzidenz weitere 14 Tage nicht steigt.

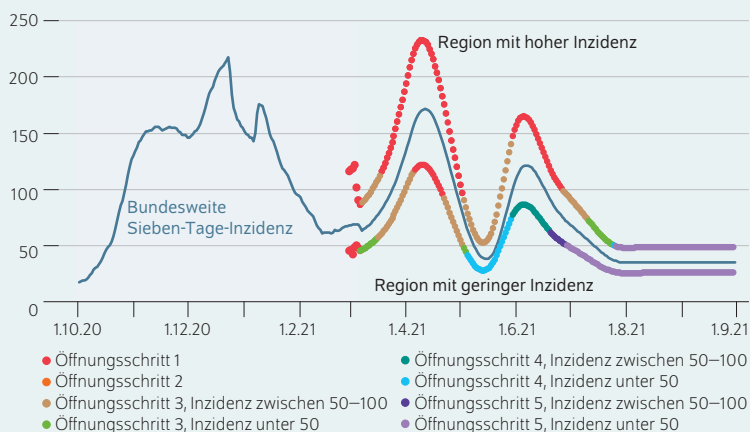
Vor dem Hintergrund der bereits ohne Öffnungen wieder steigenden Inzidenz und der zunehmenden Verbreitung der wohl gefährlicheren Virusmutation wird für die vorliegende Prognose davon ausgegangen, dass erste Öffnungen nur wenig verzögert mit steigenden Inzidenzzahlen einhergehen. Diese Infektionswelle könnte aber glimpflicher verlaufen, da immer mehr Menschen geimpft sind und auch zunehmend die Möglichkeit von Selbsttests besteht. Entsprechend wird unterstellt, dass die Zahlen auf einem niedrigeren Niveau zum Halten kommen als in der zweiten Welle (Abbildung). Dafür dürften auch die „Reißleinen“ sorgen, die in der Öffnungsstrategie vorgesehen sind: Ab Überschreiten der 50er-Inzidenzschwelle treten schärfere Einschränkungen innerhalb des dann aktuellen Öffnungsschritts in Kraft, jenseits der 100er-Schwelle eine „Notbremse“ mit weitreichender Rücknahme der Öffnungen. Angenommen wird, dass dies für eine Eindämmung des Infektionsgeschehens ausreicht, die Inzidenz in der Folge wieder sinkt und dies im Rahmen der Beschlusslage erneute Öffnungen ermöglicht. Dieses „Stop-and-Go“ setzt sich fort – jeweils mit geringerer Intensität –, solange noch nicht genug Menschen geimpft sind. Eine Impfquote, die ausreicht, um das Infektionsgeschehen nachhaltig einzudämmen, wird erst für die Zeit ab dem Spätsommer unterstellt.

Das Infektionsgeschehen unterscheidet sich zwischen den (Land-) Kreisen in Deutschland teils erheblich. Angenommen wird, dass diese Unterschiede strukturelle Ursachen haben – etwa die Bevölkerungsdichte oder die Nähe zu Nachbarländern, die auch im Folgenden zu ähnlich divergierenden Infektionsentwicklungen führen. Dies wird in der Prognose berücksichtigt, indem die aktuelle Inzidenz mit der gesamtdeutschen Entwicklung fortgeschrieben wird. Dies führt zwischenzeitlich zu einem Flickenteppich regional unterschiedlicher Öffnungsgrade.

Für die Prognose relevant ist der Bevölkerungsanteil, der – alle Kreise zusammengenommen – die Vorzüge gewisser Öffnungsstufen nutzen kann. Für die einzelnen Dienstleistungsbranchen sind unterschiedliche Öffnungsstufen relevant. Diese werden ihrem Anteil entsprechend auf die Wertschöpfungsentwicklung umgelegt.

Abbildung

Bisheriger und im Weiteren untertellter Inzidenzverlauf Neuinfektionen je 100 000 EinwohnerInnen



Quelle: Robert-Koch-Institut, Bundesregierung; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Inzidenzzahlen drohen in ein Stop-and-Go aus Öffnungen und deren Rücknahme zu entgleiten.

vorgezogenen Pkw-Käufe – wie sie bei einer angekündigten (Wieder-)Anhebung der Mehrwertsteuer üblich sind – lasten nun allerdings auf der Nachfrage. Andere Schlüsselindustrien wie der Maschinenbau sind, auch im Zuge einer regen Auslandsnachfrage, mit kräftigen Zuwächsen in das Jahr gestartet.

Der Arbeitsmarkt hat sich von dem Einbruch im vergangenen Frühjahr bislang kaum erholt (Abbildung 2). Die

Entwicklung verläuft in den unterschiedlichen Beschäftigungsformen allerdings gegensätzlich: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sich bis zuletzt merklich erholt, die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist im Zuge des neuerlichen Lockdowns wieder gesunken – sogar unter das Niveau vom vergangenen Frühjahr. Dabei schlägt die eingeschränkte Aktivität in einigen Dienstleistungsbranchen zu Buche. Zum größten Teil dürfte der geringere Arbeitseinsatz aber wieder über Kurzarbeit

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	-2,3	-11,0	10,8	-3,3	-3,9	3,8	2,3	2,1	1,4	1,1	0,8	0,8
Öffentliche Konsumausgaben	0,6	2,1	0,6	-0,5	0,5	0,7	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-0,8	-6,6	3,9	1,0	-3,3	3,3	2,3	1,6	0,8	1,0	0,8	0,8
Bauten	4,3	-4,3	-1,3	1,8	-5,0	4,5	2,6	1,3	0,7	0,7	0,5	0,4
Ausrüstungen	-6,9	-15,1	15,9	-0,1	-3,0	3,0	2,8	2,8	1,0	1,5	1,5	1,5
Sonstige Investitionen	-4,1	0,6	1,9	0,6	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Lagerveränderung ¹	0,0	0,0	-1,9	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,4	-7,1	4,7	-0,3	-2,8	3,0	1,9	1,6	1,0	0,9	0,7	0,7
Außenbeitrag ¹	-0,7	-2,9	3,9	0,6	1,2	-0,6	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Export	-3,3	-20,4	18,0	4,5	1,0	0,6	2,1	1,9	1,4	1,0	0,8	0,5
Import	-2,0	-15,9	9,0	3,7	-1,8	2,2	2,9	2,8	2,2	1,7	1,2	1,0
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-9,7	8,5	0,3	-1,4	2,2	1,6	1,3	0,7	0,6	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung	-1,6	-10,3	8,1	-0,2	-1,2	2,2	1,6	1,3	0,7	0,6	0,5	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	-3,9	-18,2	13,9	6,7	1,5	1,5	1,4	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6
Baugewerbe	4,1	-3,0	-3,2	5,2	-4,3	3,5	0,8	0,8	0,7	0,7	0,5	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,0	-14,2	13,3	-4,4	-4,2	3,2	4,4	3,4	0,9	0,7	0,5	0,5
Unternehmensdienstleister	-1,8	-11,6	4,9	-0,5	-1,5	2,4	0,8	2,7	1,5	1,2	1,0	1,0
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-1,3	-7,8	9,6	-3,2	-0,9	3,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgrundlinien 2021. Prognose ab dem ersten Quartal 2021.

© DIW Berlin 2021

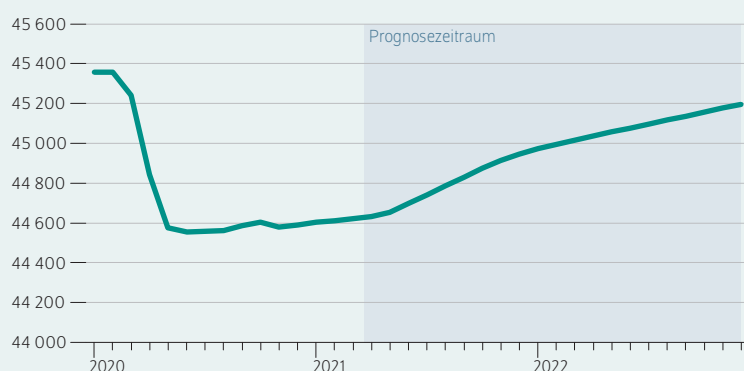
aufgefangen werden, die Zahl der hiervon betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfte bis Februar auf über 2,8 Millionen gestiegen sein, bevor sie im Zuge der allmählichen Erholung wieder abschnilt. Weil sich die Beschäftigung zunächst kaum ändert und im späteren Verlauf allmählich wieder aufgebaut wird, verharrt auch die Arbeitslosenquote vorerst auf hohem Niveau, sinkt im Jahresdurchschnitt aber auf 5,8 Prozent in diesem beziehungsweise 5,0 Prozent im kommenden Jahr (Tabelle 2). In diesem Umfeld bleiben die Lohnzuwächse verhalten. In der Summe steigen die Löhne aber merklich, um 3,8 Prozent in diesem und um 5,5 Prozent im Jahr 2022 – vor allem, weil mehr und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Kurzarbeit in ihre reguläre Beschäftigung zurückkehren.

Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr wohl nur um 3,0 Prozent zulegen, im kommenden Jahr dann etwas stärker, um 3,8 Prozent. Dies sind zwar vergleichsweise hohe Zuwächse, die Unterauslastung bleibt aber erheblich (Abbildung 3). Nachdem die Krise die Wirtschaft im vergangenen Jahr fast fünf Prozent unter die Normalauslastung gestürzt hatte, bleibt diese Lücke auch in diesem Jahr mit gut drei Prozent hoch und wird sich selbst im kommenden Jahr noch nicht ganz schließen.

Durch die neuerlichen Lockdowns – und der nur allmählichen Öffnung bis zum Sommer – wird vor allem der Konsum getroffen. Die Investitionen bleiben in diesem Umfeld zunächst zwar verhalten, entwickeln sich im weiteren Verlauf

Abbildung 2

Erwerbstätige In Tausend Personen (saisonbereinigt)



Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Der Einbruch auf dem Arbeitsmarkt konnte bisher kaum wettgemacht werden.

aber nach einem Rücksetzer zu Jahresbeginn im Zuge der regen Industriekonjunktur dynamisch. Die ausländische Nachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen entwickelt sich kräftig, die coronabedingt eingeschränkte Reise-tätigkeit belastet aber vorerst noch. Die unterstellte Eindämmung der Pandemie im späteren Verlauf wird die Urlaubs-freude – und damit die Importe – beflügeln. Alles in allem

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,6	1,3	0,6	-4,9	3,0	3,8
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44 262	44 868	45 269	44 782	44 743	45 087
Erwerbslose, ILO	1621	1468	1373	1846	1946	1685
Arbeitslose, BA	2 533	2 340	2 267	2 695	2 651	2 308
Erwerbslosenquote, ILO ²	3,8	3,4	3,2	4,2	4,4	3,8
Arbeitslosenquote, BA ²	5,7	5,2	5,0	5,9	5,8	5,0
Verbraucherpreise ³	1,5	1,8	1,4	0,5	2,1	1,5
Lohnstückkosten ⁴	1,1	2,8	3,2	4,2	0,0	1,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	44,4	61,6	52,5	-139,6	-157,8	-69,9
in Prozent des BIP	1,4	1,8	1,5	-4,2	-4,5	-1,9
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,8	7,9	7,5	7,0	8,0	6,8

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021. Prognose ab 2021.

© DIW Berlin 2021

bleibt der Leistungsbilanzüberschuss hoch: In diesem Jahr wird er in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 8,0 Prozent betragen und im kommenden Jahr 6,8 Prozent.

Die vorliegende Prognose ist geprägt durch die Annahmen zum Pandemieverlauf. Nicht auszuschließen ist, dass die Infektionszahlen im Zaum gehalten werden und die geplanten Öffnungsschritte zügiger als hier unterstellt vollzogen werden können. Allerdings ist auch eine massive dritte Infektionswelle – in Deutschland oder auch in ganz Europa – nicht auszuschließen. Die Auslandsnachfrage, die derzeit die Industriekonjunktur anschiebt, könnte dann wegbrechen. Doch schon allein die stärker eingeschränkten Dienstleistungsbranchen würden die wirtschaftliche Entwicklung dann erheblicher bremsen.

Arbeitsmarkt: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung trotz Krise

Der Arbeitsmarkt hat sich seit dem Einbruch vom vergangenen Frühjahr bislang kaum erholt, die Zahl der Erwerbstätigen lag zuletzt nahezu unverändert um rund eine Dreiviertelmillion niedriger. Dabei hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereits seit Juni wieder mit hohem Tempo zugenommen; die der geringfügig Beschäftigten ist dagegen – nach einer kaum merklichen Erholung während der Sommermonate – seit Beginn des Lockdowns wieder im Sinkflug. Die Corona-Krise hat zudem den Abwärtstrend bei der Zahl der Selbstständigen verschärft; bis zuletzt sank deren Zahl insbesondere in den betroffenen Branchen, allen voran im Handel.

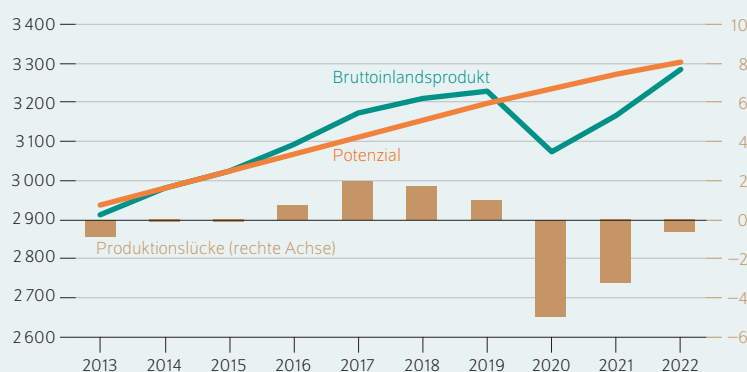
Dabei hat die Kurzarbeit Schlimmeres verhindert: Um den Arbeitseinsatz in gleichem Maße an die geringere Wirtschaftsleistung anzupassen wie durch den Einsatz von Kurzarbeit, hätte die Zahl der Beschäftigten in der Spitze um fast zweieinhalb Millionen Personen reduziert werden müssen. Nachdem sie auf rund eine dreiviertel Million gesunken war, ist diese Zahl bis Dezember im Zuge des neuerlichen Lockdowns wieder auf über 1,2 Millionen angewachsen.

Auch im ersten Quartal wird dem lockdownbedingten Rückgang bei der Wertschöpfung wohl vor allem mit Kurzarbeit begegnet werden. In den ersten Monaten des Jahres dürfte die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter von zuletzt 2,4 Millionen auf gut 2,8 Millionen gestiegen sein. Mit der zunehmenden Belebung der wirtschaftlichen Aktivität wird sie aber bald – und dann rasch – wieder sinken (Abbildung 4).

Weil die Anpassung des Arbeitseinsatzes analog zum vergangenen Jahr über die Inanspruchnahme von Kurzarbeit laufen dürfte, wird sich der neuerliche Lockdown kaum

Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt und Potenzial bzw. Produktionslücke In Milliarden Euro bzw. Prozent des Potenzials



Quellen: Statistisches Bundesamt, EU-Kommission; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Corona-Krise reißt die Wirtschaft deutlich unter ihr Potenzial.

spürbar auf die Beschäftigung insgesamt auswirken. Die Zahl der Minijobberinnen und Minijobber wird indes weiter sinken (Tabelle 3). Im weiteren Verlauf wird die Erholung dann auch die Erwerbstätigkeit erfassen, allen voran die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Alles in allem wird das Arbeitsvolumen bereits in diesem Jahr wieder zulegen; vor allem im kommenden Jahr wirkt sich die Rücknahme der Kurzarbeit aus, die Arbeitszeit wird dann den Vorkrisentrend erreichen.

Im Zuge dieser Belebung sinkt auch die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote wird von 6,0 Prozent im Februar allmählich zurückgehen und im Verlauf des kommenden Jahres wieder unter fünf Prozent fallen; dabei spielt allerdings auch eine Rolle, dass die Zahl der Erwerbspersonen demografisch bedingt kaum noch zulegt. Im Jahresdurchschnitt 2021 liegt die Arbeitslosenquote aufgrund des hohen Niveaus zum Jahresbeginn noch bei 5,8 Prozent, im kommenden Jahr dann bei 5,0 Prozent.

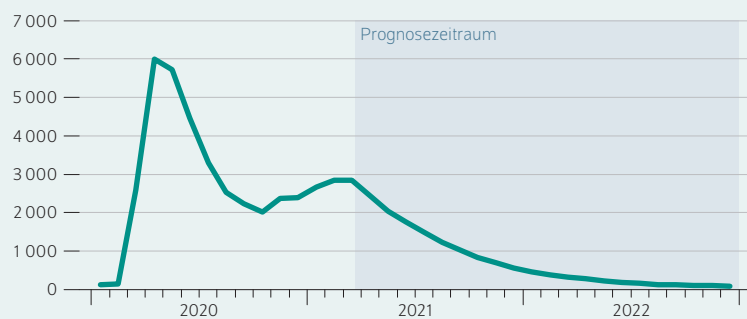
Angesichts der zunächst noch anhaltenden schwachen Gewinnentwicklung dürften die effektiven Stundenlöhne in diesem Jahr nur wenig über dem ohnehin schon gedämpften Tariflohnanstieg liegen. Im kommenden Jahr wird sich die konjunkturelle Erholung in einem höheren Plus widerspiegeln.

Inflation: Nur vorübergehend hoch

Die Inflation wird derzeit durch Sondereffekte und die starken Ölpreisschwankungen geprägt: Die Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung zum Jahresbeginn hat die

Abbildung 4

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter In Tausend Personen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; DIW Frühjahrsgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Die Kurzarbeit wird nach ihrem Zwischenhoch im Frühjahr wieder deutlich sinken.

Verbraucherpreise deutlich angeschoben und hinzu kam die Einführung der bundesweiten CO₂-Bepreisung. Ab Juli werden die Preise mit der nun wieder erhöhten Mehrwertsteuer mit denen vom vergangenen Jahr verglichen, als die Preise durch die Senkung der Steuersätze vorübergehend niedriger waren. Vor allem deswegen wird die Inflation dann über zweieinhalb Prozent liegen; ab dem kommenden Jahr fällt dieser Effekt weg – und die Raten fallen mit rund anderthalb Prozent deutlich geringer aus. In diesem Jahr kommen zudem die zuletzt stark gestiegenen Energiepreise hinzu. Alles zusammengenommen ergibt sich für dieses Jahr mit 2,1 Prozent eine ungewöhnlich hohe Inflation – zumal die

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2018	2019	2020	2021	2022
Erwerbstätige im Inland	44,87	45,27	44,78	44,74	45,09
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	4,22	4,15	4,00	3,85	3,76
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32,99	33,54	33,58	33,92	34,26
BeamtenInnen, RichterInnen, Zeit- und BerufssoldatInnen	1,86	1,88	1,90	1,92	1,94
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,67	4,57	4,27	4,11	4,20
Sonstige	1,12	1,12	1,04	0,95	0,93
+/- PendlerInnen, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,14	-0,15	-0,11	-0,11	-0,11
Erwerbstätige Inländer	44,73	45,12	44,68	44,64	44,98
Erwerbslose	1,47	1,37	1,85	1,95	1,69
Erwerbspersonen	46,20	46,50	46,52	46,58	46,67
Nachrichtlich:					
Arbeitslose	2,34	2,27	2,70	2,65	2,31
Arbeitslosenquote BA ¹ (Prozent)	5,2	5,0	5,9	5,8	5,0
Arbeitslosenquote SGB ² (Prozent)	6,6	6,3	7,4	7,2	6,3
Erwerbslosenquote VGR ³ (Prozent)	3,2	3,0	4,0	4,2	3,6
Erwerbslosenquote ILO-Statistik (Prozent)	3,4	3,2	4,2	4,4	3,8
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	41,7	42,2	42,3	42,3	42,6

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Frühjahrsgrundlinien 2021

Kasten 2

Annahmen und Rahmenbedingungen

Die Finanzpolitik war im Jahr 2020 nicht zuletzt wegen der Covid-19-Hilfsmaßnahmen und dem beschlossenen Konjunkturprogramm expansiv ausgerichtet. Bereits vor Beginn der Pandemie beschlossene Maßnahmen wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags in Höhe von rund neun Milliarden Euro, die Mehrausgaben für die Grundrente in Höhe von jährlich 1,4 Milliarden, die steuerlichen Entlastungen für Familien sowie diverse investive Ausgaben, unter anderem für Klimaschutz und das Gute-Kita-Gesetz, sorgen im Jahr 2021 für eine expansive Grunddynamik.

Hinzu kommen verschiedene Maßnahmen des im Juni 2020 beschlossenen Konjunkturprogramms, die entweder erst jetzt abfließen können oder ohnehin erst in diesem Jahr geplant sind. Zu ersteren zählen die wirtschaftlichen Soforthilfemaßnahmen in Höhe von 25 Milliarden Euro, von denen bisher rund 13 Milliarden Euro beantragt worden sind.¹ Unter letzteren lassen sich eine Viel-

¹ Genau genommen sind die zum aktuellen Zeitpunkt beantragten Mittel in Höhe von rund zehn Milliarden Euro den November- und Dezemberhilfen zuzuordnen. Die im Konjunkturprogramm veranschlagten Überbrückungshilfen I, II und III b wurden bis zum aktuellen Zeitpunkt nur in relativ geringem Umfang beantragt.

zahl investiver Maßnahmen zusammenfassen, die im Zukunftspaket des Konjunkturprogramms angekündigt wurden und zum Teil über den deutschen Aufbau- und Resilienzplan (DARF) finanziert werden. Insgesamt wird für diese Prognose mit einem zusätzlichen finanzpolitischen Impuls durch das Konjunkturprogramm in Höhe von 16 Milliarden Euro gerechnet. Die Unsicherheit bezüglich des tatsächlichen zukünftigen Abflusses von Mitteln aus dem Hilfs- und Konjunkturprogramm ist allerdings hoch. Es wird angenommen, dass die geplanten Mittel, die über den DARF finanziert werden, bis 2027 vollständig abgerufen werden. Bezüglich der wirtschaftlichen Soforthilfemaßnahmen wird angenommen, dass 15 Milliarden Euro im ersten Quartal abgerufen werden und aufgrund des unterstellten Pandemieverlaufs auch im zweiten Quartal 2021 noch Mittel in Höhe von fünf Milliarden abfließen.

Um die negativen wirtschaftlichen Folgen der verlängerten Einschränkungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Infektionsgeschehens abzumildern, hat die Bundesregierung zudem steuerliche Hilfsmaßnahmen in Höhe von 7,5 Milliarden Euro verlängert und ausgeweitet. Die Maßnahmen umfassen eine Verlängerung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für die Gastronomiebranche bis zum 31. Dezember 2022, eine Erhöhung des steuerlichen Verlustrücktrags für die Jahre 2020 und 2021 sowie einen zusätzlichen Kinderbonus im Jahr 2021. Auch die Regelungen zum Kurzarbeitergeld wurden verlängert.

Neben den Rettungsmaßnahmen für die Wirtschaft wurden im Rahmen der nationalen Impf- und Teststrategien zusätzliche Mittel bereitgestellt. Diese umfassen Bestellungen von Impfdosen für insgesamt rund neun Milliarden Euro (ein Teil hiervon wird über das COVAX-System an andere Länder vergeben). Die Bereitstellung von Schnelltests wird für die nächsten Monate rund zwei Milliarden Euro kosten. Während letzteres wohl eine einmalige Maßnahme sein könnte, wird angenommen, dass im Jahr 2022 nochmals drei Milliarden Euro für die Impfung der BundesbürgerInnen bereitgestellt werden.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2020	2021	2022
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,4	-0,5	-0,5
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,0	0,0	0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	-0,5	-0,4	-0,2
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,14	1,21	1,21
Tarifliche Monatslöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	1,9	1,6	1,8
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	43,1	60,5	57,2
Erdölpreis	Euro/Barrel	37,8	49,9	47,1

Quelle: DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Kapazitäten noch deutlich unterausgelastet sind. Im kommenden Jahr dürfte die Inflation dann wieder auf anderthalb Prozent zurückgehen. Ohne die Energiepreise liegt die Teuerung (Kernrate) in diesem Jahr bei 1,8 Prozent. Im kommenden Jahr beträgt sie bei annahmegemäß leicht sinkenden Rohölnotierungen (Kasten 2) 1,7 Prozent.

Privater Verbrauch: Es fehlen die Möglichkeiten, nicht das Einkommen

Die Corona-Krise schlägt sich vor allem beim privaten Verbrauch nieder: Die verfügbaren Einkommen entwickeln sich zwar – auch dank der staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen – angesichts der tiefen Krise solide. Im Zuge der Lockdowns werden die Konsummöglichkeiten aber immer

wieder beschnitten. Und selbst erhebliche Umlenkungseffekte – so wird etwa der ausgefallene Restaurantbesuch durch zusätzliche Lebensmittelnachfrage im Einzelhandel ersetzt und der Onlinehandel boomt – können nur einen Teil des ausfallenden Konsums kompensieren. Entsprechend wird ein immenser Teil des Einkommens gespart. Auch im Auftaktquartal wird der Konsum erneut empfindlich sinken; im weiteren Verlauf erholt er sich dann – allerdings langsamer als im vergangenen Sommer, weil die nach wie vor hohen Inzidenzzahlen zunächst nur allmähliche Lockerungen zulassen.

Die Löhne werden nach dem Rücksetzer im vergangenen Jahr bereits 2021 wieder spürbar steigen. Zu den eher verhaltenen Lohnzuwächsen kommt eine merkliche Ausweitung

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2021	2022
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Teilabschaffung Soli	–9	–1,4
Alterseinkünftegesetz	–1,4	–1,4
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4
Erhöhung Grund-, Kinderfreibetrag, Verschiebung Tarifeckwerte/ Familienentlastungsgesetz	–0,8	–0,2
Zweites Familienentlastungsgesetz	–3,9	–4,4
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen	–0,2	–0,9
Sonstige steuerliche Maßnahmen³	–0,1	0,2
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben	–1,2	–0,1
Steuerliche Förderung Mietwohnungsneubau	–0,1	0
Paritätische Finanzierung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung	0	0
CO2-Bepreisung in Verkehr und Wärme (Beschluss des Klimakabinetts)	7,3	1,5
Zusätzliche Maßnahmen (Beschluss des Klimakabinetts)	–0,2	–0,2
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung	2,3	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Kindergelderhöhung um 10 bzw. 15 Euro zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	–2,8	0
Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung	0	0
Einsparungen bei ALG II durch das Familienentlastungsgesetz bzw. Kindergeldanhebung	0,2	0
Gute KiTa-Gesetz	–1	–0,5
Beihilfen aufgrund von Ernteaussfällen von Bund und Ländern	0	0
„Bauernmilliarde“	–0,1	0,1
Arbeit-von-morgen-Gesetz	–0,1	–0,1
Pflegebonus	0,5	0
Senkung EEG-Umlage	–5,4	0
Weitere sozialpolitische Maßnahmen⁴	–0,5	0
Verteidigung	0	0
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	0,7	0
Mehrpersonal innere Sicherheit	–0,3	0
Aufstockung des BAFöG, Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	–0,2	0
Investive Ausgaben GroKo 2018	–6,4	–2,1
Sonstige investive Ausgaben⁵	0,5	0,5
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Gesetz für fairen Kassenwettbewerb in der GKV	0	0
Qualifizierungschancengesetz (ALV)	0	0
Arbeit-von-morgen-Gesetz	–0,2	–0,2
Anpassung der Renten Ost	–0,6	–0,5
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	–0,1	–0,1
Grundrente	–1,4	0
Gesundheits- und pflegepolitische Maßnahmen⁶	–1,3	0
Finanzpolitische Maßnahmen	–25,4	–9,4
Finanzpolitische Corona-Maßnahmen	–3,9	90,7
Insgesamt	–29,3	81,3
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,8	2,2

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen

2 Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.

3 u.a. steuerliche Absetzbarkeit Erhöhung des PV-Beitrags, Bürokratienteilnahmeentscheidungs.

4 u.a. Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung, Baukindergeld (inkl. Bayerische Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus), Erhöhung des Wohngelds (einschließlich Klimapaket), Starke-Familien-Gesetz, Teilhabechancengesetz, Angehörigenentlastungsgesetz.

5 u. a. Fonds zur Förderung der künstlichen Intelligenz, Bayerisches Programm zur Förderung der Automobilindustrie, Erhöhter „Umweltbonus“ für Elektroautos, Sofortprogramm „Saubere Luft“, Digitalpakt Schule, Ausbau Bahnstrecke.

6 Konzentrierte Aktion Pflege, Pflegepersonalstärkungsgesetz, Terminservice- und Versorgungsgesetz und Krankenhausstrukturgesetz.

Quellen: Bundesregierung, Bundesministerium der Finanzen; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen

Konstante Preise, Veränderung in Prozent

	2020	2018	2019	2020	2021	2022
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	61,5	3,0	4,0	2,8	-0,4	5,1
Nichtwohnungsbau	38,5	1,9	3,5	0,4	-0,4	4,2
Gewerblicher Bau	26,1	1,1	2,4	-0,8	-2,8	3,0
Öffentlicher Bau	12,4	3,9	6,0	3,2	4,6	6,5
Bauinvestitionen	100,0	2,6	3,8	1,9	-0,4	4,8
Ausrüstungen		4,4	0,5	-12,1	4,7	7,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

der Arbeitszeit, weil mehr und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Kurzarbeit in die reguläre Beschäftigung zurückkehren. Dieser Effekt ist besonders im kommenden Jahr ausgeprägt, wenn die Kurzarbeit nahezu vollständig abgebaut sein dürfte. Entsprechend ziehen allerdings auch die Lohnsteuer und die Sozialbeiträge an; vor allem im kommenden Jahr ist das Plus bei der Lohnsteuer erheblich – auch, weil coronabedingte Entlastungen entfallen. Netto verbleiben in beiden Jahren Zuwächse von rund vier Prozent.

Die monetären Sozialleistungen steigen sowohl dieses als auch kommendes Jahr; das Plus reicht aber bei weitem nicht an das vom vergangenen Jahr heran, als die Lohnausfälle aufgrund der Kurzarbeit durch Lohnersatzleistungen aufgefangen wurden. Alles in allem steigen die verfügbaren Einkommen wohl um jeweils gut zwei Prozent. Angesichts zunehmender Konsummöglichkeiten wird sich auch das Sparverhalten im Prognoseverlauf normalisieren. Bei nur vorübergehend anziehender Teuerung tritt der private Konsum im Durchschnitt dieses Jahres wohl noch auf der Stelle, für das kommende Jahr ist dann ein kräftiges Plus zu erwarten.

Ausrüstungsinvestitionen: Trotz weiterer Infektionswellen stabil

Trotz der zweiten Infektionswelle und des erneuten Lockdowns blieben die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen im vierten Quartal 2020 stabil. Zwar gingen die Ausrüstungsinvestitionen um 0,1 Prozent zurück, dies ist jedoch hauptsächlich auf die im Vergleich zum Sommerhalbjahr zurückhaltende Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand zurückzuführen (minus 10,4 Prozent zum Vorquartal). Bei den privaten Investoren flaute die starke Aufholtdynamik des dritten Quartals, als die privaten Ausrüstungsinvestitionen nach historischem Einbruch im Frühjahr um 22,7 Prozent gestiegen waren, zwar ab, dennoch weiteten diese ihre Ausgaben zum Jahresende noch um 0,9 Prozent aus. Nahezu alle Branchen des verarbeitenden Gewerbes verzeichneten dabei bis zuletzt und trotz des seit November verhängten Lockdowns stetige Umsatzzuwächse. Diese wurden erst von den stärkeren Einschränkungsmaßnahmen im Dezember gebremst. Auch die Auftragslage blieb zum

Jahresende stabil. Insgesamt waren die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2020 dennoch deutlich von der Corona-Pandemie gezeichnet: Sie gingen um 12,1 Prozent zurück. Die Erholung im zweiten Halbjahr verhinderte dabei Schlimmeres: Im Jahr der Finanzkrise 2009 waren die Ausrüstungsinvestitionen um über 20 Prozent gesunken.

Im laufenden Quartal ist angesichts der Beschränkungen und der Unsicherheit bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Erholung mit einem erneuten Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Zwar bleibt die Industrie vom Lockdown weitgehend verschont und Investitionsgüterhersteller zeigen sich mit Blick auf die Geschäftslage laut ifo-Konjunkturumfrage zuversichtlicher als in den vergangenen Monaten – die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung hemmt jedoch auch die Investitionsbereitschaft: Auftragseingänge und Inlandsumsätze der Investitionsgüterhersteller gingen zu Jahresbeginn merklich zurück. Dies betraf in erster Linie die Automobilhersteller. Bei den Maschinenbauern ist die Lage derweil stabil. Insgesamt ist im laufenden Quartal ein Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um drei Prozent zu erwarten.

Für den weiteren Prognoseverlauf ist damit zu rechnen, dass die Unsicherheit sinkt und die Zuversicht zurückkehrt. Neben den Hoffnungen auf eine weitere Erholung der wirtschaftlichen Lage im Inland durch die fortschreitenden Impfungen und sukzessiven Öffnungen gibt die stabile Auslandsnachfrage aus China und den USA Grund zum Optimismus. Die Investitionstätigkeit wird damit steigen. Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen dürften außerdem zu einer stärkeren Dynamik beitragen, wenn voraussichtlich ab dem Sommer die geplanten Investitionsinitiativen aus dem Konjunkturpaket und dem Koalitionsvertrag in die Tat umgesetzt werden.

Bauinvestitionen: Strenger Winter legt Baustellen lahm

Die Bauinvestitionen trugen im vierten Quartal des Jahres 2020 bedeutend zur Stabilisierung der Konjunktur bei: Nach einem schwächeren Sommerhalbjahr verzeichnete die Bauwirtschaft zum Jahresende wieder ein deutliches Plus. Vor allem der Wohnungsbau und der öffentliche Bau legten kräftig zu und sorgten so für ein Quartalswachstum von insgesamt 1,8 Prozent. Dabei dürften nicht zuletzt Vorzieheffekte aufgrund der zum Jahreswechsel anstehenden Wiedererhöhung der Mehrwertsteuer als Treiber gewirkt und veranlasst haben, dass Bauprojekte verstärkt vorangetrieben und fertiggestellt wurden. So verzeichneten nahezu alle Sparten zum Jahresende ein deutliches Umsatzplus; sogar der Wirtschaftsbau, von der Corona-Pandemie stark in Mitleidenschaft gezogen, konnte das Jahr mit einem leichten Anstieg beenden.

Der Wintereinbruch im Januar und Februar dürfte die positive Entwicklung im laufenden Quartal unterbrochen haben. Laut ifo-Konjunkturtest beklagte in allen Sparten ein großer Anteil der Bauunternehmen witterungsbedingte Einschränkungen. Dies spiegelt sich auch in den Produktionszahlen des Baugewerbes wider, die im Januar einen Einbruch von über zwölf Prozent gegenüber Dezember verzeichneten.

Im Wohnungsbau ist im laufenden Quartal ein besonders deutliches Minus zu erwarten. Gründe dafür sind nicht nur die Witterung, sondern auch die Anhebung der Mehrwertsteuer zum Jahreswechsel und die damit verbundenen Vorzieheffekte, die nun vor allem im Ausbaugewerbe eine negative Gegenbewegung nach sich ziehen. Entsprechend war hier der Produktionsrückgang im Januar besonders deutlich (minus 16,6 Prozent). Dennoch dürfte der Wohnungsbau bald wieder Fahrt aufnehmen: Neue Höchstwerte bei den Auftragseingängen im vierten Quartal, ebenso wie der generelle Aufwärtstrend bei den Baugenehmigungen stimmen die Bauunternehmen für die kommenden Monate zuversichtlich. Eine zentrale Rolle dürften dabei weiterhin die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen spielen; der Effektivzins für Wohnungsbaukredite markierte zum Jahresende einen neuen Tiefpunkt, während die Nachfrage nach solchen Krediten weiterhin dynamisch steigt.¹ Laut Bundesbank nahm der Bestand an Wohnimmobilienkrediten bei deutschen Banken im vierten Quartal um eine Rekordrate von knapp 6,5 Prozent zu.

Auch der Wirtschaftsbau dürfte durch das Winterwetter stark gebremst worden sein. Hier kehrte zuletzt dank steigender Auftragszahlen im Tiefbau vorsichtiger Optimismus ein. Dieser ist jedoch besonders wetteranfällig, sodass die positiven Impulse wohl erst mit dem Frühlingsanfang ihre Wirkung werden entfalten können. Der Wirtschaftshochbau hingegen zeigt sich weiterhin stark von der pandemiebedingten Unsicherheit und Investitionszurückhaltung in den Industrie- und Dienstleistungssektoren gezeichnet. Auch in den kommenden Monaten ist hier nur mit einer schwachen Dynamik zu rechnen, da Unternehmen sich voraussichtlich auf Bestandsmaßnahmen konzentrieren und bei der Planung größerer Bauprojekte noch zögerlich agieren werden. Zwar dürften die zunehmende Eingrenzung der Pandemie und die Stabilisierung der Wirtschaft den gewerblichen Bau ab dem kommenden Jahr etwas beleben, das Vorkrisenniveau wird jedoch wohl erst zum Ende des Prognosezeitraums wieder erreicht werden.

Eine wichtige Stütze des Baugewerbes werden in diesem Jahr die öffentlichen Auftraggeber sein (Tabelle 4). Der Ausgleich der kommunalen Gewerbesteuerausfälle durch Bund und Länder hat hier bereits im vergangenen Jahr die Investitionspläne gestützt und dürfte weiterhin für eine Stabilisierung der öffentlichen Nachfrage sorgen. Auch die sonstigen Maßnahmen des Konjunkturpakets, unter anderem die Beschlüsse zum Breitband- sowie Kita-Ausbau, lassen vor allem ab dem Sommer kräftige Impulse erwarten. Der Betriebsstart der Autobahn GmbH des Bundes, die die Planung, Verwaltung und Finanzierung des Autobahnnetzes bündelt, dürfte darüber hinaus die Projektplanung und -umsetzung im Straßenbau beschleunigen. Insgesamt wird die öffentliche Hand, abgesehen von der Winterunterbrechung, im Jahr 2021 wohl eine treibende Kraft bei den Bauinvestitionen sein.

Die Baupreise hatten sich zuletzt, bedingt durch die Mehrwertsteuersenkung sowie niedrige Öl- und Energiepreise, schwach entwickelt. In diesem Jahr ist derweil mit einem etwas stärkeren Preisauftrieb zu rechnen, was neben der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer auch an steigenden Materialkosten liegen dürfte, die zumindest teilweise von den Bauunternehmen an die AuftraggeberInnen weitergegeben werden können.

Außenhandel: Wann wird's mal wieder richtig Sommer?

Die Corona-Pandemie hat auch im Außenhandel deutliche Spuren hinterlassen. Der Einbruch von gut zehn Prozent im Jahr 2020 hat die Exporte auf das Niveau von 2015 zurückgeworfen. Der Rückgang von 20 Prozent im zweiten Quartal ist der mit Abstand stärkste seit der im Jahr 1991 beginnenden Statistik und übertrifft die Folgen der Finanzkrise bei Weitem. Im dritten und vierten Vierteljahr 2020 legten die deutschen Exporte um 18 beziehungsweise 4,5 Prozent zu. Sie konnten den vorherigen Einbruch damit teilweise wieder wettmachen.

Im Schlussquartal des vergangenen Jahres haben die Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Deutschland und Europa abermals zu einer Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit geführt, unter der vor allem die Einnahmen aus grenzüberschreitenden Dienstleistungsgeschäften gelitten haben. Mit dem erneuten Lockdown ist vor allem die Reisetätigkeit eingebrochen; die übrigen Dienstleistungen sind indes kräftig in das Jahr gestartet. Die Warenexporte hielten sich besser als im Frühjahr 2020, vor allem da die Industrie weitestgehend störungsfrei produzieren konnte und gleichzeitig die Volkswirtschaften in China und den USA ihre Expansion fortsetzten. Eine Folge dieser asymmetrischen Entwicklung ist, dass China und die USA 2020 mit einem Anteil von 16,4 Prozent an den gesamten deutschen Ausfuhren zu den wichtigsten Exportmärkten für Deutschland aufgestiegen sind und Frankreich auf den dritten Platz verwiesen haben. Allein die Exporte nach China stiegen im Dezember um 11,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Lage ist damit gänzlich anders als im Frühjahr 2020, als die deutschen Exporte um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr einbrachen. Daher dürften die Folgen der aktuellen Einschränkungen im Außenhandel moderater ausfallen. Mit einsetzenden Lockerungen im Sommer dürfte es allerdings zu Nachholeffekten kommen. Dank der aufgestauten Konsum- und Investitionsgüternachfrage ist dann ein recht kräftiger Schub für den deutschen Außenhandel zu erwarten.

Auch die Dienstleistungsimporte leiden unter dem neuerlichen Aufflammen der Infektionszahlen. Das Ausbleiben vieler Dienst- und Urlaubsreisen macht sich deutlich bemerkbar. Erst mit einem nachhaltigen Abebben der Pandemie dürfte die Reisetätigkeit wieder anziehen – dann werden die Zuwächse aber auch kräftig ausfallen. Auch die Güterimporte werden von zusätzlicher Konsumnachfrage und dem hohen Importanteil deutscher Exporte profitieren, ehe sich im weiteren Verlauf des Prognosehorizonts vergleichsweise schwächere, aber positive Zuwachsraten einstellen.

¹ Vgl. Europäische Zentralbank (2021): The euro area bank lending survey – Fourth Quarter of 2020 (online verfügbar; abgerufen am 12. März 2021). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

Kasten 3

Prognosemodelle

Um die Fülle der für das jeweils laufende Quartal vorliegenden Indikatoren umfassend zu berücksichtigen, stützt das DIW Berlin seine Prognose in der kurzen Frist auf Faktormodelle und Model-Averaging-Ansätze. Diese wiederum stützen ihre Vorhersage auf Muster, die sich in der Vergangenheit zwischen den Variablen herausgebildet haben. Allerdings sind gängige statistische Verfahren derzeit nur bedingt in der Lage, die mit der Corona-Krise einhergehenden Verwerfungen vollständig zu erfassen. Üblicherweise entwickeln sich die Dienstleistungsbereiche nämlich relativ gleichmäßig; Schwankungen gehen ansonsten eher von der Industrie aus. Verfahren, die auf derartigen historischen Mustern beruhen, zeichnen daher derzeit ein tendenziell zu positives Bild: Die Industrie entwickelt sich nämlich robust, während die Lockdowns die Dienstleistungsbereiche einschränken. Die dargestellten Modellergebnisse sind vor diesem Hintergrund eher als grobe Orientierungshilfe zu interpretieren.

So dürfte die Modellrate von 0,7 Prozent für das **Bruttoinlandsprodukt** im ersten Quartal die voraussichtlich deutlich sinkende Wirtschaftsleistung überschätzen. Darin kommt wohl vor allem der Aufwärtstrend in der Industrie zum Ausdruck: Obwohl sich die Automobilindustrie nach den steuerbedingten Vorziehkäufen im vergangenen Jahr auf eine schwächere Nachfrage einstellen muss und es zudem zum Jahresauftakt zu Produktionsstopps wegen fehlender Bauteile kam, dürfte die Industrie insgesamt die Wertschöpfung im ersten Vierteljahr deutlich ausweiten. Darauf deuten auch die jüngst veröffentlichten Produktionszahlen des Verbands der Automobilindustrie hin – diese haben im Februar angezogen.

Beim **privaten Konsum** zeigen die Modellergebnisse einen Rückgang an. Tatsächlich dürfte dieser sogar noch deutlicher ausfallen. So lagen etwa die Umsatzsteuereinnahmen zuletzt 18 Prozent unter ihrem Vorjahresniveau – damit geben sie aber wohl immer noch ein zu positives Signal. Das Modell berücksichtigt nicht die Wiederanhebung der Steuersätze, die für sich genommen die Einnahmen anschiebt. Ohne diesen Effekt wäre dieser Indikator wohl

noch stärker eingebrochen. Zum Vergleich: Im ersten Lockdown lagen die Einnahmen 38 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Die **Exporte** profitieren von einer regen Auslandsnachfrage nach deutschen Waren; deren Ausfuhr lag zuletzt knapp zwei Prozent über dem Durchschnitt des Schlussquartals. Die Dienstleistungsexporte werden durch die eingeschränkten Geschäfts- und Urlaubsreisen belastet; diese konnten zwar im Januar leicht zulegen, bleiben aber noch 22 Prozent unter dem Durchschnitt des vierten Quartals.

Bei den **Importen** zeichnet sich für das erste Quartal ein Rückgang ab – die Wareneinfuhren sind zuletzt deutlich gesunken. Die Dienstleistungsausgaben lagen im Januar 1,1 Prozent höher als im Schlussquartal; die Reiseausgaben dagegen sind auch zum Jahresbeginn gesunken.

Für die **Ausrüstungsinvestitionen** ergibt sich ein gemischtes Bild: Die Unsicherheit ist deutlich zurückgegangen und mit der Aussicht auf – wenn auch schleppende – Impffortschritte haben sich auch die Umfragewerte unter Investitionsgüterherstellern aufgehellt. Die Produktion der Maschinenbauer verzeichnete zum Jahresauftakt gar ein fast zweistelliges Plus. So weisen die Modellergebnisse auch auf einen geringen Anstieg hin. Die inländischen Umsätze der Investitionsgüterhersteller insgesamt sprechen allerdings für einen deutlichen Rücksetzer; und auch die zuletzt deutlich gesunkenen Importe deuten eher auf rückläufige Investitionen hin.

Die **Bauinvestitionen** sind schwach in das Jahr gestartet. Zu der Flaute nach möglichen Vorzieheffekten aufgrund der zeitweiligen Mehrwertsteuersenkung im vergangenen Jahr kam auch eine ungünstige Wetterlage: Die Umfrageergebnisse zu den Behinderungen der Bautätigkeit ergeben für Januar und Februar witterungsbedingte Einschränkungen.

Die Terms of Trade sind im Wesentlichen durch den zuletzt recht kräftigen Ölpreis- und den damit verbundenen Importpreisanstieg geprägt. Bei nur leicht steigenden Exportpreisen verschlechtern sie sich im Jahresverlauf, insbesondere im ersten Quartal. Im kommenden Jahr dürften die Terms of Trade nahezu unverändert bleiben.

Öffentliche Finanzen: Finanzierungsdefizit 2021 höher als 2020

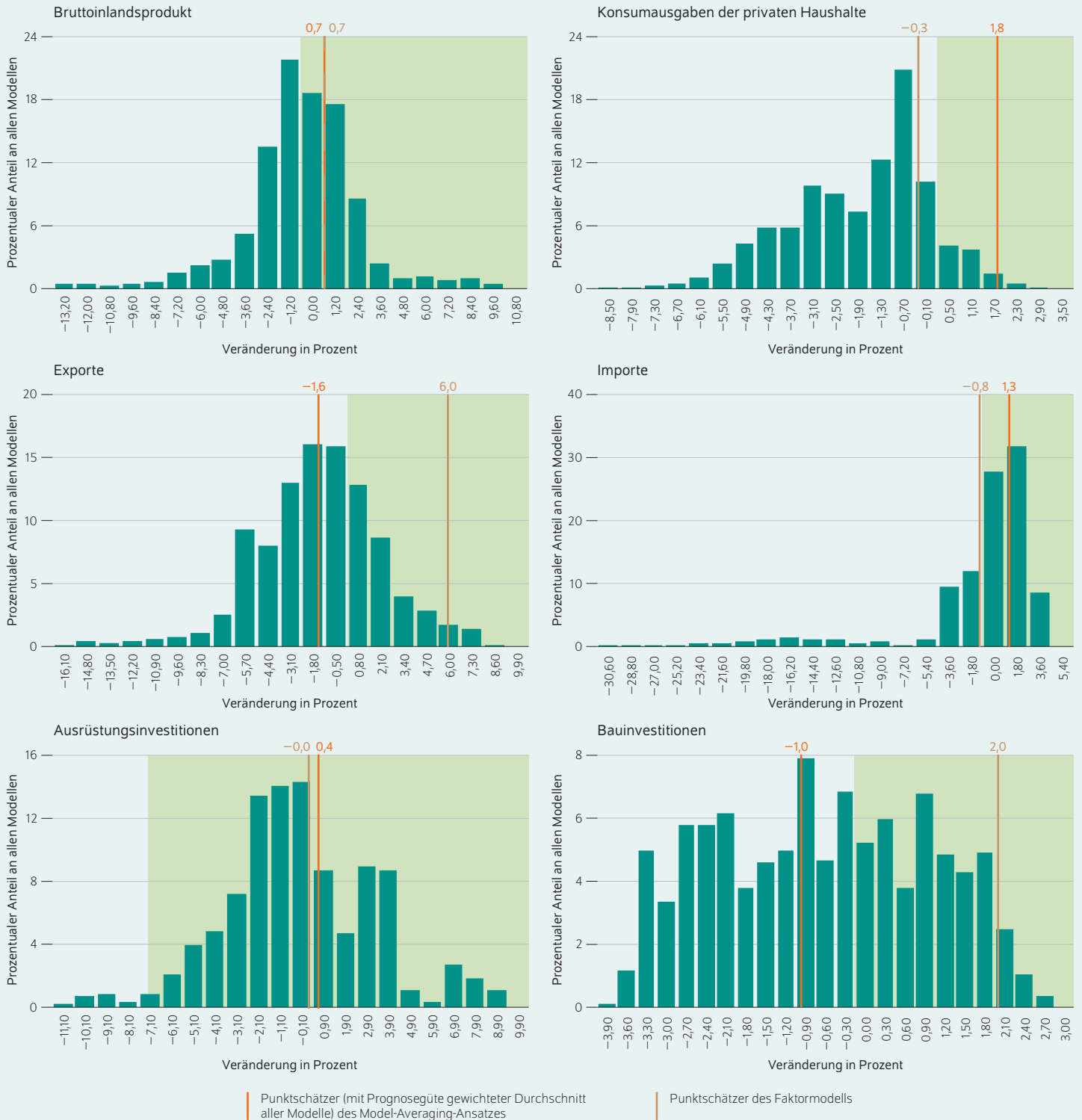
Das gesamtstaatliche Defizit war im Jahr 2020 mit knapp 140 Milliarden Euro deutlich geringer als erwartet. So betrug beispielsweise die geplante Neuverschuldung im Nachtragshaushalt des Bundes, der im Juni 2020 beschlossen wurde, allein mehr als 210 Milliarden Euro. Wesentliche Ursachen für das geringere Defizit sind zum einen der im Vergleich zu den ursprünglichen Erwartungen weniger umfangreiche

konjunkturelle Einbruch, der zu geringeren Rückgängen der Einnahmen geführt hat. Zum anderen sind einige der im Jahr 2020 beschlossenen und geplanten Maßnahmen auch wegen bürokratischer Anlaufschwierigkeiten noch nicht genutzt worden. Zudem könnte die bessere konjunkturelle Entwicklung auch dazu geführt haben, dass die Mittel nicht in dem Maße benötigt wurden.

Ein Teil der für das Jahr 2020 eingeplanten Mittel dürfte allerdings in diesem Jahr fließen. Hinzu kommen bereits länger-, aber auch kurzfristig geplante expansive Maßnahmen in Höhe von insgesamt 29 Milliarden Euro (Tabelle 2 in Kasten 2), zu denen unter anderem Ausgaben des im Juni 2020 beschlossenen Konjunkturprogramms, aber auch zusätzliche Gesundheitsausgaben zählen (Tabelle 5). Der verlängerte Lockdown und die für den weiteren Verlauf unterstellten partiellen Einschränkungen dürften zudem die öffentlichen

Abbildung

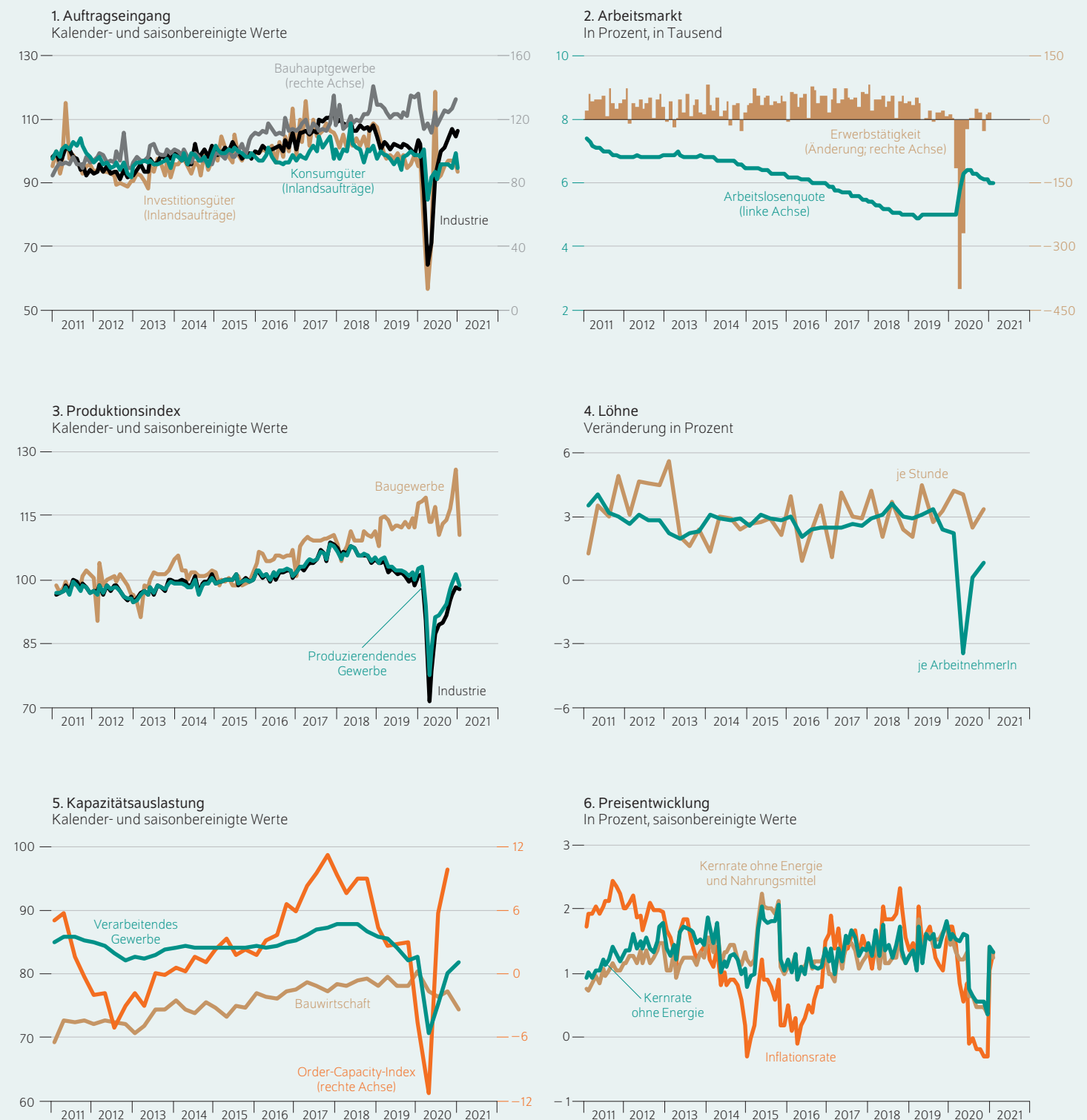
Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



Quelle: DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

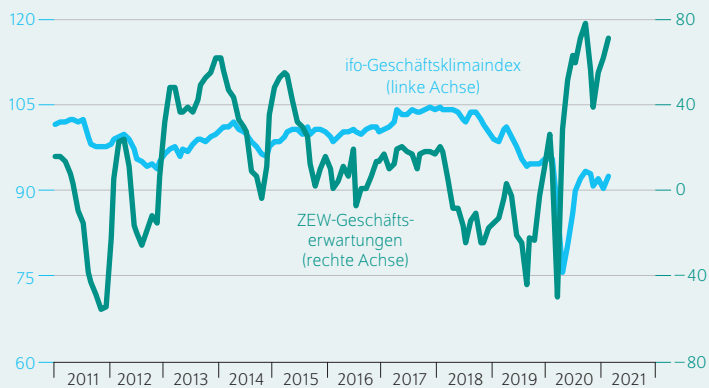
Abbildung 5

Konjunkturindikatoren für Deutschland

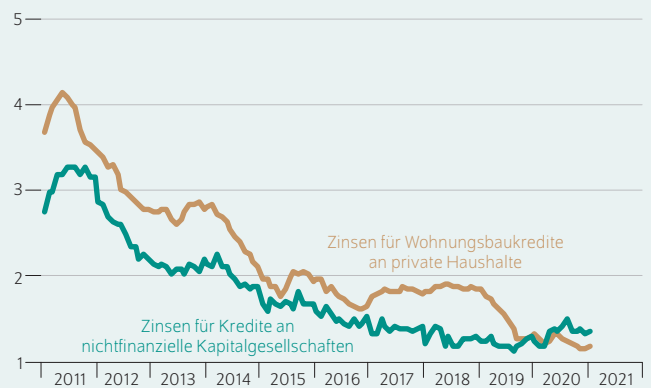


Quellen: (1, 3, 4, 6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut; ZEW; (8, 10, 12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt.

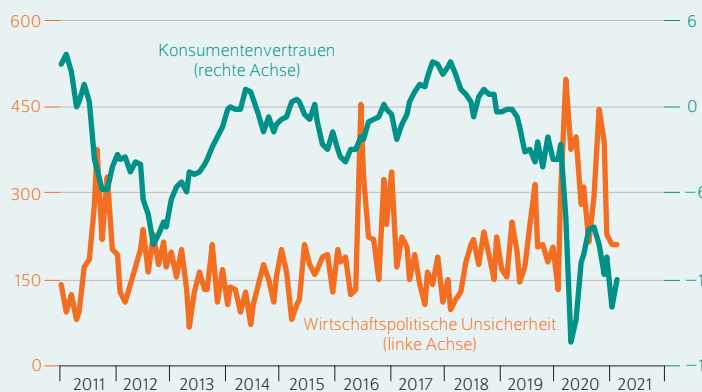
7. Unternehmensstimmung
Kalender- und saisonbereinigte Werte



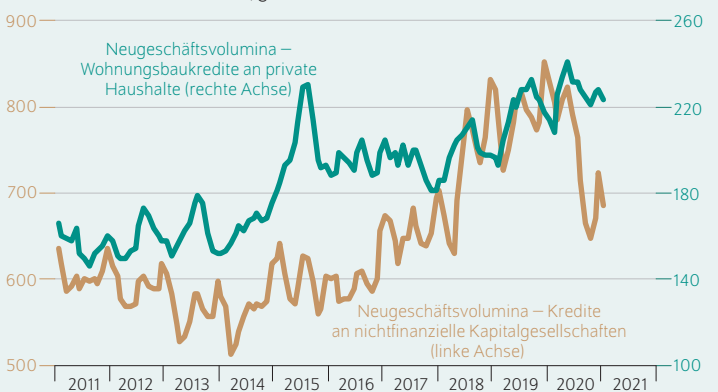
8. Zinsen
In Prozent



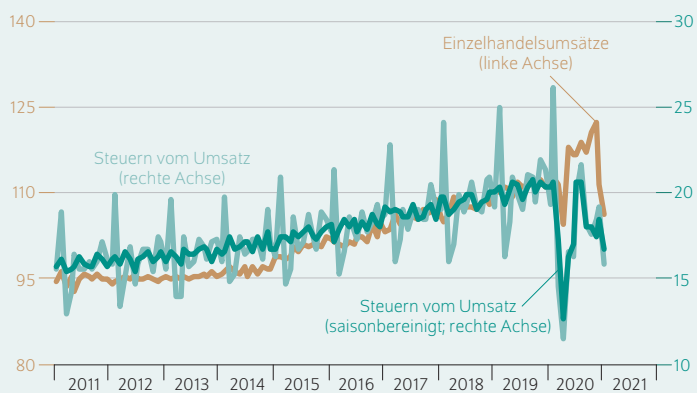
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit
Saldo positiver/negativer Antworten, Newsindex



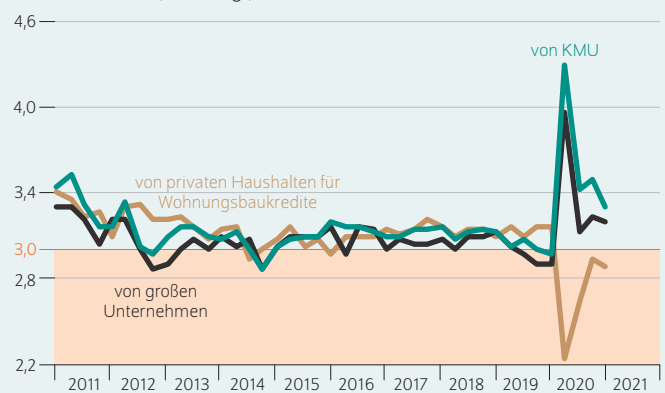
10. Kredite – Neugeschäftsvolumina
Hundert Millionen Euro, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze
Index 2010 = 100, Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten
3 = konstant; > 3 steigt; < 3 sinkt



Kasten 4

Produktionspotenzial

Die Berechnung des Produktionspotenzials basiert auf dem Verfahren der Europäischen Kommission.¹ Demografische Effekte werden durch ein Alterskohortenmodell berücksichtigt.²

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Wesentlichen anhand der im Juni 2019 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (Variante 2) fortgeschrieben. Diese wurde vor dem Hintergrund der hohen Zuwanderung vorgenommen und nimmt für 2019 eine verhältnismäßig hohe Nettozuwanderung an, die im Verlauf allerdings deutlich zurückgeht. Für den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Erwerbszuwanderern und den Nicht-Erwerbszuwanderern wird der aktuelle Wert aus dem Ausländerzentralregister angesetzt.³ Insgesamt können die positiven Wanderungssalden jedoch den altersbedingten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung bis 2025 nicht kompensieren. Die Partizipationsquoten werden für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung getrennt geschätzt und anschließend zusammengefasst. Angefangen mit

74,7 Prozent im Jahr 2020 bleibt sie bis 2023 in etwa konstant und geht dann zurück. Auch die natürliche Erwerbslosenquote ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der entsprechenden Werte für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Sie liegt im Jahr 2020 bei 4,0 Prozent, steigt auf 4,2 Prozent im Jahr 2021 und geht 2022 zurück auf 3,6 Prozent. Auf diesem Niveau bleibt sie bis 2025.

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens dürfte bis 2025 bei minus einem Fünftel Prozentpunkt liegen. Bis 2021 wird sie hauptsächlich durch die wachsende Erwerbsbevölkerung getrieben werden, danach durch einen Abwärtstrend bei der Arbeitszeit. Die Partizipationsquote geht über den Zeitraum zurück. Außerdem wird auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den Jahren 2023 bis 2025 einen negativen Wachstumsbeitrag leisten. Alles in allem dürfte das potenzielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2025 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von -0,1 Prozentpunkten leisten.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks in Höhe von knapp einem halben Prozentpunkt und dem der totalen Faktorproduktivität in Höhe von knapp zwei Drittel Prozentpunkten ergibt sich, dass das reale Produktionspotenzial bis 2025 um jahresdurchschnittlich 0,9 Prozent zunehmen wird, wobei die Raten demografisch bedingt von Jahr zu Jahr sinken.

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers Nr. 420.

² Siehe Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2017. DIW Wochenbericht Nr. 36, 715–736 (online verfügbar).

³ Rund 90 Prozent der EU-Zuwanderer sind im erwerbsfähigen Alter. Bei der Nicht-Erwerbszuwanderung beträgt der Anteil 71 Prozent. Siehe Statistisches Bundesamt (2020): Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2019. Fachserie 1, Reihe 2.

Haushalte zusätzlich belasten. Bei der hier prognostizierten konjunkturellen Entwicklung ergibt sich für das Jahr 2021 ein gesamtstaatliches Haushaltsdefizit in Höhe von 158 Milliarden Euro oder 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Tabelle 6).

Die *Lohnsteuereinnahmen* sind im Jahr 2020 um 2,3 Prozent gesunken und dürften in diesem Jahr trotz der erwarteten Erholung im zweiten Halbjahr nur um knapp zwei Prozent steigen. Gründe dafür sind die erneut vielfach genutzte Kurzarbeit, der geringere Beschäftigungsaufbau sowie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Im Jahr 2022 werden die Lohnsteuereinnahmen entsprechend der Lohndynamik und aufgrund des Wegfalls der Sondereffekte (unter anderem temporärer Kinderbonus und Kurzarbeit) recht kräftig steigen.

Die *Unternehmenssteuern*, im Wesentlichen Körperschaft-, Gewerbe- und die veranlagte Einkommensteuer, sind um 19,4 Prozent gesunken. Durch den verlängerten Lockdown werden die unternehmerischen Steuern in diesem und im nächsten Jahr wohl nur um fast elf beziehungsweise sieben Prozent steigen und damit auch im Jahr 2022 nicht ihr Vorkrisenniveau erreichen.

Die *Umsatzsteuereinnahmen* sind um 8,4 Prozent gesunken, was neben der allgemeinen Konsumzurückhaltung auch zu einem großen Teil auf die Reduktion des

Mehrwertsteuersatzes zurückzuführen ist. Auch wenn der Gastronomiebereich bis Ende 2022 noch durch einen ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf Speisen mit insgesamt bis zu fünf Milliarden Euro unterstützt wird, dürften sich die beiden Haupteffekte in diesem und nächstem Jahr wieder umkehren und zu starken Einnahmезuwächsen von sieben beziehungsweise acht Prozent führen.

In der Summe sind die Steuereinnahmen im vergangenen Jahr um gut sechseinhalb Prozent im Vorjahresvergleich gesunken. In diesem und im nächsten Jahr werden die Steuern bei dem unterstellten konjunkturellen Verlauf ein Einnahmeplus von drei beziehungsweise sechs Prozent erzielen.

Die *Sozialbeiträge* sind im vergangenen Jahr leicht, um 1,7 Prozent, gestiegen. Auch im ersten Halbjahr 2021 dürften die Kurzarbeitergeldzahlungen der schwachen Lohn- und Beschäftigungsentwicklung entgegenwirken. Die Anhebung des Zusatzbeitrags bei der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die im zweiten Halbjahr wieder leicht anziehende Lohndynamik werden wohl mit etwas höheren Zuwachsraten einhergehen als im vergangenen Jahr. Im nächsten Jahr dürften die Sozialbeiträge dann wieder deutlich stärker steigen. Bei den weiteren Einnahmen muss das Finanzministerium im Jahr 2021 auf den Bundesbankgewinn in Höhe von etwa zweieinhalb Milliarden Euro verzichten, der in diesem Jahr zur Risikovorsorge bei der Bundesbank angelegt wird. Alles in allem steigen die *gesamtstaatlichen Einnahmen* in

diesem und nächstem Jahr um fast drei beziehungsweise gut fünf Prozent.

Die Ausgaben sind im Jahr 2020 um 9,3 Prozent gestiegen. Auch in diesem Jahr ist die Entwicklung der Ausgabenkomponenten durch die Soforthilfe- und Gesundheitsmaßnahmen im ersten Halbjahr sowie den Ausgaben im Rahmen des im Juni 2020 beschlossenen Konjunkturprogramms angesichts des hohen Niveaus mit gut dreieinhalb Prozent recht dynamisch.

Die ohnehin schon hohe Dynamik bei den *Vorleistungskäufen* wird durch zusätzliche Ausgaben für Impfbetrieben und der entsprechenden Ausrüstung, aber auch durch zusätzliche Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag und dem Klimaschutzpaket verstärkt, sodass die Vorleistungen trotz des hohen Zuwachses im Jahr 2020 von 11,4 Prozent auch im Jahr 2021 wachsen, wenn auch mit knapp einem Prozent nur geringfügig. Im nächsten Jahr dürften dann einige Maßnahmen wegfallen, sodass die Vorleistungen leicht sinken. Die *sozialen Sachleistungen* sind im Jahr 2020 mit 3,8 Prozent in deutlich geringerem Maße gewachsen, weil beispielsweise viele gesundheitliche Dienstleistungen verschoben oder ganz ausgesetzt wurden. Der aufgestaute Bedarf sowie die Ausgaben im Bereich der Impfstoffbeschaffung dürften sich in diesem und nächstem Jahr in kräftigeren Zuwachsraten von rund sieben beziehungsweise gut fünf Prozent niederschlagen.

Die *Arbeitnehmerentgelte* im öffentlichen Dienst sind im Jahr 2020 aufgrund der bestehenden Tarifabschlüsse sowie dem kräftigen Beschäftigungsaufbau mit 4,4 Prozent noch recht stark gewachsen. Allerdings werden die Lohnsteigerungen bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in diesem und im nächsten Jahr auch wegen der knapperen Kassenlage mit etwa zweieinhalb beziehungsweise gut zwei Prozent verhaltener ausfallen.

Die *monetären Sozialleistungen* haben im Jahr 2020 dynamisch um 8,7 Prozent zugelegt. Insbesondere die höheren Auszahlungen für Kurzarbeitergeld und die verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld sowie der im Konjunkturprogramm beschlossene Kinderbonus haben dazu beigetragen. In diesem Jahr sorgt im ersten Halbjahr die dauerhafte Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2021 um 15 Euro sowie die Einführung der Grundrente für eine Steigerung der Auszahlungen. Hinzu kommt auch ein einmaliger Kinderbonus in Höhe von 150 Euro pro kindergeldberechtigtem Kind, der im Rahmen des dritten Corona-Steuerhilfegesetzes beschlossen wurde und insgesamt zu Mehrausgaben von 2,1 Milliarden Euro führt.² Allerdings werden die besseren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt im zweiten Halbjahr zu deutlich geringeren Transferzahlungen führen. Auch die Rentenanpassungen werden im Zuge der aktuell schwachen Lohndynamik wohl deutlich geringer ausfallen, sodass die monetären Sozialleistungen insgesamt um zweieinhalb Prozent zunehmen. Im Jahr 2022 dürften sie dann auch

Tabelle 5

Finanzpolitische Corona-Maßnahmen

Be- (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts gegenüber Vorjahr in Milliarden Euro

Finanzpolitische Maßnahmen	2021	2022
Bund		
Staatliche Beschaffung von Schutzprodukten inkl. Impfstoff	0,5	
Krankenhausfinanzierungsgesetz	11,5	
Impfstoffforschung, Nationales Forschungsnetzwerk Corona	–0,3	
Solidaritätsfonds: Zuschuss an Soloselbstständige und Kleinbetriebe	13,7	
Sozialschutzpaket	5	6
Entschädigung für Verdienstausschlag bei Kita- und Schulschließung	3,2	
Konjunkturprogramm (ohne Überbrückungshilfen)	–16	29
Überbrückungshilfen III	–5	9
November- und Dezemberhilfen	–15	15
Home Schooling	–0,25	0,5
Lohnfortzahlung für Eltern wg. Privater Kinderbetreuung	1	3
Drittes Corona-Steuerhilfegesetz inkl. Kinderbonus	–4,2	1,3
Neustart Kultur	–1,2	1,2
Härtefallfonds	–1	1
Länder		
Globale Mehrausgaben (u.a. Zuschüsse, Gesundheitsausgaben)	0	10
Corona-Pflegebonus	0,4	0
Härtefallfonds	–1	1
Sozialversicherungen		
Ausweitung Kurzarbeitergeld	4	10,5
Krankenhausentlastungsgesetz	1,5	0
Verlängerung Anspruchsdauer Arbeitslosengeld	0,6	0,4
Sozialschutzpaket	–1,3	2,8

Quellen: Finanzministerien der Länder; Bundesfinanzministerium; Bundesgesundheitsministerium; DIW Frühjahrsgrundlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

aufgrund des Wegfalls des temporären Kinderbonus mit knapp einem Prozent nur leicht zunehmen.

Der größte Anstieg zeigte sich im Jahr 2020 bei den *Subventionen*, denn hier fließen nicht nur zusätzliche Ausgaben des im vergangenen Jahr beschlossenen Klimaschutzpakets, sondern auch mehrere Tranchen der wirtschaftlichen Soforthilfen (November-, Dezember-, und Überbrückungshilfen) in Höhe von zusammengekommen etwa 18 Milliarden Euro. Die Dynamik in diesem Jahr hängt im Wesentlichen davon ab, in welchem Maße die Überbrückungshilfen III abgerufen werden, also vom Fortgang der Pandemie. Annahmegemäß und nach bisherigem Stand wird davon ausgegangen, dass Soforthilfegelder im Umfang von 20 Milliarden Euro abfließen. Darüber hinaus setzt der Bund mit rund elf Milliarden die EEG-Umlage für Unternehmen im Jahr 2021 aus, so dass die Subventionen sogar trotz des Rekordanstiegs nochmals leicht um knapp zwei Prozent zunehmen werden. Im Jahr 2022 dürften die Subventionen dann infolge des Auslaufens der Maßnahmen deutlich, um mehr als 40 Prozent, sinken.

² Siehe auch DIW (2021): Anhörung im Bundestag zum Dritten Corona-Steuerhilfegesetz.

Tabelle 6

Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren¹

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer- quote¹	Staatsschulden- quote nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	2,3	-0,9	11,2	80
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	2,2	0,0	10,1	81
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	2,2	0,0	8,0	79
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	7,1	76
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	2,1	1,0	6,0	72
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	2,2	1,2	5,1	69
2017	45,6	23,5	16,9	44,2	1,0	2,2	1,4	4,4	65
2018	46,3	23,9	17,1	44,5	0,9	2,3	1,8	3,9	62
2019	46,7	24,0	17,3	45,2	0,8	2,5	1,5	3,3	60
2020	46,9	23,2	18,2	51,1	0,7	2,8	-4,2	2,8	69
2021	46,2	22,9	18,0	50,7	0,6	2,8	-4,5	2,5	71
2022	46,1	23,0	17,9	48,0	0,5	2,8	-1,9	2,2	69
2022/2020	46,4	23,0	18,1	49,9	0,6	2,8	-3,5	2,5	70

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Auch die *geleisteten Vermögenstransfers* haben sich infolge des Konjunkturprogramms im Jahr 2020 mit 10,7 Prozent dynamisch entwickelt. Der Großteil der im Zukunftspaket des Konjunkturprogramms beschlossenen Investitionszuschüsse dürfte aber in diesem und im nächsten Jahr mit zehn beziehungsweise fünf Milliarden Euro (vier beziehungsweise zwei Milliarden Euro mehr als im Jahr 2020) abgerufen werden. Einige dieser investiven Maßnahmen zur Verbesserung der Digitalisierung und des Klimaschutzes sind auch Bestandteil des deutschen Aufbau- und Resilienzplans, der allerdings wohl erst im Laufe des zweiten Quartals von der EU-Kommission genehmigt werden wird. Insgesamt entwickeln sich die Vermögenstransfers in diesem Jahr mit 14 Prozent deshalb sehr dynamisch, ehe sie im Jahr 2022 technisch bedingt wohl wieder zurückgehen.

Die staatlichen Bruttoinvestitionen sind im Jahr 2020 mit leichten Abschlüssen der recht dynamischen Entwicklung der vergangenen Jahre gefolgt. Ursachen für die stabile Entwicklung der öffentlichen Investitionen waren einerseits das Vorziehen von Ausrüstungsinvestitionen, die um 13,7 Prozent gestiegen sind, sowie die Ausgleichszahlungen des Bundes für coronabedingte Defizite bei den Gemeinden, die wohl auch dadurch an ihren Plänen festhalten konnten und ihre Investitionstätigkeit sogar um siebeneinhalb Prozent ausgebaut haben. Auch in diesem Jahr dürfte die öffentliche Investitionstätigkeit nicht zuletzt durch die im Rahmen des Zukunftspakets des Konjunkturprogramms beschlossenen Maßnahmen weiterhin recht hoch sein. So sind weitere Bruttoinvestitionen, beispielsweise für den Ausbau von Ganztageschulen und Kitas und der digitalen Infrastruktur, geplant. Außerdem werden wohl auch die Maßnahmen

zur Schaffung finanzieller Spielräume für Gemeinden, beispielsweise ein jährlicher Zuschuss in Höhe von einer halben Milliarde Euro zur Förderung strukturschwacher ostdeutscher Regionen, die öffentliche Investitionstätigkeit erhöhen. In Summe dürften die gesamtstaatlichen Investitionen in diesem Jahr um rund sechs Prozent steigen. Im Jahr 2022 dürfte die Dynamik auch durch den Gegeneffekt vorgezogener Investitionen etwas abflachen. Die Investitionsdynamik hängt dann allerdings auch wesentlich vom Ausgang der Bundestagswahl ab und vom Willen der neuen Bundesregierung, den derzeit vorgezeichneten Modernisierungs- und Transformationspfad weiter zu verfolgen oder gar auszubauen. Ein Zurückfahren der Investitionen, beispielsweise aufgrund von Spar- und Konsolidierungszwängen, dürfte nicht nur zusätzliches Potenzialwachstum kosten, sondern auch die Entschuldung erschweren. Der Bedarf insbesondere in den Bereichen Bildung, Erziehung, Klimaschutz und Digitalisierung, das zeigt nicht zuletzt die Corona-Pandemie, ist mit rund 220 Milliarden Euro bis 2030 recht hoch und die Finanzierungskosten sind weiterhin negativ, sodass sich öffentliche Investitionen mehrfach rentieren und einen positiven Beitrag bei der mittelfristigen Rückführung der öffentlichen Verschuldung liefern.³

Insgesamt dürften die Ausgaben trotz des bereits hohen Niveaus in diesem Jahr nochmals um dreieinhalb Prozent zunehmen und damit zu einem gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit von rund 158 Milliarden Euro führen. Auch im nächsten Jahr wird wohl noch mit einem deutlichen

³ Heike Belitz et al. (2020): Öffentliche Investitionen als Triebkraft privatwirtschaftlicher Investitionstätigkeit. DIW Politikberatung kompakt Nr. 158 (online verfügbar).

Tabelle 7

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte ArbeitnehmerInnen (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde		
	in Millionen	in Millionen	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2015 = 100
2015	43 122	38 717	1 401	3 026	70 177	50	3 026	100
2020	44 782	40 784	1 332	3 074	68 644	52	3 332	108
2025	44 996	41 316	1 359	3 383	75 193	55	3 976	118
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent ¹								
2020/2015	0,8	1,0	-1,0	0,3	-0,4	0,6	1,9	1,6
2025/2020	0	1/4	1/2	2	13/4	11/2	3 1/2	13/4

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Defizit in Höhe von knapp 70 Milliarden Euro zu rechnen sein. Bereinigt man den Finanzierungssaldo um Konjunktur- und Einmaleffekte, lag das strukturelle Finanzierungsdefizit im Jahr 2020 bei 57 Milliarden Euro beziehungsweise 1,6 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Im nächsten und übernächsten Jahr dürfte das strukturelle Defizit gut 100 beziehungsweise 60 Milliarden Euro oder drei beziehungsweise eineinhalb Prozent betragen. Der Bruttoschuldenstand des Gesamtstaates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte, bei zusätzlichen Krediten und Beteiligungen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds in Höhe von rund 50 Milliarden Euro, im Jahr 2020 bei knapp 69 Prozent gelegen haben. In diesem Jahr dürfte er unter Annahme zusätzlicher Kredite und Beteiligungen in Höhe von 20 Milliarden Euro auf 71 Prozent steigen, ehe er im Jahr 2022 wieder unter 70 Prozent sinkt.

Mittelfristprojektion: Konsum stabil bei kräftigen Importen

Im Jahr 2023 erholt sich die deutsche Wirtschaft noch von den Nachwehen der Corona-Krise und schließt mit einem relativ kräftigen Plus die bis dahin noch bestehende, leichte Unterauslastung. Insbesondere der Konsum steigt spürbar. Die Erwerbstätigkeit legt ebenfalls noch etwas zu, die Produktivität je Beschäftigten liegt auf dem mittelfristigen Trend von gut einem Prozent. Über den gesamten Fünf-Jahres-Zeitraum von 2020 bis 2025 betrachtet liegt die Produktivität höher (Tabelle 7), weil in diesem und im kommenden Jahr die Rücknahme der Kurzarbeit den Wert (wie auch bei der Arbeitszeit) nach oben verzerrt.

Die Jahre bis 2025 sind geprägt von der demografisch bedingten Verlangsamung bei der Wirtschaftsleistung (Kasten 4). Der Konsum je Einwohnerin beziehungsweise Einwohner hält – bei kräftigen Importen – sein Tempo von durchschnittlich gut einem Prozent bei. Die Exporte entwickeln sich im Zuge einer leicht entschleunigenden Weltkonjunktur – deren Zuwachsraten dürften annahmegemäß etwa drei Prozent

betragen – ebenfalls robust, der Handelsbilanzsaldo schmilzt aber graduell – bis auf gut fünf Prozent zum Ende des Projektionszeitraums. In diesem Umfeld bleiben die Unternehmensinvestitionen aufwärtsgerichtet; zusammen mit den Sonstigen Investitionen, die unter anderem Forschung und Entwicklung beinhalten und an Bedeutung gewinnen, halten die Ausrüstungsinvestitionen in etwa den Anteil an der Wirtschaftsleistung, den sie vor der Krise erreicht hatten (Tabelle 8). Der Aufwärtstrend am Bau hält an, verliert aber merklich an Fahrt. Alles in allem schwenkt die deutsche Wirtschaft auf einen gemächlicheren Wachstumspfad ein – im Jahr 2025 wächst das Bruttoinlandsprodukt nur noch mit der Potentialrate von 0,7 Prozent.

Tabelle 8

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
In Milliarden Euro					
2015	3026	1603	596	597	230
2020	3332	1709	751	678	194
2025	3976	2054	889	817	216
Anteile am BIP in Prozent¹					
2015	100	53,0	19,7	19,7	7,6
2020	100	51,3	22,5	20,4	5,8
2025	100	52	22 1/4	20 1/2	5
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent¹					
2020/2015	1,9	1,3	4,7	2,6	-
2025/2020	3 1/2	3 3/4	3 1/2	3 3/4	-

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW Frühjahrsgroßlinien 2021.

© DIW Berlin 2021

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Paul Berenberg-Gossler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | pberenberggossler@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 11/2021:

www.diw.de/diw_weekly





INTERVIEW

„Stop-and-Go der deutschen Wirtschaft bis in den Sommer hinein“

Claus Michelsen, Leiter der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin

1. **Herr Michelsen, auch wenn die Corona-Maßnahmen in den meisten Bundesländern gelockert wurden, ist das Leben in Deutschland noch immer massiven Einschränkungen unterworfen. Welche Auswirkungen hat das auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft?** Die deutsche Wirtschaft ist nach wie vor durch die Pandemieentwicklung gekennzeichnet. Das trifft vor allem Dienstleistungsbereiche teilweise sehr hart, die einerseits ihren Geschäftsbetrieb einstellen mussten, um die Infektionen zu reduzieren, andererseits damit konfrontiert sind, dass die VerbraucherInnen weniger nachfragen. Die Industrie hingegen kommt bislang ganz gut durch den Winter und wird kräftig zum Aufholprozess und zur Erholung beitragen.
2. **Kommen die Lockerungen zu früh oder sind sie notwendig, um die deutsche Wirtschaft am Leben zu halten?** Wir haben Inzidenzwerte, die deutlich über denen des vergangenen Frühjahrs liegen. Insofern verwundert es, dass jetzt schon weitreichende Lockerungen beschlossen wurden. Das hat natürlich Konsequenzen auch für die Wirtschaft, denn einerseits können jetzt mehr Geschäfte öffnen und Dienstleistungen erbracht werden, andererseits sind die Lockerungen auch an den Infektionsverlauf geknüpft. Das heißt, wenn die Werte wieder steigen, dann müssen die Geschäfte auch wieder schließen. Deshalb erwarten wir bis in den Sommer hinein ein Stop-and-Go. Das nimmt Sicherheit über die Planbarkeit der Geschäfte und ist auch für die Wirtschaft nicht besonders gut. Insofern hätte man sich auch vorstellen können, die Inzidenzen zunächst weiter runterzudrücken, um eine dritte Infektionswelle zu vermeiden.
3. **Inwieweit ist es unter den aktuellen Bedingungen überhaupt möglich, eine Konjunkturprognose zu erstellen?** Die Konjunkturprognose ist in solchen Zeiten schon eine größere Herausforderung als sonst, denn wir haben neben den allgemeinen Modellrisiken ganz erhebliche externe Einflüsse. Das Pandemiegeschehen ist ein solcher, die Politik, die immer wieder Entscheidungen trifft und sie wieder

revidiert, ein weiterer. Das führt letztlich dazu, dass man die Prognosen oft verändern oder revidieren muss.

4. **Wie groß ist die Gefahr einer Insolvenzelle?** Normalerweise würde man erwarten, dass in einer solchen Krise auch die Zahl der Unternehmen, die Insolvenz anmelden müssen, stark steigt. Das ist momentan anders, denn die Meldepflicht für Insolvenzen ist ausgesetzt und der Staat reicht umfangreiche Hilfen aus. Wir sehen daher die paradoxe Situation, dass im Krisenjahr 2020 sehr viel weniger Unternehmen Insolvenz angemeldet haben, als man das üblicherweise beobachtet. Allerdings werden viele Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb jetzt noch aufrechterhalten, möglicherweise im Sommer, wenn die Insolvenzmeldepflicht wieder gilt, feststellen, dass auch sie diesen Antrag stellen müssen. Das heißt, wir werden uns auf steigende Insolvenzzahlen einstellen müssen.
5. **Was kann die Bundesregierung noch tun, um die Konjunktur zu stützen?** Das Konjunkturpaket aus dem vergangenen Jahr hat in Deutschland einen erheblichen Impuls gegeben, der allerdings bei weitem nicht so groß ist wie der Impuls in den USA. Die USA, aber auch Japan oder andere Volkswirtschaften nutzen die aktuelle Situation, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zu stärken. Sie investieren kräftig in öffentliche Infrastruktur und Dekarbonisierung. Das würden wir auch der Bundesregierung empfehlen. Jetzt ist eine günstige Zeit, öffentliche Investitionen anzuschieben, denn wir wissen, dass sie große Multiplikatoreffekte mit sich bringen. Jeder eingesetzte Euro in öffentliche Infrastruktur bringt eine hohe gesamtwirtschaftliche Rendite mit sich.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2020

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 013,9	2 023,0	359,9	631,0	–
4	– Abschreibungen	657,8	382,4	81,9	193,5	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 356,1	1 640,6	278,0	437,5	–194,0
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 839,4	1 318,1	283,4	237,8	13,4
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,6	16,7	0,3	9,6	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	66,2	44,3	0,1	21,7	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	556,4	350,2	–5,6	211,9	–207,3
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 841,4	–	–	1 841,4	11,4
11	– Geleistete Subventionen	69,8	–	69,8	–	5,0
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	346,5	–	346,5	–	7,1
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	614,3	574,0	21,8	18,5	187,4
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	709,2	338,1	19,1	352,0	92,4
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 769,4	114,3	268,3	2 386,8	–288,9
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	417,5	75,4	–	342,1	9,9
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	426,9	–	426,9	–	0,5
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	742,8	–	–	742,8	3,8
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	743,8	135,0	607,9	0,9	2,8
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	662,1	68,2	593,1	0,9	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	654,5	–	–	654,5	8,3
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	359,4	189,9	83,0	86,6	59,3
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	308,5	171,4	23,8	113,3	110,3
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 721,1	87,3	650,8	1 983,0	–240,6
25	– Konsumausgaben	2 460,1	–	750,8	1 709,3	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
27	= Sparen	261,0	29,9	–100,0	331,1	–240,6
28	– Geleistete Vermögenstransfers	77,5	18,0	45,4	14,1	4,0
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	66,3	28,3	15,2	22,9	15,1
30	– Bruttoinvestitionen	678,1	362,5	92,5	223,1	–
31	+ Abschreibungen	657,8	382,4	81,9	193,5	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	0,5	–1,2	0,7	–0,0
33	= Finanzierungssaldo	229,4	59,6	–139,6	309,5	–229,4
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 721,1	87,3	650,8	1 983,0	–240,6
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	474,7	–	474,7	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	474,7	–	–	474,7	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 721,1	87,3	176,1	2 457,7	–240,6
38	– Konsum ³	2 460,1	–	276,2	2 184,0	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
40	= Sparen	261,0	29,9	–100,0	331,1	–240,6

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2021
Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 147,7	2 133,4	370,5	643,8	–
4	– Abschreibungen	669,6	385,6	85,6	198,4	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 478,0	1 747,7	285,0	445,3	–248,0
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 902,3	1 365,0	290,5	246,7	13,7
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	26,9	16,9	0,3	9,7	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	56,2	39,3	0,1	16,7	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	605,1	405,2	–5,8	205,7	–261,7
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 904,5	–	–	1 904,5	11,4
11	– Geleistete Subventionen	71,0	–	71,0	–	5,0
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	370,5	–	370,5	–	7,3
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	608,9	570,8	19,7	18,4	192,7
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	707,3	335,8	15,2	356,2	94,4
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 907,5	170,2	289,2	2 448,1	–346,4
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	413,2	83,5	–	329,7	12,8
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	425,5	–	425,5	–	0,5
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	763,1	–	–	763,1	3,2
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	763,8	136,5	626,3	0,9	2,5
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	678,7	69,0	608,8	0,9	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	671,0	–	–	671,0	8,3
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	362,8	189,4	87,3	86,1	51,4
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	299,5	175,6	24,3	99,6	114,7
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 849,5	140,5	669,3	2 039,7	–288,5
25	– Konsumausgaben	2 524,0	–	779,3	1 744,8	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,3	–	57,3	–
27	= Sparen	325,5	83,2	–110,0	352,3	–288,5
28	– Geleistete Vermögenstransfers	84,4	18,0	51,7	14,7	4,0
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	72,5	33,4	15,0	24,0	16,0
30	– Bruttoinvestitionen	706,7	381,0	98,0	227,7	–
31	+ Abschreibungen	669,6	385,6	85,6	198,4	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	0,5	–1,2	0,7	–0,0
33	= Finanzierungssaldo	276,5	102,7	–157,8	331,6	–276,5
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 849,5	140,5	669,3	2 039,7	–288,5
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	507,4	–	507,4	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	507,4	–	–	507,4	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 849,5	140,5	161,9	2 547,1	–288,5
38	– Konsum ³	2 524,0	–	271,9	2 252,1	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,3	–	57,3	–
40	= Sparen	325,5	83,2	–110,0	352,3	–288,5

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2021

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2022

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 303,5	2 242,4	380,5	680,6	–
4	– Abschreibungen	685,9	398,6	82,3	205,0	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 617,6	1 843,8	298,2	475,6	–221,7
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 001,4	1 443,9	297,3	260,2	14,3
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	27,1	17,0	0,3	9,8	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	33,7	31,8	0,1	1,7	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	622,8	414,7	0,7	207,4	–236,0
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 003,9	–	–	2 003,9	11,9
11	– Geleistete Subventionen	40,3	–	40,3	–	5,0
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	393,3	–	393,3	–	7,6
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	631,6	594,5	18,7	18,4	209,4
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	735,2	353,3	17,6	364,3	105,7
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 083,4	173,6	352,6	2 557,2	–325,2
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	438,2	89,6	–	348,6	13,2
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	450,9	–	450,9	–	0,5
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	797,2	–	–	797,2	3,3
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	797,9	140,3	656,7	0,9	2,6
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	684,1	69,8	613,4	0,9	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	676,2	–	–	676,2	8,6
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	370,2	194,1	88,2	87,8	46,0
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	296,9	182,7	24,7	89,5	119,2
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 015,6	143,0	783,3	2 089,3	–257,5
25	– Konsumausgaben	2 684,2	–	801,5	1 882,7	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,3	–	57,3	–
27	= Sparen	331,4	85,7	–18,2	263,8	–257,5
28	– Geleistete Vermögenstransfers	81,4	18,1	48,3	15,1	4,1
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	69,1	28,5	15,4	25,2	16,4
30	– Bruttoinvestitionen	759,8	411,1	102,4	246,3	–
31	+ Abschreibungen	685,9	398,6	82,3	205,0	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	0,5	–1,2	0,7	–0,0
33	= Finanzierungssaldo	245,1	83,0	–69,9	232,0	–245,1
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 015,6	143,0	783,3	2 089,3	–257,5
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	534,0	–	534,0	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	534,0	–	–	534,0	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 015,6	143,0	249,3	2 623,3	–257,5
38	– Konsum ³	2 684,2	–	267,5	2 416,7	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,3	–	57,3	–
40	= Sparen	331,4	85,7	–18,2	263,8	–257,5

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2020		2021		2022	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	-1,1	-0,1	0,8	-0,5	-1,6	-0,8	0,6	0,9	0,7
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-5,2	1,0	1,9	-5,3	-5,1	0,6	1,3	2,0	1,9
Arbeitstage	1,5	0,1	-0,1	0,5	2,4	0,0	0,2	0,8	-1,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-4,7	0,9	2,6	-5,2	-4,3	-0,3	2,2	3,7	1,5
Produktivität¹	-0,2	2,1	1,2	-1,4	1,0	3,2	0,9	1,5	0,8
Reales Bruttoinlandsprodukt	-4,9	3,0	3,8	-6,5	-3,3	2,9	3,1	5,3	2,4
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 460,1	2 524,0	2 684,2	1 197,4	1 262,8	1 212,0	1 312,0	1 307,7	1 376,5
Private Haushalte²	1 709,3	1 744,8	1 882,7	833,9	875,4	833,4	911,3	916,8	966,0
Staat	750,8	779,3	801,5	363,5	387,3	378,6	400,7	390,9	410,6
Anlageinvestitionen	735,5	762,3	816,7	353,1	382,4	356,7	405,6	390,6	426,1
Ausrüstungen	213,9	226,3	244,5	98,0	115,9	104,4	122,0	115,2	129,3
Bauten	387,0	394,3	423,7	191,6	195,4	185,1	209,2	205,0	218,8
Sonstige Anlageinvestitionen	134,6	141,7	148,5	63,6	71,0	67,2	74,5	70,4	78,0
Vorratsveränderung³	-57,4	-55,6	-56,9	-14,6	-42,7	-23,0	-32,6	-25,2	-31,7
Inländische Verwendung	3 138,3	3 230,7	3 444,0	1 535,9	1 602,4	1 545,7	1 685,0	1 673,0	1 771,0
Außenbeitrag	194,0	248,0	221,7	84,0	109,9	136,3	111,8	122,1	99,6
Exporte	1 460,1	1 614,0	1 738,0	703,4	756,7	784,9	829,2	859,0	879,0
Importe	1 266,1	1 366,0	1 516,4	619,4	646,8	648,6	717,4	736,9	779,4
Bruttoinlandsprodukt	3 332,2	3 478,8	3 665,7	1 619,9	1 712,3	1 682,0	1 796,8	1 795,1	1 870,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	-2,0	2,6	6,3	-2,3	-1,8	1,2	3,9	7,9	4,9
Private Haushalte²	-5,4	2,1	7,9	-5,7	-5,1	-0,1	4,1	10,0	6,0
Staat	6,6	3,8	2,8	6,8	6,4	4,2	3,4	3,2	2,5
Anlageinvestitionen	-1,7	3,6	7,1	-2,0	-1,4	1,0	6,1	9,5	5,1
Ausrüstungen	-10,9	5,8	8,0	-15,5	-6,7	6,6	5,2	10,3	6,0
Bauten	3,6	1,9	7,5	5,9	1,4	-3,4	7,0	10,7	4,6
Sonstige Anlageinvestitionen	0,4	5,2	4,8	0,2	0,5	5,7	4,8	4,8	4,8
Inländische Verwendung	-3,4	2,9	6,6	-3,3	-3,5	0,6	5,2	8,2	5,1
Exporte	-9,7	10,5	7,7	-12,7	-6,8	11,6	9,6	9,5	6,0
Importe	-10,7	7,9	11,0	-11,8	-9,6	4,7	10,9	13,6	8,6
Bruttoinlandsprodukt	-3,4	4,4	5,4	-4,3	-2,5	3,8	4,9	6,7	4,1
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2 292,1	2 306,4	2 419,9	1 120,1	1 172,1	1 116,3	1 190,1	1 188,3	1 231,6
Private Haushalte²	1 614,7	1 616,6	1 720,9	785,7	829,0	775,1	841,5	841,7	879,2
Staat	676,5	688,5	698,7	333,8	342,7	340,2	348,2	346,3	352,5
Anlageinvestitionen	662,7	674,8	710,1	317,4	345,3	317,0	357,8	340,8	369,3
Ausrüstungen	204,9	214,6	230,3	94,0	110,9	99,0	115,6	108,4	121,8
Bauten	330,7	329,4	345,1	162,6	168,1	155,6	173,8	167,9	177,2
Sonstige Anlageinvestitionen	124,9	129,4	133,5	59,3	65,6	61,7	67,7	63,6	69,9
Inländische Verwendung	2 919,9	2 947,9	3 097,0	1 432,8	1 487,2	1 420,6	1 527,3	1 515,7	1 581,3
Exporte	1 426,3	1 553,9	1 635,1	686,3	740,0	761,3	792,6	812,2	822,9
Importe	1 274,3	1 334,0	1 447,6	623,2	651,1	639,5	694,6	705,8	741,8
Bruttoinlandsprodukt	3 074,0	3 167,4	3 287,2	1 497,2	1 576,6	1 541,3	1 626,1	1 622,6	1 664,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	-3,5	0,6	4,9	-4,2	-2,8	-0,3	1,5	6,4	3,5
Private Haushalte²	-6,1	0,1	6,5	-7,1	-5,0	-1,3	1,5	8,6	4,5
Staat	3,3	1,8	1,5	3,5	3,1	1,9	1,6	1,8	1,2
Anlageinvestitionen	-3,1	1,8	5,2	-4,2	-2,2	-0,1	3,6	7,5	3,2
Ausrüstungen	-12,1	4,7	7,3	-16,7	-7,9	5,3	4,3	9,5	5,4
Bauten	1,9	-0,4	4,8	2,8	1,0	-4,3	3,4	7,9	2,0
Sonstige Anlageinvestitionen	-1,1	3,6	3,2	-1,2	-0,9	4,0	3,2	3,2	3,3
Inländische Verwendung	-4,2	1,0	5,1	-4,7	-3,8	-0,8	2,7	6,7	3,5
Exporte	-9,4	8,9	5,2	-12,7	-6,0	10,9	7,1	6,7	3,8
Importe	-8,5	4,7	8,5	-9,4	-7,5	2,6	6,7	10,4	6,8
Bruttoinlandsprodukt	-4,9	3,0	3,8	-6,5	-3,3	2,9	3,1	5,3	2,4

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2020		2021		2022	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	0,7	2,0	1,4	1,5	0,0	1,3	2,6	1,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	3,2	2,0	1,3	3,2	3,2	2,2	1,8	1,4	1,2
Anlageinvestitionen	1,5	1,8	1,8	2,2	0,9	1,1	2,4	1,9	1,8
Ausrüstungen	1,3	1,0	0,7	1,4	1,2	1,2	0,9	0,7	0,6
Bauten	1,7	2,3	2,6	3,0	0,4	1,0	3,5	2,6	2,6
Exporte	-0,4	1,5	2,3	0,0	-0,8	0,6	2,3	2,6	2,1
Importe	-2,4	3,0	2,3	-2,6	-2,3	2,1	4,0	2,9	1,7
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,3	1,5	2,4	0,8	0,9	1,7	1,4	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 386,8	2 448,1	2 557,2	1 184,7	1 202,0	1 229,0	1 219,0	1 268,5	1 288,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	331,9	337,5	350,5	161,7	170,3	164,7	172,9	170,6	179,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 509,4	1 567,0	1 653,4	720,6	788,8	738,0	829,0	783,9	869,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	545,4	543,5	553,3	302,4	243,0	326,4	217,2	314,1	239,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	382,6	459,4	526,2	146,4	236,2	160,5	298,9	228,9	297,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 769,4	2 907,5	3 083,4	1 331,1	1 438,3	1 389,5	1 518,0	1 497,4	1 585,9
Abschreibungen	657,8	669,6	685,9	329,1	328,6	333,5	336,1	341,6	344,3
Bruttonationaleinkommen	3 427,1	3 577,1	3 769,2	1 660,3	1 766,9	1 723,1	1 854,1	1 839,0	1 930,2
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 492,7	2 608,0	2 730,3	1 196,9	1 295,8	1 250,1	1 357,9	1 321,5	1 408,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	651,3	703,4	726,5	314,6	336,7	347,4	356,0	367,0	359,5
Arbeitnehmerentgelt	1 841,4	1 904,5	2 003,9	882,3	959,1	902,7	1 001,9	954,5	1 049,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	-1,6	2,6	4,5	-1,2	-1,9	3,7	1,4	3,2	5,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,4	1,7	3,8	2,9	1,9	1,9	1,5	3,6	4,1
Bruttolöhne und -gehälter	-0,8	3,8	5,5	-0,9	-0,7	2,4	5,1	6,2	4,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	-5,7	-0,3	1,8	-3,8	-7,9	7,9	-10,6	-3,8	10,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-20,1	20,1	14,5	-31,5	-10,9	9,6	26,5	42,6	-0,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	-4,6	5,0	6,0	-5,7	-3,5	4,4	5,5	7,8	4,5
Abschreibungen	2,8	1,8	2,4	3,6	2,0	1,3	2,3	2,4	2,4
Bruttonationaleinkommen	-3,3	4,4	5,4	-4,0	-2,5	3,8	4,9	6,7	4,1
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	-2,8	4,6	4,7	-3,7	-1,9	4,4	4,8	5,7	3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-9,3	8,0	3,3	-12,4	-6,2	10,4	5,7	5,6	1,0
Arbeitnehmerentgelt	-0,2	3,4	5,2	-0,2	-0,3	2,3	4,5	5,7	4,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1 530,2	1 586,4	1 628,0	733,5	796,6	762,4	824,0	777,5	850,6
Nettolöhne- und -gehälter	1 017,2	1 062,5	1 102,9	480,0	537,2	494,5	568,0	516,4	586,5
Monetäre Sozialleistungen	654,5	671,0	676,2	322,8	331,6	340,1	330,8	335,2	341,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	141,5	147,1	151,1	69,3	72,2	72,2	74,9	74,2	76,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	545,4	543,5	553,3	302,4	243,0	326,4	217,2	314,1	239,3
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-92,5	-90,2	-92,1	-46,5	-46,0	-45,0	-45,2	-46,0	-46,1
Verfügbares Einkommen	1 983,0	2 039,7	2 089,3	989,5	993,6	1 043,7	996,0	1 045,5	1 043,8
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,4	57,3	57,3	27,9	29,4	27,9	29,4	27,9	29,4
Konsumausgaben	1 709,3	1 744,8	1 882,7	833,9	875,4	833,4	911,3	916,8	966,0
Sparen	331,1	352,3	263,8	183,5	147,6	238,2	114,1	156,6	107,2
Sparquote in Prozent ⁷	16,2	16,8	12,3	18,0	14,4	22,2	11,1	14,6	10,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	2,6	3,7	2,6	2,3	2,9	3,9	3,4	2,0	3,2
Nettolöhne- und -gehälter	-0,3	4,5	3,8	-0,6	-0,1	3,0	5,7	4,4	3,3
Monetäre Sozialleistungen	8,0	2,5	0,8	7,2	8,6	5,4	-0,2	-1,4	3,1
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	4,5	4,0	2,7	3,7	5,3	4,3	3,7	2,7	2,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	-5,7	-0,3	1,8	-3,8	-7,9	7,9	-10,6	-3,8	10,2
Verfügbares Einkommen	0,7	2,9	2,4	0,9	0,5	5,5	0,2	0,2	4,8
Konsumausgaben	-5,4	2,1	7,9	-5,7	-5,1	-0,1	4,1	10,0	6,0
Sparen	50,3	6,4	-25,1	48,0	53,3	29,8	-22,7	-34,2	-6,1

VGR-TABELLEN

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2021 und 2022

	2020	2021	2022	2020		2021		2022	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Milliarden Euro									
Einnahmen									
Steuern	773,4	796,0	844,3	388,0	385,4	396,9	399,1	419,7	424,6
direkte Steuern	426,9	425,5	450,9	214,2	212,7	211,2	214,4	223,8	227,1
indirekte Steuern	346,5	370,5	393,3	173,8	172,7	185,7	184,8	195,8	197,5
Nettosozialbeiträge	607,9	626,3	656,7	295,1	312,7	301,0	325,3	316,5	340,2
Vermögenseinkommen	19,1	15,2	17,6	11,5	7,5	7,8	7,4	10,2	7,3
Laufende Übertragungen	23,8	24,3	24,7	11,2	12,6	11,4	12,8	11,7	13,1
Vermögenstransfers	15,2	15,0	15,4	7,0	8,2	6,8	8,2	7,0	8,4
Verkäufe	123,5	128,5	132,5	58,0	65,5	60,3	68,2	62,3	70,2
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1563,0	1605,5	1691,3	770,9	792,0	784,3	821,1	827,5	863,8
Ausgaben									
Vorleistungen	202,6	204,0	202,8	97,1	105,5	96,5	107,6	94,1	108,7
Arbeitnehmerentgelte	283,4	290,5	297,3	136,2	147,2	140,0	150,5	143,3	154,0
Soziale Sachleistungen	311,8	333,2	350,7	150,2	161,6	162,8	170,5	174,5	176,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,8	19,7	18,7	11,6	10,2	10,2	9,5	9,7	9,0
Subventionen	69,8	71,0	40,3	39,6	30,2	46,3	24,7	19,9	20,4
Monetäre Sozialleistungen	593,1	608,8	613,4	292,2	300,8	309,1	299,7	303,9	309,5
Sonstige laufende Transfers	83,0	87,3	88,2	40,2	42,8	42,4	44,8	42,9	45,4
Bruttoinvestitionen	92,5	98,0	102,4	41,0	51,5	43,4	54,6	45,6	56,8
Vermögenstransfers	45,4	51,7	48,3	17,4	28,0	21,3	30,4	19,5	28,8
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,2	-1,2	-1,2	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	1702,6	1763,3	1761,2	825,3	877,3	871,6	891,7	853,0	908,2
Finanzierungssaldo	-139,6	-157,8	-69,9	-54,3	-85,3	-87,2	-70,6	-25,5	-44,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	-6,5	2,9	6,1	-6,7	-6,3	2,3	3,6	5,7	6,4
direkte Steuern	-6,7	-0,3	6,0	-7,9	-5,4	-1,4	0,8	6,0	6,0
indirekte Steuern	-6,3	6,9	6,2	-5,2	-7,3	6,8	7,0	5,5	6,9
Nettosozialbeiträge	1,7	3,0	4,8	1,8	1,7	2,0	4,0	5,1	4,6
Vermögenseinkommen	-13,1	-20,5	15,7	-12,5	-14,0	-32,5	-2,1	31,6	-1,1
LaufendeÜbertragungen	-5,3	1,9	1,8	-1,0	-8,9	2,0	1,8	1,8	1,8
Vermögenstransfers	10,4	-1,3	2,6	15,8	6,1	-2,7	-0,1	2,7	2,5
Verkäufe	-1,1	4,1	3,1	-1,2	-1,1	4,1	4,1	3,3	3,0
Sonstige Subventionen	-15,1	0,0	0,0	-7,9	-19,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	-3,0	2,7	5,3	-3,0	-2,9	1,7	3,7	5,5	5,2
Ausgaben									
Vorleistungen	11,4	0,7	-0,6	17,0	6,6	-0,7	1,9	-2,5	1,1
Arbeitnehmerentgelte	4,4	2,5	2,3	4,5	4,3	2,8	2,3	2,4	2,3
Soziale Sachleistungen	3,8	6,9	5,2	1,6	5,9	8,4	5,5	7,2	3,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-20,7	-9,5	-5,2	-19,1	-22,3	-11,7	-7,0	-5,4	-5,0
Subventionen	126,6	1,7	-43,2	175,6	83,7	16,8	-18,1	-57,1	-17,3
Monetäre Sozialleistungen	8,7	2,6	0,8	7,9	9,5	5,8	-0,4	-1,7	3,3
Sonstige laufende Transfers ⁹	8,9	4,2	1,0	3,6	5,3	2,2	2,0	0,5	0,5
Bruttoinvestitionen	7,4	5,9	4,5	8,9	6,2	5,8	6,0	5,0	4,1
Vermögenstransfers ⁹	4,4	6,3	-3,4	3,4	1,0	3,9	2,4	-1,8	-1,7
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,0	0,0	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	9,3	3,6	-0,1	10,2	8,4	5,6	1,6	-2,1	1,8

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Frühjahrsgroßgrundlinien 2021.

Insolvenzgeschehen in Deutschland: Corona-Pandemie hinterlässt erste Spuren

Von Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Claus Michelsen und Sandra Pasch

ABSTRACT

Die Corona-Pandemie beeinträchtigt die Geschäfte vieler Unternehmen massiv. Dennoch ist es im vergangenen Jahr nicht zu einem Anstieg an Firmenpleiten gekommen. Im Gegenteil: Die Zahl der Insolvenzen ist über den seit Jahren rückläufigen Trend hinaus gesunken. Die noch bis Ende April geltende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und die Hilfeleistungen für Betriebe verschleiern jedoch das wahre Ausmaß der Probleme im Unternehmenssektor. Dieses wird sich frühestens im Laufe des aktuellen Jahres zeigen. Die Insolvenzen könnten dann erheblich steigen, denn in vielen Unternehmen gehen die Eigenkapitalpuffer zu Neige. Gemessen am Insolvenzgeschehen der vergangenen Jahre ist damit zu rechnen, dass bis zu 4 500 Firmenpleiten „nachgeholt“ werden. Trotz der geringeren Insolvenzfälle im vergangenen Jahr sind in der Statistik bereits erste Spuren der Corona-Pandemie sichtbar: So lag das Volumen der voraussichtlichen Forderungen von GläubigerInnen um fast 21 Milliarden Euro höher als im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019. Die Zahl der betroffenen Beschäftigten überstieg den langjährigen Durchschnitt um fast 60 000 Personen. Das Insolvenzgeschehen hat ökonomisch also bereits deutlich an Bedeutung gewonnen.

Die Corona-Pandemie prägt seit gut einem Jahr das weltweite Wirtschaftsgeschehen. Nach den Lockdowns im Frühjahr des vergangenen Jahres mussten in vielen Ländern in den Wintermonaten erneut weitreichende Kontaktbeschränkungen und Geschäftsschließungen beschlossen werden, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Seit Anfang November des vergangenen Jahres wurden beispielsweise in Deutschland gastronomische Betriebe oder Kunst- und Kultureinrichtungen für den Publikumsverkehr geschlossen. Seit Mitte Dezember ist auch der stationäre Einzelhandel zu. Gerade der Dienstleistungssektor ist durch diese Maßnahmen massiv in seiner Geschäftstätigkeit beeinträchtigt – die Industrie hingegen kommt bislang ohne schwerwiegende Einbußen durch die zweite Welle der Corona-Pandemie.

Die Bundesregierung hat den betroffenen Betrieben weitreichende finanzielle Unterstützung zugesagt, um die Geschäfte vor der Insolvenz zu retten. Im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsgesetzes stellt sie mit Hilfe der Staatsbank KfW den Unternehmen Sonderkredite zur Verfügung und beteiligt sich zudem bei angeschlagenen, größeren Konzernen auch direkt. Hierfür stehen jeweils 100 Milliarden Euro bereit, von denen aktuell insgesamt rund 50 Milliarden Euro in Form von Krediten und etwa acht Milliarden Euro in Form von Beteiligungen vergeben wurden.¹ Zudem setzte der Bund auch ein Bürgschafts- und Garantieprogramm auf, in dessen Rahmen er sich allerdings seither nur mit rund drei Milliarden Euro zusätzlich verbürgt. Beide Maßnahmen richten sich tendenziell eher an größere Unternehmen.

Insbesondere für Klein- und Kleinstunternehmen, die aufgrund ihrer geringeren Krisenpuffer in deutlich höherem Maße von Insolvenzen bedroht sind, stellen Bund und Länder wirtschaftliche Soforthilfen bereit.² Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung hierfür in mehreren Tranchen insgesamt 50 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, zu denen sich zumindest auf dem Papier auch noch die außerplanmäßigen Wirtschaftshilfen im November und Dezember

¹ Siehe auch Statistisches Bundesamt (2021): Dashboard Deutschland.

² Die Überbrückungshilfen III richten sich aber auch an Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu 750 Millionen Euro pro Jahr sowie an alle Unternehmen, die von den Schließungsanordnungen auf Grundlage eines Bund-Länder-Beschlusses betroffen sind, gemeinnützige Unternehmen und Organisationen.

(sogenannte November- und Dezemberhilfen) gesellten, für die rund 30 Milliarden Euro veranschlagt wurden. Insgesamt sind allerdings zum derzeitigen Stand nur 25 Milliarden Euro bewilligt. Ursachen hierfür sind zum einen wohl bürokratische Anlaufschwierigkeiten, wegen derer die November- und Dezemberhilfen des Jahres 2020 erst im Februar 2021 ausgezahlt werden konnten. Zum anderen könnte aber auch die besser als erwartete konjunkturelle Entwicklung dazu geführt haben, dass einige Unternehmen die Hilfen nicht in Anspruch nehmen mussten. Darüber hinaus dürfte das ein oder andere Unternehmen auch die zusätzlichen bürokratischen Kosten abgeschreckt haben.

Trotz der Hilfen dürften die Eigenkapitalpuffer in vielen Unternehmen aufgebraucht sein. So berichtet beispielsweise der Handelsverband (HDE), dass 60 Prozent der Geschäfte vor der Aufgabe stehen.³ Andere Schätzungen gehen von einer insgesamt mittleren vierstelligen Zahl zusätzlicher Unternehmensinsolvenzen im laufenden Jahr aus.⁴ Die Sorge ist groß, dass Deutschland eine Welle an Insolvenzen droht, die die wirtschaftliche Erholung ausbremsen und deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen könnte.

Insolvenzmeldepflicht zwischenzeitlich ausgesetzt oder eingeschränkt

Die Politik hat nicht nur finanzielle Unterstützungen beschlossen. Auch das Insolvenzrecht wurde angepasst: Das Bundeskabinett hat am 27. März 2020 einen Gesetzentwurf zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht als Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen beschlossen. Das Gesetz legt im Bereich des Insolvenzrechts fünf Maßnahmen fest:

Erstens wird die haftungsbewehrte und teilweise auch strafbewehrte dreiwöchige Insolvenzantragspflicht vorübergehend bis zum 30. September 2020 ausgesetzt. Dies gilt ausschließlich für Fälle, bei denen die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung durch die Corona-Pandemie verursacht wurde. Zudem muss die Aussicht bestehen, dass die Zahlungsfähigkeit wiederhergestellt werden kann. Antragspflichtige Unternehmen sollen die Gelegenheit erhalten, ein Insolvenzverfahren durch Inanspruchnahme staatlicher Hilfen, gegebenenfalls aber auch im Zuge von Sanierungs- oder Finanzierungsvereinbarungen, abzuwenden. *Zweitens* haften GeschäftsführerInnen während der Aussetzung der Insolvenzantragspflichten nur eingeschränkt für Zahlungen, die sie nach Eintritt der Insolvenzreife des Unternehmens vornehmen. *Drittens* sind während der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht an durch die Corona-Pandemie betroffene Unternehmen gewährte neue Kredite nicht als sittenwidriger Beitrag zur Insolvenzverschleppung anzusehen. *Viertens*

sind während der Aussetzung erfolgte Leistungen an Vertragspartner nur eingeschränkt anfechtbar. *Fünftens* wurde die Möglichkeit für GläubigerInnen, Insolvenzverfahren zu erzwingen, für drei Monate eingeschränkt.⁵

Im September 2020 wurde die Verlängerung der meisten Maßnahmen bis zum Jahresende beschlossen: Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wurde bis zum 31. Dezember 2020 ausgedehnt, allerdings nur für Unternehmen, die überschuldet, aber nicht zahlungsunfähig sind. Die Zahlungsunfähigkeit ist allerdings mit Abstand der wichtigste Grund der Insolvenzanmeldung. Diese Verlängerung wurde ebenfalls durch Regelungen zur Reduzierung von Haftungs- und Anfechtungsrisiken flankiert.

Seit dem Januar 2021 gilt die Aussetzung erneut auch für den Fall der Zahlungsunfähigkeit. Die Insolvenzantragspflicht für Geschäftsleitende von Unternehmen, die einen Anspruch auf die Gewährung finanzieller Hilfeleistungen im Rahmen staatlicher Hilfsprogramme zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie (sogenannte November- und Dezemberhilfen) haben, ist ausgesetzt. Voraussetzung ist, dass ein entsprechender Antrag auf Hilfeleistungen im Zeitraum vom 1. November bis zum 31. Dezember 2020 gestellt wurde. War eine Antragstellung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen innerhalb des Zeitraums nicht möglich, wird die Insolvenzantragspflicht ebenfalls ausgesetzt. Diese ist jedoch nicht ausgesetzt, wenn offensichtlich keine Aussicht auf Erlangung der Hilfeleistung besteht oder die Hilfeleistung für die Beseitigung der Insolvenzreife unzureichend ist.

Am 20. Januar wurde eine weitere Verlängerung des Insolvenzaussetzungsgesetzes bis zum 30. April 2021 beschlossen. Die Verlängerung soll jenen SchuldnerInnen zugutekommen, die einen Anspruch auf finanzielle Hilfen aus den aufgelegten Corona-Hilfsprogrammen haben und deren Auszahlung noch aussteht. Voraussetzung ist grundsätzlich, dass die Hilfe bis zum 28. Februar 2021 beantragt wurde und die erwartete Hilfeleistung zur Beseitigung der Insolvenzreife geeignet ist. Auf die tatsächliche Antragstellung kommt es ausnahmsweise nicht an, wenn eine Beantragung der Hilfen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen bis zum 28. Februar 2021 nicht möglich war. In diesen Fällen soll auf die Antragsberechtigung abgestellt werden.

Wie schon bisher gilt die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht nur, wenn die Krise des Unternehmens pandemiebedingt ist, mit einer Auszahlung der Hilfen gerechnet werden kann und hierdurch eine Überlebenschance für das Unternehmen besteht. Wenn ein Unternehmen von einem Insolvenzantrag absieht, obwohl die Voraussetzungen für eine Aussetzung nicht vorliegen, handelt die Geschäftsleitung pflichtwidrig. Dies kann sowohl eine Haftung als auch eine Strafbarkeit der Geschäftsleitung begründen.

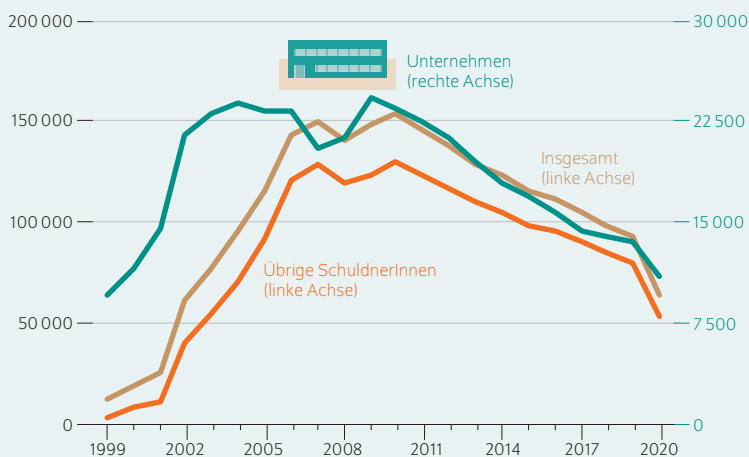
³ Vgl. Handelsverband Deutschland (2021): Die Hälfte der geschlossenen Geschäfte ist in akuter Existenzgefahr: Handel fordert rasche Öffnungsperspektive. Pressemitteilung vom 25. Februar 2021 (online verfügbar; abgerufen am 12. März 2021).

⁴ Vgl. beispielsweise Klaus-Heiner Röhl (2020): Corona: Droht eine Zombifizierung der deutschen Wirtschaft? IW-Kurzbericht Nr. 130/2020; und Deutsche Bundesbank (2020): Potenziell starker Anstieg der Insolvenzen im Unternehmenssektor. Finanzstabilitätsbericht 2020, 38–48.

⁵ Geregelt ist dies im Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz (SanInsFoG) und im Covid-19-Insolvenzaussetzungsgesetz.

Abbildung 1

Eröffnete Insolvenzverfahren in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Die Insolvenzanmeldungen sind in Deutschland bereits seit 2010 rückläufig.

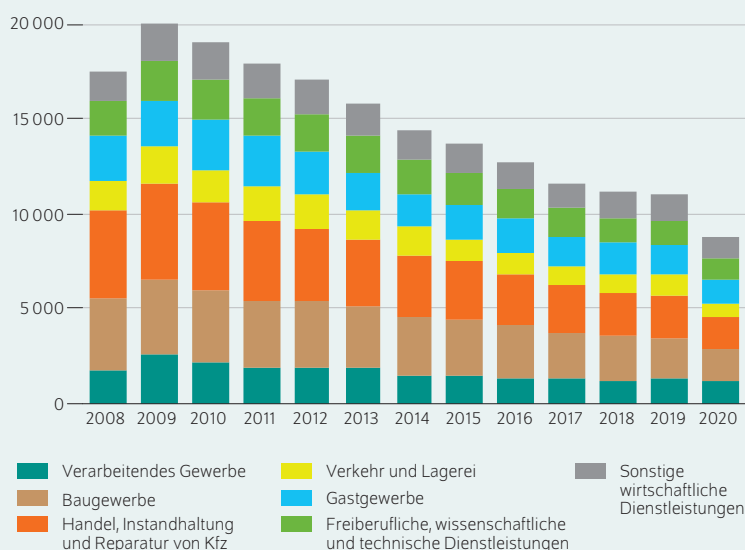
Insolvenzanmeldungen mit langfristigem Abwärtstrend

Die Aussetzung der Insolvenzmeldepflicht dürfte erheblichen Einfluss auf das Insolvenzgeschehen haben. Die Anzahl der gemeldeten Insolvenzen ist 2020 im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 erheblich gesunken. Allerdings zeigte der Trend schon in den Vorjahren nach unten: Seit dem Jahr 2010 geht die Zahl der Insolvenzanmeldungen kontinuierlich zurück. Gegenüber dem Jahr 2010 hat sich die Zahl der Insolvenzanmeldungen in etwa halbiert. Dies betrifft sowohl die Unternehmen als auch die sonstigen SchuldnerInnen⁶ (Abbildung 1).

Trotz des bereits rückläufigen Trends ist die Zahl der Insolvenzanmeldungen im vergangenen Jahr in beiden Kategorien sichtbar abgeknickt. Auszugehen ist davon, dass die Aussetzung der Meldepflicht zunächst zu einer niedrigeren Zahl an Insolvenzanmeldungen geführt hat und die Hilfen der öffentlichen Hand die Unternehmen gestützt haben. Auch nach Wirtschaftszweigen differenziert zeigt sich für alle betrachteten Branchen ein ähnliches Bild: Die Zahl der Insolvenzanmeldungen sinkt sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch in den Dienstleistungsbereichen – selbst in der Gastronomie, die in der Corona-Krise in besonderem Maße beeinträchtigt ist, hat sich die Zahl der Insolvenzanmeldungen zuletzt weiter reduziert (Abbildung 2).

Abbildung 2

Insolvenzanmeldungen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Die Zahl der Insolvenzanmeldungen sinkt sowohl in der Industrie als auch in Dienstleistungsbereichen.

Volumen voraussichtlicher Forderungen seit 2010 weitgehend konstant

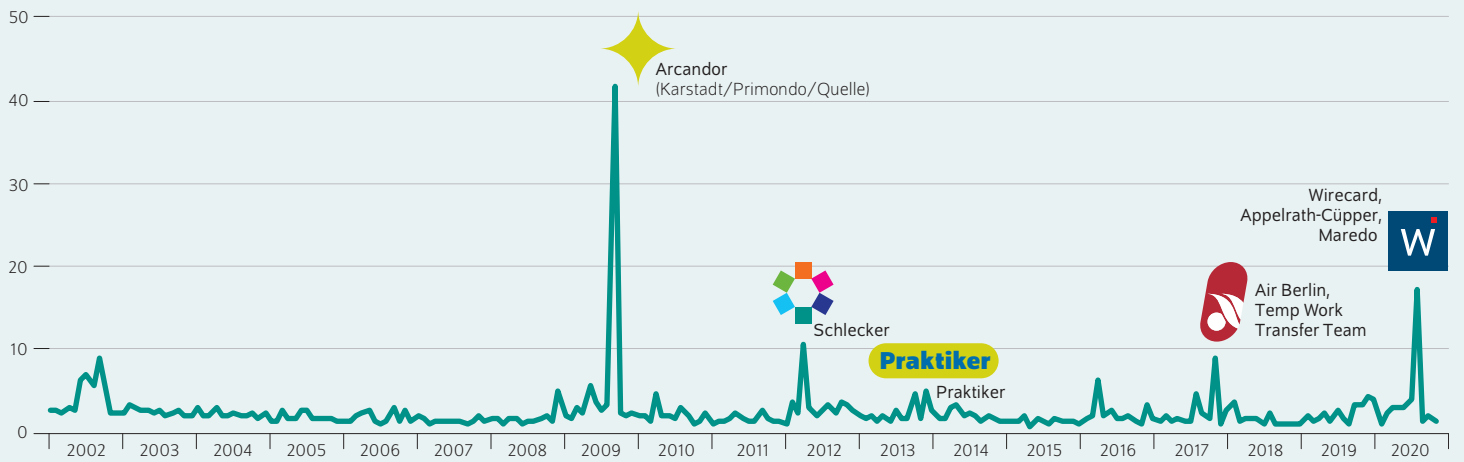
Die Zahl der Insolvenzen für sich genommen sagt allerdings nur wenig über die ökonomische Relevanz des Insolvenzgeschehens aus. Hierfür sind die Zahl der betroffenen Beschäftigten und die voraussichtlichen Forderungen maßgeblicher. Die geringere Zahl der Insolvenzen spiegelt sich tatsächlich nicht in einem sinkenden Volumen voraussichtlich offener Forderungen wider: Diese blieben in den Jahren ab 2010 mit Ausnahme einiger Großinsolvenzen in nominaler Betrachtung weitgehend konstant (Abbildung 3). Im Jahr 2009 waren es beispielsweise die Insolvenzen von Karstadt, Primondo und Quelle, die den Anstieg der offenen Forderungen bestimmten. Auch in den Folgejahren kam es immer wieder zu Großinsolvenzen wie bei Schlecker, Praktiker, Air Berlin oder zuletzt Wirecard und Mareo, die sichtbar in der Statistik aufscheinen. Auch wenn man diese Ereignisse ausklammert, geht der fallende Trend der eröffneten Insolvenzverfahren nicht mit einem gleichwertigen Rückgang der offenen Forderungen einher.

Ein ähnliches Bild zeigt sich für die Zahl betroffener ArbeitnehmerInnen. Auch hier ist die Zahl seit der Finanzkrise relativ konstant und schwankt um etwa 10.000 Beschäftigte monatlich. Vor allem Großinsolvenzen fallen ins Auge: Gerade bei Handelsunternehmen wie Schlecker, Karstadt oder Quelle ist die Zahl der betroffenen Beschäftigten hoch (Abbildung 4).

⁶ Unter die sonstigen SchuldnerInnen fallen natürliche Personen als GesellschafterInnen, ehemals selbstständig Tätige, VerbraucherInnen und Nachlässe.

Abbildung 3

Offene Forderungen In Milliarden Euro



Hinweis: Ausreiser sind zum Teil durch Doppelzählungen aufgrund simultaner Insolvenzeröffnung von Tochterunternehmen und Filialen zu erklären.

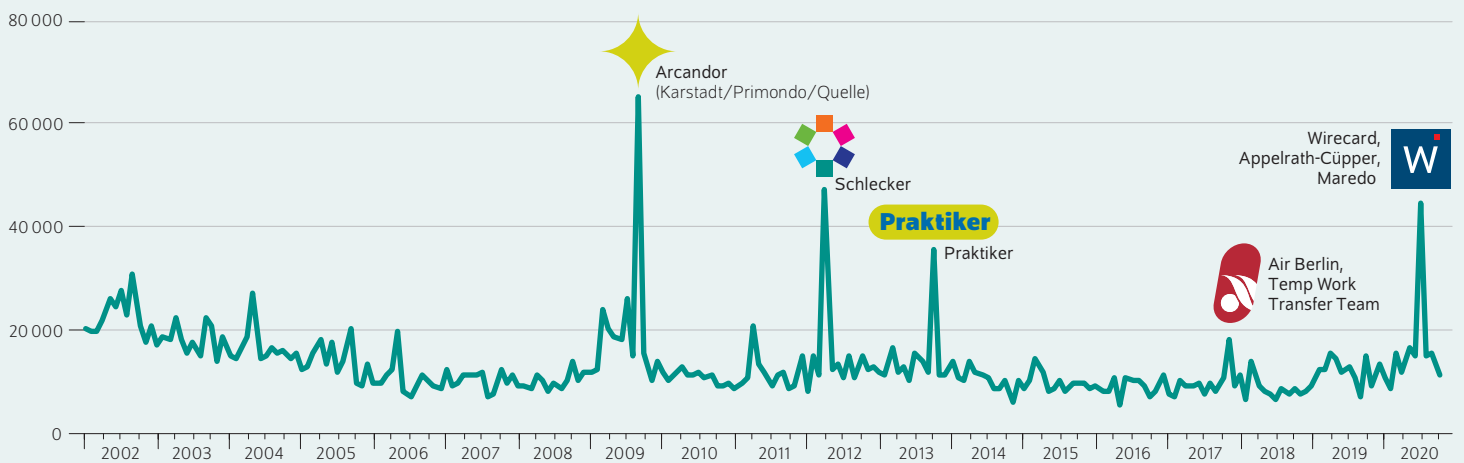
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Die offenen Forderungen sind abgesehen von einzelnen Großinsolvenzen seit Jahren relativ konstant.

Abbildung 4

Von Insolvenzen betroffene ArbeitnehmerInnen Anzahl



Hinweis: Ausreiser sind zum Teil durch Doppelzählungen aufgrund simultaner Insolvenzeröffnung von Tochterunternehmen und Filialen zu erklären.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Bei der Zahl von Insolvenzen betroffener ArbeitnehmerInnen fallen große Pleiten besonders ins Gewicht.

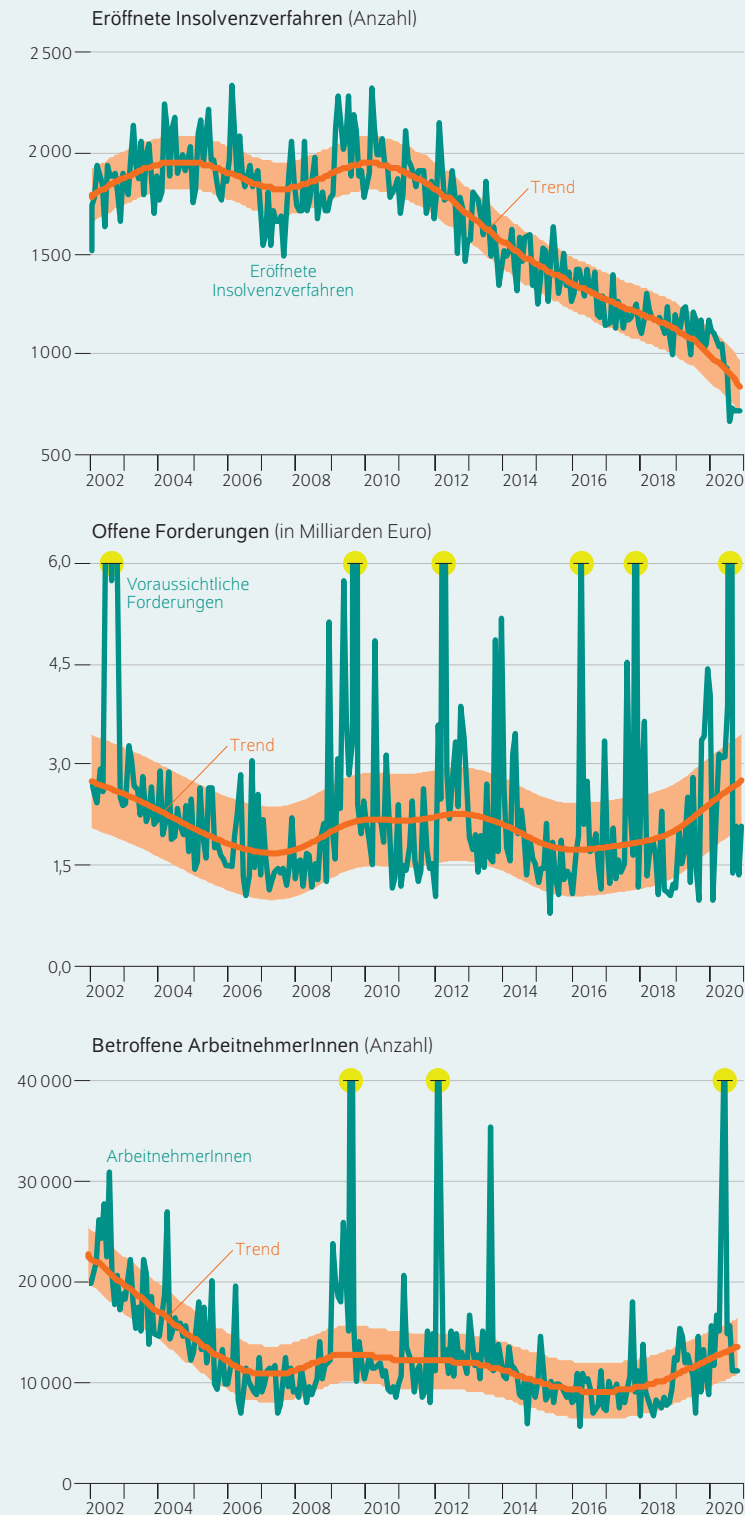
Aussetzung der Insolvenzantragspflicht verschleiert Probleme im Unternehmenssektor

Die Zahl der Insolvenzen war im Jahr 2020 insgesamt niedriger als in den Jahren zuvor. Berücksichtigt man den

zugrundeliegenden Trend, dann zeigt sich eine signifikante, allerdings nicht besonders ausgeprägte Abweichung bei den Anmeldungen der Unternehmensinsolvenzen im vergangenen Jahr (Abbildung 5). Angesichts des starken wirtschaftlichen Einbruchs ist dies zunächst überraschend – allerdings

Abbildung 5

Trend-Zyklus-Zerlegung der monatlichen Unternehmensinsolvenzen



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Die Insolvenzfälle lagen 2020 unterhalb des Trends, offene Forderungen und Zahl der betroffenen ArbeitnehmerInnen jedoch darüber.

dürften die ausgereichten Liquiditätshilfen neben der ausgesetzten Antragspflicht Unternehmensaufgaben in größerer Zahl bislang verhindert haben.⁷

Zusammengenommen deuten die Zahl der Insolvenzen, der Forderungen und der Beschäftigten auf eine zumindest kurzfristige Veränderung des Insolvenzgeschehens hin. Während die Zahl der Insolvenzen weniger anfällig für Einzeleignisse ist als die Höhe der Forderungen und die Zahl der Beschäftigten, sagen diese beiden Größen wiederum mehr über die gesamtwirtschaftliche Relevanz aus. Die ausstehenden Forderungen lagen im Jahr 2020 im Durchschnitt über dem Trend der Vorjahre. Auch bei den Beschäftigten war dies zu beobachten. Naheliegender ist daher die Schlussfolgerung, dass im Corona-Jahr 2020 zwar eine beträchtliche Zahl an Insolvenzen ausgeblieben ist, es sich dabei allerdings um eher kleine Unternehmen mit niedriger Bilanzsumme und wenigen Beschäftigten handelt.

Gemessen an den Werten der Vorjahre zeigt sich dies ebenfalls. Gegenüber dem üblichen Insolvenzgeschehen der vergangenen Jahre dürften im Jahr 2020 etwa 5 000 Unternehmen weniger Insolvenz angemeldet haben. Dies entspricht rund einem Drittel der sonst gestellten Anträge und Verfahren. Hingegen lagen die offenen Forderungen mit zusätzlich fast 21 Milliarden Euro fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019 (Tabelle).

Ähnliches gilt für ArbeitnehmerInnen: Knapp 60 000 Beschäftigte mehr als im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019 arbeiteten in Unternehmen, für die ein Insolvenzverfahren angemeldet wurde – dies entspricht einem Anstieg um gut 48 Prozent. Verglichen mit dem Jahr 2019 beträgt der Anstieg gut 20 Prozent. Im vergangenen Jahr haben also weniger kleine und mittelständische Unternehmen Insolvenz angemeldet, dafür aber vermehrt größere Unternehmen mit entsprechend hohen Forderungen und vielen Arbeitsplätzen. Beispielsweise stiegen die eröffneten Insolvenzverfahren von Unternehmen mit mehr als hundert ArbeitnehmerInnen um rund 45 Prozent im Vergleich zum Jahr 2019.

Die geringere Zahl der Insolvenzen legt nahe, dass einige Unternehmen, die ansonsten aus dem Markt ausgetreten wären, dank der Hilfen zunächst eine Chance auf die Fortsetzung des Geschäftsbetriebs sehen. Ob dies dann allerdings verzögert zu einem stärkeren Insolvenzgeschehen in den kommenden Jahren führt, ist schwer zu prognostizieren und hängt einerseits von der Wirksamkeit der Überbrückungshilfen ab und andererseits davon, ob die Pandemie zu einer nachhaltigen Veränderung des Konsum- und Investitionsverhaltens bei den privaten Haushalten und Unternehmen führt. Die Tragfähigkeit bisheriger Geschäftsmodelle kann zumindest in einigen Wirtschaftsbereichen wie dem Handel, der Reisebranche oder unternehmensnahen Dienstleistungen in Frage gestellt sein.

⁷ Vgl. Timo Wollmershäuser et al. (2020): ifo Konjunkturprognose Winter 2020: Das Coronavirus schlägt zurück – erneuter Shutdown. ifo Schnelldienst 73 (Sonderausgabe), 3–61.

Tabelle

Insolvenzanmeldungen, offene Forderungen und betroffene ArbeitnehmerInnen im Jahr 2020 im Vergleich zu Vorjahren

	2019	Hochrechnung 2020	Durchschnitt 2014 bis 2019	Differenz zu 2019	Differenz zum Durchschnitt
Eröffnete Insolvenzverfahren (Anzahl)	13 609	10 906	15 428	-2 703	-4 522
Mangels Masse abgewiesene Insolvenzverfahren (Anzahl)	5 140	4 837	5 714	-303	-877
Angemeldete Insolvenzverfahren (Anzahl)	18 749	15 743	21 141	-3 006	-5 398
ArbeitnehmerInnen (Anzahl)	143 666	177 172	119 458	33 506	57 714
Voraussichtliche Forderungen (in Millionen Euro)	26 758	45 541	24 563	18 783	20 978

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2021

Werden die Zusammenhänge des Insolvenzgeschehens und der wirtschaftlichen Entwicklung aus den vergangenen Jahren zugrunde gelegt, dann ist zumindest mit deutlich mehr Anmeldungen von Insolvenzverfahren zu rechnen. So deuten Prognosen der Bundesbank auf einen starken Anstieg der Insolvenzverfahren hin – diesen Berechnungen zufolge könnte die Zahl der quartalsweise gemeldeten Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2021 zeitweise um rund ein Viertel steigen. Dabei spielt vor allem das Insolvenzgeschehen im verarbeitenden Gewerbe eine wesentliche Rolle. Dies erscheint angesichts der Anatomie der Krise – die sich derzeit primär im Dienstleistungsbereich niederschlägt – wenig plausibel.⁸ Prognosen zum Volumen ausstehender Forderungen deuten unter Berücksichtigung der Unternehmenshilfen ebenfalls auf einen Anstieg hin: Das Volumen hätte im vergangenen Jahr um die Hälfte höher liegen müssen als es tatsächlich lag – das spricht für einen Insolvenztstau, der sich demnächst auflösen dürfte.⁹

Fazit: Insolvenzgeschehen schwer zu prognostizieren – Nachholeffekte scheinen allerdings wahrscheinlich

Trotz der schweren wirtschaftlichen Krise schlagen die Folgen der Corona-Pandemie noch nicht auf das Insolvenzgeschehen in Deutschland durch. Die Aussetzung der Insolvenzmeldepflicht und die umfangreichen Hilfen für Unternehmen haben bislang dafür gesorgt, dass die

Insolvenzzahlen gegenüber den Vorjahren weiter gesunken sind. Dies betrifft alle Wirtschaftsbereiche – auch jene, die von den Restriktionen und Geschäftsschließungen besonders betroffen sind.

Gleichwohl spiegelt sich die geringere Zahl der Insolvenzen nicht in einem Rückgang der Forderungen und der betroffenen ArbeitnehmerInnen wider. Hier ist im ersten Krisenjahr 2020 ein deutlicher Anstieg zu beobachten, der zwar durch zwei Großinsolvenzen von Wirecard und Maredo mitbestimmt ist. Rechnet man diese heraus, zeigt sich insbesondere zuletzt aber dennoch ein steigender Trend dieser beiden Größen. Dies deutet darauf hin, dass die Insolvenzen zwar in ihrer Zahl rückläufig sind, die ökonomische Relevanz solcher Ereignisse aber steigt, also größere Unternehmen aus dem Markt ausscheiden müssen.

Das tatsächliche Insolvenzgeschehen wird durch die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht verschleiert, entsprechend schwierig sind genauere Abschätzungen. Bis in das Frühjahr 2021 sind Geschäftsführende von ihrer Anzeigepflicht befreit, sofern die beantragten Corona-Hilfen ausreichen, um eine Insolvenz abzuwenden. Gleichwohl scheint es wahrscheinlich, dass in einer ökonomischen Krise mehr Unternehmen als üblich in die Pleite gehen. Legt man das – gemessen am Durchschnitt der vergangenen Jahre – geringere Insolvenzgeschehen des Jahres 2020 zugrunde, dann ist damit zu rechnen, dass rund 4 500 Firmenpleiten „nachgeholt“ werden dürften. Dies entspricht rund einem Drittel des üblichen Insolvenzgeschehens.

⁸ Vgl. Bundesbank (2020), a. a. O.

⁹ Vgl. Wollmershäuser et al. (2020), a. a. O.



CLAUDIA KEMFERT

Patient Erde: Wie klimagerecht ist „klimaneutral“?

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Plötzlich ist alles „klimaneutral“. Die Menschen sind begeistert. Klimaneutral – das wollen alle werden. Das Wort versöhnt UmweltschützerInnen und FridaysForFuture-AktivistInnen mit Hardcore-KapitalistInnen und Großindustriellen, Wissenschaft und Politik. Aber ist klimaneutral wirklich klimagerecht?

Als sich 2015 die Weltnationen in Paris verpflichteten, den Anstieg der globalen Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, vereinbarte man reihenweise „Klimaneutralität“. Im Bild gesagt: Es herrschte Einigkeit darüber, dass der Planet sterbenskrank ist. Jährelanger Drogenkonsum hat alle Organe angegriffen, das komplette System droht zu kollabieren. Eine Therapie zur echten Genesung wäre eine gewaltige Herausforderung. Also vereinbarte man als Minimalziel, dass der Planet wenigstens nicht noch kränker werden dürfe: Der Patient sollte künftig parallel zu jeder Öl-, Gas- oder Kohle-Injektion eine Portion Regenwald zu sich nehmen, so dass die Negativwirkung der fossilen Drogen durch entsprechende Frischluftzufuhr „neutralisiert“ werden könne. So weit, so simpel – und wissenschaftlich betrachtet durchaus richtig.

Doch ausgerechnet in dieser als Schonkost gedachten „Neutralisierung“ entdeckten die fossilen Dealer das Schlupfloch zur Fortsetzung ihrer alten Geschäftsmodelle. Statt die Nutzung fossiler Energien zu beenden oder wenigstens zu reduzieren, werden nunmehr Wundermittel und schöne bunte Pillen verkauft, die eine Neutralisierung bloß vorgaukeln: Die simpelste Methode nennt sich „Clean Diesel“, „Clean Coal“ oder „CSS“. Die CO₂-Emissionen werden nicht vermieden, sondern lediglich gespeichert und damit das Problem auf später vertagt.

Etwas origineller und eine Goldgrube für die Fossil-Wirtschaft ist „blauer Wasserstoff“. Aus fossilem Erdgas wird (im Verbrauch emissionsfreier) Wasserstoff hergestellt. Die immensen CO₂-Emissionen bei der Herstellung sollen aufgefangen und eingelagert werden. Doch es gibt keine Lagerstätten, die Technik ist unerforscht und teuer, das Verfahren extrem ineffizient.

Und die neueste – angeblich emissionsfreie – Designerdroge nennt sich „müllfreie Nukleartechnologie“. Mini-Atom-Reaktoren

für den Vorgarten. Doch die High-Tech-Wunderpille gibt es bislang nur auf dem Papier, zahlreiche technische Probleme sind noch nicht mal theoretisch gelöst, und die Risiken und Nebenwirkungen werden verschwiegen. Echte Problemlösung sieht anders aus.

Wirklich gesund wird der Planet nur, wenn wir die Ära der fossilen Energien endgültig beenden. Wir müssen weg von Drogen, rein in eine Entzugsklinik. Deutschland hat den Entzug immerhin schon fest eingeplant: 2022 ist Schluss mit Atomenergie, 2038 mit Kohle. Der Platz in der Klinik ist quasi schon gebucht; es muss nur noch die Klinik gebaut werden. Dafür ist allerdings noch einiges an Arbeit zu leisten.

Die erneuerbaren Energien haben in Deutschland zwar bereits einen Anteil von über 40 Prozent an der Stromerzeugung. Doch eine echte Dekarbonisierung der Wirtschaft geht nur mit einer kompletten Transformation der Energiewirtschaft, einer nachhaltigen Verkehrswende und konsequentem Energiesparen. Stattdessen wurde der Ausbau erneuerbarer Energien gebremst statt gestärkt, die herkömmliche Automobil- und Luftfahrtindustrie staatlich protegert statt durch Regulierung reformiert. Und nach wie vor wird in neue Erdgaspipelines investiert – obwohl erneuerbare Energien und das Energiesparen längst billiger sind als konventionelle Energien.

Klimaneutralität ist nur ein wichtiges Zwischenziel auf dem Weg in eine nachhaltige Welt. Deutschland wird nach der Wahl im Herbst hoffentlich aus seiner Lethargie erwachen und nach dem Ausstieg aus Atom und Kohle dann auch beherzt den Einstieg in eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien wagen – und zwar in allen Bereichen: mehr Windenergie, mehr Solarenergien, mehr Elektromobilität samt Speicher. Denn nur so entstehen dauerhaft nachhaltige Geschäftsmodelle, die überall in der Welt einen gesunden Planeten, eine gesunde Wirtschaft und gesunde Menschen hervorbringen. Dann wäre „klimaneutral“ auch wirklich „klimagerecht“!

Der Beitrag ist in einer kürzeren Fassung am 8. März 2021 im Handelsblatt erschienen.